

Zeller K zum Ar

Band 2

3. Auflage

Kommenta

Neumayr – Reissner (Hrsg)

Zeller Kommentar zum Arbeitsrecht

Band 1

3. Auflage

Kommentar

MANZ 

ABGB

AngG

APSG

ARB

ADG

ArRBAG

AZO

BAG

BörsenG

BMOVG

BPG

DHG

EFZG

EO

GBR/GAW-G

GenG 1859

GEG

HSB

IO

KaufschG

LSB-BG

MSchG

PatG

Recht FVO

UMG

VERG

Zeller Kommentar zum Arbeitsrecht

Band 1

Zeller Kommentar zum Arbeitsrecht

herausgegeben von

Univ.-Prof. Dr. Matthias Neumayr

Senatspräsident des Obersten Gerichtshofs, Universität Salzburg

Univ.-Prof. Dr. Gert-Peter Reissner

Universität Innsbruck

bearbeitet von

Ao. Univ.-Prof. Dr. **Monika Drs**, Wirtschaftsuniversität Wien

RA Hon.-Prof. Dr. **Sieglinde Gahleitner**, Wien

Dr. **Bernhard W. Gruber**, FV Elektro-/Elektronikindustrie, Wien

Mag. **Thomas Kallab**, AK Wien

Univ.-Prof. Dr. **Christoph Kietaihl**, Universität Klagenfurt

Dr. **Klaus Mayr LL. M.**, AK Oberösterreich, Linz

Univ.-Prof. Dr. **Rudolf Mosler**, Universität Salzburg

Univ.-Prof. Dr. **Matthias Neumayr**, Wien/Salzburg

Univ.-Prof. Dr. **Walter J. Pfeil**, Universität Salzburg

Mag. **Joachim Preiss**, AK Wien

Univ.-Prof. Dr. **Robert Rebhahn†**, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. **Gert-Peter Reissner**, Universität Innsbruck

Univ.-Prof. Dr. **Reinhard Resch**, Universität Linz

SC im BMASGK Dr. **Anna Ritzberger-Moser**, Wien

Dr. **René Schindler**, PRO-GE, Wien

Dr. **Adalbert Spitzl**, WKO Oberösterreich, Linz

Ao. Univ.-Prof. MMag. Dr. **Michaela Windisch-Graetz**, Universität Wien

Dr. **Claudia Wolfgruber-Ecker**, WKO Oberösterreich, Linz

Dr. **Sandra Wolligger**, Wüstenrot Gruppe, Salzburg

3. Auflage

Band 1



Wien 2018

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag (Beispiele):

Lang: *Kietaibl/Rebhahn* in *Neumayr/Reissner* (Hrsg), Zeller Kommentar zum Arbeitsrecht³ (2018) § . . . ABGB Rz . . .

Kurz: *Gahleitner* in *ZellKomm*³ § . . . IESG Rz . . .

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Herausgeber, der AutorInnen sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-03821-2

© 2018 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: C. H. Beck, 86720 Nördlingen

Vorwort zur 3. Auflage

Zell am See ist zu einem Markenzeichen für das Arbeitsrecht in Österreich geworden. Die im Jahr 1965 von *Hans Floretta* und *Rudolf Strasser* ins Leben gerufene Österreichische Gesellschaft für Arbeitsrecht und Sozialrecht hält alljährlich in Zell am See ihre wissenschaftliche Tagung ab, die sich zu einem Pflichttermin für alle entwickelt hat, die mit dem österreichischen Arbeitsrecht verbunden sind.

Mit den in den Jahren 2006 und 2011 erschienenen ersten beiden Auflagen des Zeller Kommentars haben wir den großen Verdiensten der Gesellschaft sichtbare Anerkennung gezollt. Es freut uns, dass der nunmehrige Präsident seit der 1. Auflage Autor im Zeller Kommentar ist. Im Rahmen der 45. Zeller Tagung im März 2010 konnten wir als „Schwesterwerk“ das Zeller Handbuch Arbeitsvertrags-Klauseln präsentieren, mittlerweile ergänzt um das 2014 erschienene Zeller Handbuch Betriebsvereinbarungen.

Zahlreiche Novellierungen wichtiger arbeitsrechtlicher Gesetze und die Fortentwicklung der Rechtsprechung haben nun eine 3. Auflage des Zeller Kommentars erforderlich gemacht. Das Werk befindet sich allgemein auf dem Gesetzesstand per 1. Jänner 2018.

Die ersten beiden Auflagen haben sehr positive Rückmeldungen erfahren. Unser Bestreben, eine rasche und zugleich zuverlässige umfassende Orientierung über den Stand von Rechtsprechung und Lehre zu bieten, konnten wir in einem weiten Maß erreichen. Die Auswahl der Bearbeiterinnen und Bearbeiter aus allen wichtigen Bereichen des Arbeitsrechts – Universitäten, Kammern, Gewerkschaften, Rechtsanwaltschaft, Ministerium und Gericht – ist geglückt; das Team ist seit Anfang an unverändert geblieben. Was gut ist, kann aber immer noch besser werden. Wir möchten uns ganz herzlich bei allen bedanken, die unserer Bitte gefolgt sind, Verbesserungen vorzuschlagen, und wir laden alle Leserinnen und Leser ein, uns Anregungen für die weitere Entwicklung des Werks zu geben.

Die angestrebte Handlichkeit erfordert Beschränkungen bei der Durchdringung von Problemen und bei der Auswahl von Rechtsprechung und Lehre. Ältere Veröffentlichungen und Entscheidungen sind aus diesem Grund nur vereinzelt berücksichtigt, ebenso deutsche Judikatur und Literatur. Das Streben nach Kürze und Lesbarkeit veranlasste uns auch dazu, im Text auf die gleichberechtigte Verwendung beider Geschlechter zu verzichten. Die Verwendung männlicher Formen bezieht sich in gleicher Weise auf die weiblichen Entsprechungen.

Naturgemäß bewirkt die Zahl von 19 qualifizierten Kommentatorinnen und Kommentatoren unterschiedliche Arbeits- und Darstellungsweisen. Als Herausgeber haben wir uns auch in der 3. Auflage bemüht, Homogenität in Darstellung und Umfang der behandelten Materien zu erreichen. Dass dies nicht an allen Stellen gelungen sein mag, möge verziehen werden. Letztlich erschien es uns Herausgebern wichtiger, ausführlichere Teile nicht radikal zu kürzen, sondern sie weitgehend in der von den Autorinnen und Autoren vorgelegten Form den Benützern zugänglich zu machen.

Das Werk hätte nicht entstehen können, wenn nicht viele fleißige Augen und Hände daran mitgewirkt hätten. Frau Mag. *Barbara Kashofer* und Frau Mag. *Anita Hiebler* waren aufmerksame Begleiterinnen, die über ihre Arbeit als Lektorinnen hinaus die richtigen Worte gefunden haben, um den Fortgang des Werks in Schwung zu halten. Herrn Mag. *Heinz*

Vorwort zur 3. Auflage

Korntner und Frau Mag. *Mirjam Zierl* aus dem Haus MANZ danken wir für das Vertrauen, das sie uns entgegenbringen. Ohne die Universitätsassistenten Mag. Dr. *Verena Vinzenz*, MMag. *Michael Egger* und Mag. *Markus Salcher* (alle Universität Innsbruck), die sich der Korrekturen und Querverweise angenommen haben, wären wir noch lange nicht ans Ziel gekommen. Das Stichwortverzeichnis wurde mit tatkräftiger Unterstützung von Frau MMag. Dr. *Teresa Millinger-Neumayr* erstellt. Ein herzliches Dankeschön auch allen Partnerinnen, Partnern und Kindern der Bearbeiterinnen und Bearbeiter, dass sie ihnen die nötige Zeit und Ruhe für die intensive Arbeit gegeben haben.

In dankbarer Erinnerung behalten wir Univ.-Prof. Dr. *Robert Rebhahn*, der leider Anfang dieses Jahres – mitten in einem aktiven wissenschaftlichen Leben – verstorben ist. Seit der 1. Auflage hat er grundlegende Bestimmungen des österreichischen Arbeitsrechts kommentiert. Sein aufgeschlossenes Denken und sein umfassendes Wissen haben nicht nur den Zeller Kommentar, sondern die gesamte österreichische Arbeitsrechtslandschaft ungemein bereichert. Wir möchten diese Auflage dem Andenken an ihn widmen.

So hoffen Autoren, Autorinnen und Herausgeber, dass auch die 3. Auflage des Kommentars Anklang finden und so wie die Zeller Tagung Dreh- und Angelpunkt des österreichischen Arbeitsrechts sein möge!

Zell am See, im März 2018

Matthias Neumayr
Gert-Peter Reissner

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur 3. Auflage	V
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	LXVII

Band 1

I. Individualarbeitsrecht

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB)

§ 167. Gesetzliche Vertretung des Kindes.	3
§ 168.	4
§ 170.	4
§ 171.	4
§ 176.	5
§ 861.	17
§ 862.	18
§ 862 a.	18
§ 863.	18
§ 864.	18
§ 864 a.	19
§ 865.	68
§ 869.	69
§ 879.	69
§ 914.	100
§ 915.	100
§ 1014.	100
§ 1151.	106
§ 1152.	232
§ 1153.	261
§ 1154.	277
§ 1154 a.	291
§ 1154 b.	292
§ 1155.	298
§ 1156. Erlöschen der Ansprüche.	324
§ 1157. Fürsorgepflicht des Dienstgebers.	326
§ 1158. Endigung des Dienstverhältnisses.	328
§ 1159.	329

Inhaltsverzeichnis

§ 1159 a.	333
§ 1159 b.	335
§ 1159 c.	336
§ 1160. Freizeit während der Kündigungsfrist.	337
§ 1161. Insolvenzverfahren.	338
§ 1162.	339
§ 1162 a.	339
§ 1162 b.	339
§ 1162 c.	339
§ 1162 d.	339
§ 1163. Zeugnis.	342
§ 1164. Zwingende Vorschriften.	342
§ 1164 a. Dienstzettel für das freie Dienstverhältnis.	344
§ 1486.	348
§ 1486 a.	363

Angestelltengesetz (AngG)

Art I.	367
§ 1. Anwendungsgebiet des Gesetzes.	368
§ 2.	381
§ 3.	388
§ 4.	389
§ 5.	390
§ 6. Inhalt des Dienstvertrages.	392
§ 7. Konkurrenzverbot.	392
§ 8. Anspruch bei Dienstverhinderung.	398
§ 9.	458
§ 10. Provision.	469
§ 11.	483
§ 12.	488
§ 13.	491
§ 14. Gewinnbeteiligung.	492
§ 15. Zahlungsfrist.	502
§ 16. Remuneration.	512
§ 17. Urlaub.	525
§ 18. Fürsorgepflicht.	526
§ 19. Endigung des Dienstverhältnisses durch Ablauf der Zeit.	557
§ 20. Kündigung.	581
§ 21.	608
§ 22. Freizeit während der Kündigungsfrist.	612
§ 23. Abfertigung.	620
§ 23 a.	644
§ 24. Tod des Angestellten.	654
§ 25. Vorzeitige Auflösung.	657
§ 26.	672

§ 27.	687
§ 28.	730
§ 29.	733
§ 30.	745
§ 31.	745
§ 32.	750
§ 33.	<i>[aufgehoben]</i>	754
§ 34.	Frist zur Geltendmachung der Ansprüche.....	754
§ 35.	Kautions <i>[aufgehoben]</i>	759
§ 36.	Konkurrenzklausele.....	759
§ 37.	789
§ 38.	Konventionalstrafen.....	811
§ 39.	Zeugnis.....	819
§ 40.	829
§ 41.	835
§ 42.	835
Art II.	836
Art III – VI.	<i>[gegenstandslos]</i>	837
Art VII.	837
Art VIII, IX.	<i>[gegenstandslos]</i>	838
Art X.	838
Art XI.	841

**Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991
(APSG)**

§ 1.	843
§ 2.	Sonderbestimmungen.....	846
§ 3.	Begriffsbestimmungen.....	846
§ 4.	851
§ 5.	Mitteilungspflichten.....	852
§ 6.	Fristenhemmung.....	854
§ 7.	Wiederantritt der Arbeit.....	857
§ 8.	Anrechnungsbestimmungen.....	859
§ 9.	Urlaub.....	861
§ 10.	Sonstige Bezüge.....	863
§ 11.	Werks(Dienst)wohnung.....	864
§ 12.	Grundsätze.....	866
§ 13.	Ende des Kündigungs- und Entlassungsschutzes.....	871
§ 14.	Zustimmung zur Kündigung.....	874
§ 15.	Zustimmung zur Entlassung.....	874
§ 16.	Einvernehmliche Auflösung.....	877
§ 17.	Verfahren.....	878
§ 18.	Heimarbeiter.....	878
§ 19.	879
§ 20.	Abweichende Regelungen.....	880
§ 21.	Definitivstellung.....	880

Inhaltsverzeichnis

§ 22.	Urlaub für Lehrer.	880
§ 23.	Entlassung.	881
§ 24.	881
§ 25.	Unabdingbarkeit.	882
§ 26.	Weitergelten von Regelungen.	882
§ 27.	Übergangsbestimmungen.	882
§ 28.	Aufhebung von Rechtsvorschriften.	882
§ 28 a.	Verweisungen.	882
§ 28 b.	Personenbezogene Ausdrücke.	883
§ 29.	Wirksamkeit und Vollziehung.	883

Arbeitsruhegesetz (ARG)

§ 1.	885
§ 2.	Begriff der Ruhezeit.	889
§ 3.	Wochenendruhe.	890
§ 4.	Wochenruhe.	890
§ 5.	Abweichende Regelung der wöchentlichen Ruhezeit.	890
§ 6.	Ersatzruhe.	891
§ 6 a.	Rufbereitschaft.	892
§ 7.	Feiertagsruhe.	898
§ 8.	Freizeit zur Erfüllung der religiösen Pflichten.	899
§ 9.	Entgelt für Feiertage und Ersatzruhe.	903
§ 10.	Ausnahmen für bestimmte Tätigkeiten.	907
§ 10 a.	Reisezeit.	907
§ 11.	Ausnahmen in außergewöhnlichen Fällen.	907
§ 12.	Ausnahmen durch Verordnung für bestimmte Tätigkeiten.	908
§ 12 a.	Ausnahmen durch Kollektivvertrag.	909
§ 13.	Ausnahmen durch Verordnung des Landeshauptmannes.	909
§ 13 a.	Sonderregelung für den 8. Dezember.	909
§ 14.	Ausnahmen durch Verordnung im öffentlichen Interesse.	909
§ 15.	Ausnahmen in Einzelfällen.	910
§ 16.	Märkte und marktähnliche Veranstaltungen.	913
§ 17.	Messen und messeähnliche Veranstaltungen.	914
§ 18.	Verkaufsstellen in Bahnhöfen und Autobusbahnhöfen, auf Flughäfen und Schiffslandeplätzen, Zollfreiläden.	915
§ 19.	Sonderbestimmungen für Arbeitnehmer in Verkehrsbetrieben.	915
§ 19 a.	Sonderbestimmungen für das grenzüberschreitend eingesetzte Zugpersonal. . .	917
§ 20.	[aufgehoben].	917
§ 21.	Sonderbestimmungen für bestimmte Arbeitnehmer in öffentlichen Apotheken und Anstaltsapotheken.	917
§ 22.	Sonderbestimmungen für Arbeitnehmer in Betrieben des Bewachungsgewerbes	918
§ 22 a.	918
§ 22 b.	Wöchentliche Ruhezeit.	918
§ 22 c.	Abweichungen.	919
§ 22 d.	Informationspflichten.	919

§ 22 e.	Schadenersatz- und Regressansprüche.	920
§ 22 f.	920
§ 23.	[aufgehoben].	925
§ 24.	Aushang der Ruhezeitenregelung.	925
§ 25.	Aufzeichnungen und Auskunftspflicht.	925
§ 25 a.	Sonderbestimmungen für die Schifffahrt.	925
§ 26.	Behördenzuständigkeit und Verfahrensvorschriften.	926
§ 27.	Strafbestimmungen.	926
§ 28.	Weitergelten von Regelungen.	927
§ 29.	Außerkräftreten von Ausnahmegenehmigungen.	928
§ 30.	Anhängige Verfahren.	929
§ 31.	Aufhebung von Rechtsvorschriften.	929
§ 32.	Weitergelten von Rechtsvorschriften.	931
§ 32 a.	Verweisungen.	931
§ 32 b.	Bezugnahme auf Richtlinien.	931
§ 33.	Inkräfttreten.	932
§ 34.	Vollziehung.	934

Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG)

§ 1.	Geltungsbereich.	935
§ 2.	Zweck.	947
§ 3.	Begriffsbestimmungen.	954
§ 4.	Beurteilungsmaßstab.	959
§ 5.	Arbeitgeberpflichten.	964
§ 6.	Arbeitnehmerschutz.	966
§ 6 a.	Gleichbehandlung und Diskriminierungsverbote.	972
§ 7.	Haftungsbeschränkung.	980
§ 8.	Vereinbarungen zum Nachteil der Arbeitskraft.	982
§ 9.	Streik und Aussperrung.	983
§ 10.	Ansprüche der Arbeitskraft.	984
§ 10 a.	[aufgehoben].	1006
§ 11.	Vertragliche Vereinbarungen.	1006
§ 12.	Mitteilungspflichten.	1015
§ 12 a.	Informationspflichten des Beschäftigers.	1027
§ 13.	Aufzeichnungen.	1028
§ 14.	Bürgschaft.	1034
§ 15.	Verordnungsermächtigung.	1037
§ 16.	Grenzüberschreitende Überlassung.	1040
§ 16 a.	Grenzüberschreitende Überlassung im Europäischen Wirtschaftsraum.	1040
§ 17.	Meldepflichten.	1044
§ 18.	Untersagung.	1045
§ 19.	Zuständigkeit und Verfahren.	1047
§ 20.	Überwachung und Auskunftspflicht.	1048
§ 21.	Amtshilfe.	1049
§ 22.	Strafbestimmungen.	1051

Inhaltsverzeichnis

§ 22 a.	1055
§ 22 b. Organe.	1056
§ 22 c. Aufgaben.	1058
§ 22 d. Aufbringung der Mittel.	1060
§ 22 e. Aufsicht.	1063
§ 22 f. Auflösung des Fonds.	1063
§ 22 g. Strafbestimmung.	1063
§ 23. In-Kraft-Treten.	1065
§ 23 a. Außerkrafttreten.	1066
§ 24. Sprachliche Gleichbehandlung.	1067
§ 25. Verweisungen.	1067
§ 26. Vollziehung.	1067

Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG)

§ 1. Geltungsbereich.	1069
§ 2. Schriftliche Aufzeichnung des Inhalts des Arbeitsvertrages.	1075
§ 2 a.	1085
§ 2 b.	1088
§ 2 c. Konkurrenzklausel.	1093
§ 2 d. Ausbildungskostenrückerstattung.	1095
§ 2 e. Konventionalstrafen.	1111
§ 2 f. Abrechnung der Bezüge.	1112
§ 2 g. Entgelt bei Pauschalentgeltvereinbarungen.	1114
§ 3. Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen auf einen anderen Inhaber.	1119
§ 3 a. Informationspflicht.	1162
§ 4. Betriebsübergang und Kollektivvertragsangehörigkeit.	1163
§ 5. Betriebsübergang und betriebliche Pensionszusage.	1170
§ 6. Haftung bei Betriebsübergang.	1176
§ 7. Benachteiligungsverbot.	1182
§ 8. Verhalten bei Gefahr.	1187
§ 9. Sicherheitsvertrauenspersonen, Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner.	1194
§ 10. Kontrollmaßnahmen.	1197
§ 11. Bildungskarenz	1200
§ 11 a. Bildungsteilzeit.	1201
§ 12. Freistellung gegen Entfall des Arbeitsentgeltes.	1202
§ 13. Solidaritätsprämienmodell.	1213
§ 13 a. Wiedereingliederungsteilzeit.	1218
§ 14. Herabsetzung der Normalarbeitszeit.	1229
§ 14 a. Sterbebegleitung	1235
§ 14 b. Begleitung von schwersterkrankten Kindern.	1236
§ 14 c. Pflegekarenz.	1246
§ 14 d. Pflegeteilzeit.	1247
§ 15. Kündigung.	1256

§ 15 a.	Kündigungs- und Entlassungsschutz bei Sterbebegleitung und der Begleitung schwersterkrankter Kinder.	1263
§ 15 b.	1265
§ 16.	Unabdingbarkeit.	1268
§ 17.	Günstigere Regelungen.	1268
§ 18.	Verweisungen.	1271
§ 18 a.	1271
§ 19.	Inkrafttreten und Vollziehung.	1271

**Arbeitszeitgesetz
(AZG)**

§ 1.	1275
§ 1 a.	Regelungen durch Betriebsvereinbarung.	1283
§ 2.	Begriff der Arbeitszeit.	1286
§ 3.	Normalarbeitszeit.	1291
§ 4.	Andere Verteilung der Normalarbeitszeit.	1291
§ 4 a.	Normalarbeitszeit bei Schichtarbeit.	1292
§ 4 b.	Gleitende Arbeitszeit.	1293
§ 4 c.	Dekadenarbeit.	1293
§ 5.	Verlängerung der Normalarbeitszeit bei Arbeitsbereitschaft.	1307
§ 5 a.	Normalarbeitszeit bei besonderen Erholungsmöglichkeiten.	1307
§ 6.	Überstundenarbeit.	1314
§ 7.	Verlängerung der Arbeitszeit bei Vorliegen eines höheren Arbeitsbedarfes.	1314
§ 8.	Verlängerung der Arbeitszeit zur Vornahme von Vor- und Abschlußarbeiten.	1316
§ 9.	Höchstgrenzen der Arbeitszeit.	1325
§ 10.	Überstundenvergütung.	1327
§ 11.	Ruhepausen.	1334
§ 12.	Ruhezeiten.	1335
§ 12 a.	Definitionen und Arbeitszeit.	1341
§ 12 b.	Untersuchungen.	1342
§ 12 c.	Versetzung.	1343
§ 12 d.	Recht auf Information.	1343
§ 13.	Definitionen.	1345
§ 13 a.	Geltungsbereich.	1346
§ 13 b.	Arbeitszeit.	1346
§ 13 c.	Ruhepausen.	1347
§ 14.	Nachtarbeit.	1348
§ 14 a.	Lenkzeit.	1348
§ 15.	Lenkpausen.	1349
§ 15 a.	Lenker im regionalen Kraftfahrlinienverkehr.	1349
§ 15 b.	Kombinierte Beförderung.	1350
§ 15 c.	Verbot bestimmter Arten des Entgelts.	1350
§ 15 d.	Abweichungen.	1350
§ 15 e.	Ausnahmen durch Verordnung.	1351
§ 15 f.	Schadenersatz- und Regressansprüche.	1351
§ 16.	Einsatzzeit.	1351

Inhaltsverzeichnis

§ 17.	Kontrollgerät und Fahrtenbuch.	1352
§ 17 a.	Digitales Kontrollgerät.	1353
§ 17 b.	Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht.	1354
§ 17 c.	Informationspflichten.	1354
§ 18.	Allgemeine Sonderbestimmungen.	1370
§ 18 a.	Arbeitnehmer in Straßenbahn- und Seilbahnunternehmen.	1371
§ 18 b.	Arbeitnehmer in Unternehmen der Binnenschifffahrt.	1371
§ 18 c.	Arbeitnehmer in Unternehmen der Seeschifffahrt.	1373
§ 18 d.	Arbeitnehmer in Luftfahrtunternehmen.	1373
§ 18 e.	Fliegendes Personal.	1373
§ 18 f.	Begriffsbestimmungen.	1377
§ 18 g.	Tägliche Ruhezeit.	1378
§ 18 h.	Ruhepausen für das Zugpersonal.	1378
§ 18 i.	Fahrzeit für Triebfahrzeugführer.	1379
§ 18 j.	Abweichungen für den nationalen Verkehr.	1379
§ 18 k.	Arbeitszeitaufzeichnungen.	1379
§ 19.	1381
§ 19 a.	Sonderbestimmungen für bestimmte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in öffentlichen Apotheken.	1381
§ 19 b.	Geltungsbereich.	1385
§ 19 c.	Lage der Normalarbeitszeit.	1388
§ 19 d.	Teilzeitarbeit.	1396
§ 19 e.	Abgeltung von Zeitguthaben.	1412
§ 19 f.	Abbau von Zeitguthaben.	1415
§ 19 g.	Unabdingbarkeit.	1418
§ 20.	Außergewöhnliche Fälle.	1419
§ 20 a.	Rufbereitschaft.	1419
§ 20 b.	Reisezeit.	1420
§ 21.	Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung der Ruhezeit bei gefährlichen Arbeiten.	1420
§ 22.	Arbeitszeit bei Reparaturarbeiten in heißen Öfen von Eisen- oder Stahlhüttenbetrieben oder Kokereien.	1421
§ 23.	Ausnahmen im öffentlichen Interesse.	1421
§ 24.	<i>[aufgehoben]</i>	1427
§ 25.	Aushangpflicht.	1427
§ 26.	Aufzeichnungs- und Auskunftspflicht.	1427
§ 27.	Behördenzuständigkeit und Verfahrensvorschriften.	1429
§ 28.	Strafbestimmungen.	1429
§ 29.	Weitergelten von Regelungen.	1432
§ 30.	Aufhebung von Rechtsvorschriften.	1438
§ 31.	Außerkräfttreten von Ausnahmegenehmigungen.	1439
§ 32.	Bezugnahme auf Richtlinien.	1440
§ 32 a.	Verweisungen.	1441
§ 32 b.	1441
§ 32 c.	Übergangsbestimmungen.	1441
§ 33.	Inkräfttreten und Vollziehung.	1442
§ 34.	1442

**Berufsausbildungsgesetz
(BAG)**

§ 1.	Der Lehrling.	1447
§ 1 a.	Ziele der Berufsausbildung – Qualitätsmanagement.	1450
§ 2.	Der Lehrberechtigte.	1450
§ 2 a.	Ausbildungsverbund.	1456
§ 3.	Der Ausbilder.	1460
§ 3 a.	Erstmaliges Ausbilden von Lehrlingen.	1462
§ 4.	Verbot des Ausbildens von Lehrlingen.	1465
§ 5.	Lehrberufe.	1469
§ 6.	Dauer der Lehrzeit.	1474
§ 7.	Lehrberufsliste.	1477
§ 8.	Ausbildungsvorschriften.	1478
§ 8 a.	Ausbildungsversuche.	1484
§ 8 b.	1485
§ 8 c.	1491
§ 9.	Pflichten des Lehrberechtigten.	1493
§ 10.	Pflichten des Lehrlings.	1500
§ 11.	Pflichten der Eltern oder der sonstigen Erziehungsberechtigten eines minder- jährigen Lehrlings.	1502
§ 12.	Lehrverhältnis und Lehrvertrag.	1503
§ 13.	Dauer des Lehrverhältnisses.	1509
§ 13 a.	Lehre mit Matura.	1515
§ 13 b.	Nachholen des Pflichtschulabschlusses.	1515
§ 14.	Endigung des Lehrverhältnisses.	1516
§ 15.	Vorzeitige Auflösung des Lehrverhältnisses.	1522
§ 15 a.	Ausbildungsübertritt.	1535
§ 15 b.	Bericht.	1541
§ 16.	Lehrzeugnis.	1541
§ 17.	Lehrlingsentschädigung.	1542
§ 17 a.	Arbeitsverhinderung.	1546
§ 18.	Weiterverwendung von ausgebildeten Lehrlingen.	1551
§ 19.	Lehrlingsstellen.	1554
§ 19 a.	Ausbildungsberatung und Schiedsstelle.	1556
§ 19 b.	Festlegung von Beihilfen für die betriebliche Ausbildung von Lehrlingen.	1556
§ 19 c.	Beihilfen für die betriebliche Ausbildung von Lehrlingen.	1557
§ 19 d.	Aufsicht des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit.	1559
§ 19 e.	Prüfung der Zweckmäßigkeit und Wirkung der Beihilfen.	1559
§ 19 f.	Informationspflicht.	1560
§ 19 g.	Datenverarbeitung.	1560
§ 20.	Eintragung des Lehrvertrages.	1562
§ 21.	Lehrabschlußprüfung.	1564
§ 22.	Prüfungskommissionen für die Lehrabschlußprüfungen.	1565
§ 22 a.	Prüfungskommission für die Teilprüfung über den Fachbereich der Berufsrei- feprüfung im Rahmen von Lehrabschlußprüfungen über vierjährige Lehrberufe	1566
§ 23.	Zulassung zur Lehrabschlußprüfung.	1567
§ 24.	Prüfungsordnungen.	1570

Inhaltsverzeichnis

§ 25.	Befangenheit der Mitglieder der Prüfungskommission und Prüfungsvorgang. .	1571
§ 26.	Prüfungszeugnis und Lehrbrief.	1573
§ 27.	Zusatzprüfung.	1573
§ 27 a.	Gleichhaltung von ausländischen Prüfungszeugnissen.	1575
§ 27 b.	Gleichhaltung von ausländischen Ausbildungszeiten.	1576
§ 27 c.	Teilnahme an internationalen Ausbildungsprogrammen.	1576
§ 28.	Ersatz von Lehrzeiten auf Grund schulmäßiger Berufsausbildung.	1577
§ 29.	Dauer der Lehrzeit im Falle der Ausbildung oder Beschäftigung in Justizanstalten, in denen der Strafvollzug nach den Bestimmungen des § 55 des Jugendgerichtsgesetzes 1988 erfolgt, in Sozialpädagogischen Einrichtungen oder in Einrichtungen für Menschen mit einer Körper- oder Sinnesbehinderung.	1578
§ 29 a.	Ausbilderprüfung.	1579
§ 29 b.	Prüfungskommissionen für die Ausbilderprüfung.	1580
§ 29 c.	Zulassung zur Ausbilderprüfung.	1580
§ 29 d.	Prüfungsordnung.	1581
§ 29 e.	Befangenheit der Mitglieder der Prüfungskommission und Prüfungsvorgang. .	1581
§ 29 f.	Prüfungszeugnis.	1581
§ 29 g.	Ausbilderkurs.	1582
§ 29 h.	Gleichhaltung der Ausbilderprüfung oder des Ausbilderkurses.	1582
§ 30.	Überbetriebliche Lehrausbildung.	1583
§ 30 a.	Auszeichnung.	1584
§ 30 b.	Überbetriebliche Lehrausbildung im Auftrag des Arbeitsmarktservice.	1585
§ 30 c.	Vertrauensrat.	1586
§ 31.	Bundes-Berufsausbildungsbeirat.	1587
§ 31 a.	Landes-Berufsausbildungsbeiräte.	1588
§ 31 b.	Förderausschuss.	1590
§ 31 c.	Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend.	1591
§ 31 d.	Qualitätsausschuss des Bundes-Berufsausbildungsbeirates.	1592
§ 32.	Strafbestimmungen.	1593
§ 33.	Übergangsbestimmungen.	1594
§ 34.	Schlußbestimmungen.	1595
§ 34 a.	1596
§ 35.	Vollziehung.	1596
§ 35 a.	Lehrberuf in der Zahnärztliche Fachassistenz.	1596
§ 36.	Inkrafttreten.	1597

Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG)

§ 1.	Beschäftigungspflicht.	1599
§ 2.	Begünstigte Behinderte.	1601
§ 3.	Behinderung.	1604
§ 4.	Berechnung der Pflichtzahl.	1605
§ 5.	Erfüllung der Beschäftigungspflicht.	1607
§ 6.	Angemessene Vorkehrungen und Förderungsmaßnahmen.	1608
§ 7.	Entgelt.	1612
§ 7 a.	Schutz vor Diskriminierung in der Arbeitswelt – Geltungsbereich.	1612

§ 7 b. Diskriminierungsverbot.	1614
§ 7 c. Diskriminierung.	1618
§ 7 d. Belästigung.	1621
§ 7 e. Rechtsfolgen der Diskriminierung bei der Begründung des Dienstverhältnisses und beim beruflichen Aufstieg.	1623
§ 7 f. Rechtsfolgen der Diskriminierung im Zusammenhang mit der Beendigung eines Dienstverhältnisses.	1625
§ 7 g. Sonstige Rechtsfolgen der Diskriminierung im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis.	1627
§ 7 h. Rechtsfolgen der Diskriminierung in der sonstigen Arbeitswelt.	1628
§ 7 i. Rechtsfolgen einer Belästigung oder bei Benachteiligung infolge einer Beschwerde.	1629
§ 7 j. Höhe des Schadenersatzes.	1629
§ 7 k. Geltendmachung von Ansprüchen bei den ordentlichen Gerichten.	1631
§ 7 l. Geltendmachung von Ansprüchen von Beamten.	1633
§ 7 m. Geltendmachung von Ansprüchen von Beamten bei Belästigung.	1635
§ 7 n. Geltendmachung von nicht dienstrechtlichen Ansprüchen bei Diskriminierung in Vollziehung der Gesetze.	1636
§ 7 o. Zuständigkeit bei Mehrfachdiskriminierung.	1636
§ 7 p. Beweislast.	1637
§ 7 q. Nebenintervention.	1637
§ 7 r. Sonderbestimmungen für Landeslehrer, Anwendungsbereich.	1638
§ 8. Kündigung.	1638
§ 8 a. Beendigung eines Dienstverhältnisses kraft Gesetzes.	1650
§ 9. Ausgleichstaxe.	1651
§ 9 a. Prämien.	1653
§ 10. Ausgleichstaxfonds.	1653
§ 10 a. Verwendung der Mittel des Ausgleichstaxfonds.	1655
§ 11. Integrative Betriebe.	1660
§ 11 a. Ausbildungseinrichtungen.	1662
§ 12. Behindertenausschuß.	1663
§ 13.	1664
§§ 13 a. – 13 g. <i>[aufgehoben]</i>	1665
§ 14. Feststellung der Begünstigung.	1665
§ 14 a. Ausweise <i>[aufgehoben]</i>	1670
§ 15. Arbeitsvermittlung.	1670
§ 16. Auskunfts- und Meldepflicht.	1671
§ 17. Überwachung der Beschäftigung.	1672
§ 17 a. Stundung der Ausgleichstaxe.	1673
§ 18. Eintreibung der Ausgleichstaxe.	1674
§ 19. Verfahren und Verwaltungsgerichtsbarkeit.	1674
§ 19 a. Rechtsmittel.	1675
§ 19 b.	1677
§ 20. Verschwiegenheitspflicht.	1678
§ 21. Strafbestimmungen.	1678
§ 22. Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes.	1679
§ 22 a. Behindertenvertrauenspersonen.	1681

Inhaltsverzeichnis

§ 22 b. Behindertenvertretung im öffentlichen Dienst.	1687
§ 23. Gebührenfreiheit.	1687
§ 23 a. <i>[aufgehoben]</i>	1687
§ 24. Sprachliche Gleichbehandlung und Verweis auf andere Bundesgesetze.	1687
§ 24 a. Grundsatzbestimmungen für die Regelung der Gleichbehandlung im Arbeitsleben in der Land- und Forstwirtschaft – Geltungsbereich.	1688
§ 24 b. Diskriminierungsverbot.	1688
§ 24 c. Begriffsbestimmungen.	1688
§ 24 d. Entlohnungskriterien.	1688
§ 24 e. Rechtsfolgen der Diskriminierung.	1689
§ 24 f. Außergerichtliche Streitbeilegung.	1689
§ 25. Inkrafttreten.	1689
§ 25 a. Umsetzungshinweis.	1691
§ 26. Vollziehung.	1691
§ 27. Übergangsbestimmungen.	1691
§ 28.	1693
§ 29.	1694

Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz (BMSVG)

Vor § 1.	1695
§ 1. Geltungsbereich.	1696
§ 2.	1700
§ 3. Begriffsbestimmungen.	1702
§ 4. Sprachliche Gleichbehandlung.	1703
§ 5. Verweisungen.	1703
§ 6. Beginn und Höhe der Beitragszahlung.	1704
§ 7. Beitragsleistung in besonderen Fällen.	1712
§ 8. Verfügungs- und Exekutionsbeschränkungen.	1716
§ 9. Auswahl der BV-Kasse	1717
§ 10.	1718
§ 11. Beitrittsvertrag und Kontrahierungszwang.	1722
§ 12. Beendigung des Beitrittsvertrages und Wechsel der BV-Kasse.	1726
§ 13. Mitwirkungsverpflichtung.	1728
§ 14. Anspruch auf Abfertigung	1728
§ 15. Höhe der Abfertigung.	1738
§ 16. Fälligkeit der Abfertigung.	1738
§ 17. Verfügungsmöglichkeiten des Anwartschaftsberechtigten über die Abfertigung	1741
§ 18. Betriebliche Vorsorgekassen.	1744
§ 19. Rechtsform und Geschäftsbeschränkungen.	1745
§ 20. Eigenmittel.	1745
§ 21. Aufsichtsrat.	1745
§ 22. Schutz von Bezeichnungen.	1748
§ 23. Erwerbsverbote.	1748
§ 24. Garantie.	1749
§ 25. Konten.	1750

§ 26.	Verwaltungskosten.	1752
§ 27.	Kooperation.	1755
§ 27 a.	Zuweisungsverfahren bei Nichtauswahl der BV-Kasse durch den Arbeitgeber.	1757
§ 28.	Veranlagungsgemeinschaft.	1759
§ 29.	Veranlagungsbestimmungen.	1760
§ 30.	Veranlagungsvorschriften.	1761
§ 31.	Bewertungsregeln.	1764
§ 32.	Depotbank.	1765
§ 33.	Ergebniszuweisung.	1766
§ 34.	Haftungsverhältnisse.	1767
§ 35.	Verfügungsbeschränkungen.	1767
§ 36.	Insolvenz.	1767
§ 37.	Kurator.	1767
§ 38.	Befriedigung der Ansprüche.	1768
§ 39.	Meldungen.	1768
§ 40.	Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht.	1769
§ 41.	Übertragung des einer Veranlagungsgemeinschaft zugeordneten Vermögens.	1769
§ 42.	Staatskommissär.	1770
§ 42 a.	Verfahrens- und Strafbestimmungen.	1770
§ 43.	1771
§ 44.	1771
§ 45.	1771
§ 45 a.	Kosten.	1771
§ 46.	Zeitlicher Geltungsbereich.	1772
§ 47.	Übergangsbestimmungen.	1777
§ 48.	Unabdingbarkeit.	1783
§§ 49–61	<i>[nicht abgedruckt]</i>	1785
§§ 62–71	<i>[nicht abgedruckt]</i>	1786
§ 71 a.	Weisungsbindung.	1786
§ 72.	Vollziehung.	1786
§ 73.	Inkrafttreten.	1786

**Betriebspensionsgesetz
(BPG)**

§ 1.	Geltungsbereich.	1791
§ 2.	Arten der Leistungszusagen.	1792
§ 3.	Voraussetzungen für Errichtung, Beitritt und Auflösung.	1798
§ 4.	Verfügungs- und Exekutionsbeschränkungen.	1813
§ 5.	Unverfallbarkeit.	1814
§ 5 a.	Wechsel in die betriebliche Kollektivversicherung im aufrechten Arbeitsverhältnis.	1820
§ 6.	Einstellen, Aussetzen oder Einschränken der Beitragsleistung.	1822
§ 6 a.	Voraussetzungen für den Abschluss einer betrieblichen Kollektivversicherung.	1826
§ 6 b.	Verfügungs- und Exekutionsbeschränkungen.	1830
§ 6 c.	Unverfallbarkeit.	1830
§ 6 d.	Einstellen, Aussetzen oder Einschränken der Prämienleistung.	1833

Inhaltsverzeichnis

§ 6 e. Wechsel in die Pensionskasse im aufrechten Arbeitsverhältnis.	1834
§ 7. Unverfallbarkeit.	1835
§ 8. Einstellen, Aussetzen oder Einschränken des Erwerbs künftiger Anwartschaften	1840
§ 9. Aussetzen oder Einschränken von Leistungen.	1841
§ 10. Wertanpassung.	1844
§ 11. Wertpapierdeckung und Insolvenz.	1845
§ 12. Allgemeine Bestimmungen.	1848
§ 13. Unverfallbarkeit.	1850
§ 14. Einstellen, Aussetzen oder Einschränken der Prämienleistung.	1851
§ 15.	1853
§ 16. Anrechnungs- und Auszehrungsverbot.	1854
§ 16 a.	1856
§ 17. Auskunftspflicht.	1857
§ 18. Gleichbehandlungsgebot.	1859
§ 19. Unabdingbarkeit.	1862
§ 20.	1862
Art II.–IV. <i>[nicht abgedruckt]</i>	1863
Art V.	1863
Art VI.	1868

Dienstnehmerhaftpflichtgesetz (DHG)

§ 1.	1871
§ 2.	1877
§ 3.	1887
§ 4.	1893
§ 5.	1894
§ 6.	1895
§ 7.	1896
Art II.	1897
Art III.	1897

Entgeltfortzahlungsgesetz (EFZG)

§ 1. Geltungsbereich.	1899
§ 2. Anspruch auf Entgeltfortzahlung.	1902
§ 3. Höhe des fortzuzahlenden Entgelts.	1909
§ 4. Mitteilungs- und Nachweispflicht.	1913
§ 5. Beendigung des Arbeitsverhältnisses.	1914
§ 6. Unabdingbarkeit.	1918
§ 7. Günstigere Regelungen.	1919
§ 8. Erstattungsbetrag.	1920
§ 9. Rückforderung zu Unrecht geleisteter Erstattungsbeträge.	1921
§ 10. Übergang von Schadenersatzansprüchen auf die Krankenversicherungsträger. .	1921
§ 11. Verfall von Erstattungsansprüchen infolge Zeitablaufes.	1922

§ 12. Aufrechnung	1922
§ 13. Aufbringung der Mittel.	1922
§ 14. Erstattungsfonds der Krankenversicherungsträger.	1923
§ 15. Erstattungsfonds des Hauptverbandes.	1924
§ 16. Festsetzung des Beitragssatzes durch Verordnung.	1924
§ 17. Ausschüsse für die Erstattung der Arbeitgeberaufwendungen (Erstattungs-	
schüsse).	1925
§ 18. Anwendung von Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes.	1925
§ 19. Erstattungsansprüche der Arbeitgeber für Pflegefreistellungen nach § 16 Abs. 2	
des Urlaubsgesetzes, BGBl. Nr. 390/1976, in der jeweils geltenden Fassung.	1926
§ 19 a. Übergangsbestimmungen.	1926
§ 20. Inkrafttreten.	1927
Art II. – VI. <i>[nicht abgedruckt]</i>	1930
Art VII. <i>[überholt]</i>	1930
Art VIII.	1930
Art IX.	1931

Exekutionsordnung (EO)

Vor § 290.	1933
§ 290. Unpfändbare Forderungen.	1938
§ 290 a. Beschränkt pfändbare Forderungen.	1940
§ 290 b. Sonderzahlungen.	1942
§ 290 c. Vorschüsse und Nachzahlungen.	1942
§ 291. Ermittlung der Berechnungsgrundlage.	1944
§ 291 a. Unpfändbarer Freibetrag („Existenzminimum“).	1944
§ 291 b. Besonderheiten bei Exekutionen wegen Unterhaltsansprüchen.	1946
§ 291 c. Besonderheiten bei Exekutionen wegen wiederkehrender Leistungen.	1948
§ 291 d. Beschränkt pfändbare einmalige Leistungen.	1949
§ 291 e. Einmalige Vergütung für persönlich geleistete Arbeiten.	1950
§ 292. Zusammenrechnung – Sachleistungen.	1951
§ 292 a. Erhöhung des unpfändbaren Betrags.	1953
§ 292 b. Herabsetzung des unpfändbaren Betrags.	1953
§ 292 c. Änderung der Voraussetzungen der Unpfändbarkeit.	1954
§ 292 d. Auszahlung des Entgelts an Dritte.	1954
§ 292 e. Verschleiertes Entgelt.	1955
§§ 292 f., 292 g. <i>[aufgehoben]</i>	1957
§ 292 h. Kosten des Drittschuldners für die Berechnung.	1957
§ 292 i. Kontenschutz.	1957
§ 292 j. Bestimmungen für die Berechnung durch den Drittschuldner.	1958
§ 292 k. Entscheidung des Exekutionsgerichts – Antragsberechtigung.	1960
§ 292 l. Aufstellung über die offene Forderung.	1961
§ 293. Zwingendes Recht.	1963
§ 294. Pfändung.	1964
§ 294 a. Unbekannter Drittschuldner.	1967

Inhaltsverzeichnis

§ 295.	Pfändung von Forderungen gegen eine juristische Person des öffentlichen Rechts.	1968
§ 296.	Pfändung von Forderungen aus Papieren.	1969
§ 297.	Sonderbestimmungen für bei Gericht erliegende Papiere.	1969
§ 298.	Verwahrung eines Handpfands.	1970
§ 299.	Umfang des Pfandrechts.	1970
§ 299 a.	Anspruch auf einen Entgeltteil gegen einen Dritten.	1971
§ 300.	Rang der Pfandrechte.	1972
§ 300 a.	Pfändung einer übertragenen oder verpfändeten Forderung.	1973
§ 301.	Drittschuldnererklärung.	1975
§ 302.	Kosten des Drittschuldners für seine Erklärung.	1977
§ 303.	Überweisung.	1978
§ 303 a.	Besonderheiten im vereinfachten Bewilligungsverfahren.	1979
§ 304.	Überweisung von Forderungen aus Papieren.	1980
§ 305.	Durchführung der Überweisung.	1980
§ 306.	Auskunftsrecht des betreibenden Gläubigers – Ausfolgung der Urkunden.	1980
§ 307.	Hinterlegung bei Gericht.	1981
§ 308.	Überweisung zur Einziehung.	1984
§ 308 a.	Klagerecht des Verpflichteten.	1987
§ 309.	Von Gegenleistung abhängige Forderung.	1990
§ 310.	Streitverkündung.	1990
§ 311.	Verzicht auf die Rechte aus der Überweisung.	1991
§ 311 a.	Zahlungsvereinbarung.	1992
§ 312.	Zahlung des Drittschuldners.	1992
§ 313.	Befreiung des Drittschuldners von der Verbindlichkeit.	1993
§ 314.	Einziehung durch einen Kurator.	1993
§ 315.	Rechte des Kurators.	1994

Gleichbehandlungskommissions-/ Gleichbehandlungsanwaltschaftsgesetz (GBK/GAW-G)

§ 1.	Gleichbehandlungskommission.	1995
§ 2.	Zusammensetzung der Senate.	1996
§ 3.	Anwaltschaft für Gleichbehandlung.	1998
§ 4.	Regionalbüros.	2001
§ 5.	Aufgaben der Anwaltschaft für Gleichbehandlung.	2002
§§ 6, 7.	<i>[aufgehoben]</i>	2005
§ 8.	Aufgaben der Senate der Gleichbehandlungskommission.	2005
§ 9.	Geschäftsordnung.	2005
§ 10.	Rechtsstellung der Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Kommission.	2005
§ 11.	Gutachten.	2007
§ 12.	Einzelfallprüfung.	2007
§ 13.	Verpflichtung zur Berichtslegung.	2009
§ 14.	Geschäftsführung der Kommission.	2010
§ 15.	Ausschüsse des Senates.	2012
§ 16.	Anwendung des AVG.	2012

§§ 17–20. <i>[aufgehoben]</i>	2013
§ 21.	2013
§ 22.	2015
§ 23. Verweisungen.	2015
§ 24. Berichte an den Nationalrat.	2015

Gewerbeordnung 1859 (GewO)

§ 72. 1. Allgemeine Bestimmungen.	2017
§ 73. Hilfsarbeiter.	2019
§§ 74–75 a. <i>[aufgehoben]</i>	2021
§ 76. Pflichten der Hilfsarbeiter.	2021
§ 77. Entlohnung, Kündigung.	2021
§ 78. Lohnzahlungen.	2023
§ 78 a.	2028
§ 78 b.	2028
§ 78 c. Nichtigkeit von Verträgen.	2028
§ 78 d. Folgen der Nichtbarzahlungen an Hilfsarbeiter.	2029
§ 78 e. Nichtklagbarkeit der Forderungen für kreditierte Waren.	2029
§§ 79–81. <i>[aufgehoben]</i>	2029
§ 82. Auflösung des Arbeitsverhältnisses	2029
§ 82 a.	2030
§ 83.	2030
§ 84.	2031
§ 85. <i>[aufgehoben]</i>	2031
§ 86. Vorzeitiger Austritt.	2031
§§ 87–87 c. <i>[aufgehoben]</i>	2037
§ 88. Arbeiterverzeichnisse.	2037
§§ 88 a.–89. <i>[aufgehoben]</i>	2038
§ 90. Konventionalgeldstrafen.	2038
§ 91. Stellvertreter der Gewerbeinhaber.	2040
§ 92. Kaufmännisches Hilfspersonale.	2040
§§ 93–96 i. <i>[aufgehoben]</i>	2041

Gleichbehandlungsgesetz (GIBG)

§ 1. Geltungsbereich.	2043
§ 2. Gleichstellung.	2050
§ 3. Gleichbehandlungsgebot im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis. . . .	2051
§ 4. Gleichbehandlungsgebot in der sonstigen Arbeitswelt.	2059
§ 5. Begriffsbestimmungen.	2060
§ 6. Sexuelle Belästigung.	2063
§ 7. Belästigung.	2066
§ 8. Positive Maßnahmen.	2068
§ 9. Gebot der geschlechtsneutralen Stellenausschreibung.	2069

Inhaltsverzeichnis

§ 10.	Strafbestimmungen.	2073
§ 11.	Entlohnungskriterien.	2074
§ 11 a.	Einkommensbericht.	2075
§ 12.	Rechtsfolgen der Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes.	2079
§ 13.	Benachteiligungsverbot.	2088
§ 14.	Förderungsmaßnahmen.	2089
§ 15.	Fristen für die Geltendmachung von Ansprüchen.	2089
§ 16.	Geltungsbereich.	2092
§ 17.	Gleichbehandlungsgebot im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis.	2095
§ 18.	Gleichbehandlungsgebot in der sonstigen Arbeitswelt.	2105
§ 19.	Begriffsbestimmungen.	2105
§ 20.	Ausnahmebestimmungen.	2107
§ 21.	Belästigung.	2117
§ 22.	Positive Maßnahmen.	2118
§ 23.	Gebot der diskriminierungsfreien Stellenausschreibung.	2118
§ 24.	Strafbestimmungen.	2119
§ 25.	Entlohnungskriterien.	2120
§ 26.	Rechtsfolgen der Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes.	2120
§ 27.	Benachteiligungsverbot.	2122
§ 28.	Förderungsmaßnahmen.	2122
§ 29.	Fristen für die Geltendmachung von Ansprüchen.	2122
§ 30.	2123
§ 31.	Gleichbehandlungsgebot.	2124
§ 32.	Begriffsbestimmungen.	2124
§ 33.	Ausnahmebestimmungen.	2125
§ 34.	Positive Maßnahmen.	2125
§ 35.	Belästigung und sexuelle Belästigung.	2125
§ 36.	Gebot des diskriminierungsfreien Inserierens von Wohnraum.	2126
§ 37.	Strafbestimmungen.	2126
§ 38.	Rechtsfolgen der Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes.	2126
§ 39.	Benachteiligungsverbot.	2127
§ 40.	Förderungsmaßnahmen.	2127
§ 40 a.	Geltungsbereich.	2128
§ 40 b.	Gleichbehandlungsgebot, Begriffsbestimmungen, Rechtsfolgen.	2128
§ 40 c.	Verpflichtung zur Schaffung oder Benennung einer unabhängigen Stelle.	2128
§ 41.	Geltungsbereich.	2129
§ 42.	Gleichstellung.	2129
§ 43.	Gleichbehandlungsgebot.	2129
§ 44.	Begriffsbestimmungen.	2130
§ 45.	Ausnahmebestimmungen.	2130
§ 46.	Sexuelle Belästigung.	2131
§ 47.	Belästigung.	2132
§ 48.	Positive Maßnahmen.	2132
§ 49.	Gebot der geschlechtsneutralen und diskriminierungsfreien Stellenausschreibung.	2133
§ 50.	Entlohnungskriterien.	2133
§ 51.	Rechtsfolgen der Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes.	2134

§ 52.	Benachteiligungsverbot.	2135
§ 53.	Aufgaben einer Gleichbehandlungskommission.	2136
§ 54.	2136
§ 55.	Anwältin für Gleichbehandlung; Gleichbehandlungsbeauftragte/r.	2136
§ 56.	Veröffentlichung.	2137
§ 57.	Auskunftspflicht.	2137
§ 58.	Strafbestimmungen.	2137
§ 59.	Verweisungen.	2138
§ 60.	[aufgehoben].	2138
§ 61.	Begründungspflicht des Gerichtes.	2138
§ 62.	Nebenintervention.	2138
§ 62 a.	Dialog mit Nichtregierungsorganisationen.	2138
§ 63.	Inkrafttreten.	2138
§ 64.	Vollziehung.	2140

Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz (IESG)

§ 1.	Voraussetzungen des Anspruches.	2141
§ 1 a.	Insolvenz-Entgelt für Abfertigung wegen Verschlechterung der Wirtschaftslage und bei überschuldetem Nachlass.	2191
§ 1 b.	Insolvenz-Entgelt für Übertragungsbeträge.	2193
§ 2.	Sprachliche Gleichbehandlung und Verweisungen.	2194
§ 3.	Ausmaß des Insolvenz-Entgelts.	2194
§ 3 a.	für Entgelt und Ansprüche aus nicht ausgeglichenen Zeitguthaben vor der In- solvenz.	2199
§ 3 b.	Für weitere Ansprüche.	2206
§ 3 c.	Bei besonderem Kündigungs- und Entlassungsschutz.	2209
§ 3 d.	Für Betriebspensionen.	2211
§ 4.	Gewährung von Insolvenz-Entgelt bei Vorliegen berücksichtigungswürdiger Gründe.	2214
§ 5.	Zuständigkeit.	2214
§ 6.	Antrag.	2216
§ 7.	Entscheidung und Auszahlung.	2223
§ 8.	Pfändung, Verpfändung und Übertragung.	2228
§ 9.	Widerruf und Rückforderung.	2229
§ 10.	Streit über den Anspruch auf Insolvenz-Entgelt.	2229
§ 11.	Übergang der Ansprüche.	2232
§ 12.	Aufbringung der Mittel und Deckung des Aufwandes.	2234
§ 13.	Insolvenz-Entgelt-Fonds.	2235
§ 13 a.	Dienstnehmer-Beitragsanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung.	2237
§ 13 b.	Zuschläge nach dem Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz.	2238
§ 13 c.	Ansprüche eines bevorrechteten Gläubigerschutzverbandes bei Vertretung von Anspruchsberechtigten.	2239
§ 13 d.	Beiträge nach dem Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbstständigenvorsorgege- setz.	2239
§ 13 e.	Beiträge zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher.	2240

Inhaltsverzeichnis

§ 14.	Rechtshilfe und Auskunftspflicht.	2241
§ 14 a.	Zusammenarbeit mit ausländischen Einrichtungen.	2242
§ 15.	Stempel- und Gebührenfreiheit.	2243
§ 16.	Strafbestimmungen.	2243
§ 17.	Übergangsbestimmungen.	2243
§ 17 a.	Novellen; Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen.	2244
§ 18.	Wirksamkeitsbeginn und Vollziehung.	2248
§ 19.	Sonderbestimmungen.	2249
§ 20.	Inkrafttreten.	2249
§ 21.	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen zur Novelle BGBI. I Nr. 82/2008.	2250
§ 22.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 90/2009.	2250
§ 23.	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen zur Novelle BGBI. I Nr. 70/2009.	2250
§ 24.	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen zur Novelle BGBI. I Nr. 148/2009.	2250
§ 25.	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen zur Novelle BGBI. I Nr. 29/2010.	2250
§ 26.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 111/2010.	2251
§ 27.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 24/2011.	2251
§ 28.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 39/2011.	2251
§ 29.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 35/2012.	2251
§ 30.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 30/2014.	2252
§ 31.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 34/2015.	2252
§ 32.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 113/2015.	2252
§ 33.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 122/2017.	2252
§ 34.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 123/2017.	2252
§ 35.	Inkrafttreten der Novelle BGBI. I Nr. 154/2017.	2252

Insolvenzordnung

(IO)

§ 3.	Rechtshandlungen des Schuldners.	2253
§ 12 a.	Einkünfte aus einem Arbeitsverhältnis.	2257
§ 21.	a) im allgemeinen.	2260
§ 25.	d) Arbeitsverträge.	2265
§ 25 b.	Unwirksame Vereinbarungen.	2282
§ 46.	Masseforderungen.	2283
§ 47.	2290
§ 51.	Insolvenzforderungen.	2292
§ 75.	2294
§ 76.	Anhörung der gesetzlichen Interessenvertretungen und des Landesarbeitsamts	2295
§ 78 a.	Verständigung der Arbeitnehmer.	2295

Kautionschutzgesetz

(KautSchG)

§ 1.	2301
§ 2.	2303
§ 3.	2304
§ 4.	2306

§ 5.	2307
§ 6.	[aufgehoben].	2307
§ 7.	2307
§ 8.	2307
§ 9.	2308
§ 10.	2308
§ 11.	2308

**Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz
(LSD-BG)**

§ 1.	Geltungsbereich.	2309
§ 2.	Wahrer wirtschaftlicher Gehalt – Beurteilungsmaßstab.	2314
§ 3.	Anspruch auf Mindestentgelt.	2315
§ 4.	Urlaubsanspruch.	2318
§ 5.	Anspruch auf Einhaltung der Arbeitszeit und der Arbeitsruhe.	2319
§ 6.	Regelungen für die grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung.	2320
§ 7.	Kollektivverträge.	2323
§ 8.	Haftung für Entgeltansprüche gegen Arbeitgeber mit Sitz in einem Drittstaat.	2324
§ 9.	Haftungsbestimmungen für den Baubereich.	2324
§ 10.	Haftung des Generalunternehmers für Entgeltansprüche gegen Auftragnehmer mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft.	2327
§ 11.	Behörden und Stellen.	2329
§ 12.	Erhebungen der Abgabenbehörden.	2330
§ 13.	Kompetenzzentrum LSDB.	2331
§ 14.	Feststellung von Übertretungen durch den Träger der Krankenversicherung. . .	2334
§ 15.	Feststellung von Übertretungen durch die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse.	2335
§ 16.	Zusammenarbeit der Behörden im Inland im Bereich der Arbeitskräfteüberlassung.	2336
§ 17.	Zusammenarbeit mit Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten und EWR-Staaten und gegenseitige Amtshilfe.	2336
§ 18.	Informationsverpflichtung von Arbeitgebern mit Sitz im Inland.	2338
§ 19.	Meldepflicht bei Entsendung oder Überlassung aus einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft.	2338
§ 20.	Information der Behörden.	2342
§ 21.	Bereithaltung von Meldeunterlagen, Sozialversicherungsunterlagen und behördlicher Genehmigung.	2343
§ 22.	Bereithaltung von Lohnunterlagen.	2345
§ 23.	Ansprechperson.	2347
§ 24.	Verantwortliche Beauftragte.	2347
§ 25.	Ort der Verwaltungsübertretung.	2348
§ 26.	Verstöße im Zusammenhang mit den Melde- und Bereithaltungspflichten bei Entsendung oder Überlassung.	2348
§ 27.	Vereitelungshandlungen im Zusammenhang mit der Lohnkontrolle.	2349
§ 28.	Nichtbereithalten der Lohnunterlagen.	2350

Inhaltsverzeichnis

§ 29.	Unterentlohnung.	2351
§ 30.	Unterlassung einer Änderungsmeldung zur Person des verantwortlichen Beauftragten.	2356
§ 31.	Untersagung der Dienstleistung.	2356
§ 32.	Parteistellung in Verwaltungs(straf)verfahren.	2358
§ 33.	Vorläufige Sicherheit.	2359
§ 34.	Zahlungsstopp – Sicherheitsleistung.	2359
§ 35.	Evidenz über Verwaltungs(straf)verfahren nach den §§ 26, 27, 28, 29 Abs. 1, 31 und 34.	2362
§ 36.	Anwendungsbereich.	2363
§ 37.	Bestimmung der Begriffe „inländische Behörde“ und „inländische Behörden“	2366
§ 38.	Aufwand der Strafverfolgung bei grenzüberschreitender Rechtsdurchsetzung.	2367
§ 39.	Verwendung des Binnenmarkt-Informationssystems (IMI).	2368
§ 40.	Ämter der Landesregierung als zentrale Behörden.	2368
§ 41.	2370
§ 42.	Anwendungsbereich.	2371
§ 43.	Übermittlung eines Ersuchens um Zustellung oder Vollstreckung.	2372
§ 44.	Mitteilung der weiteren Behandlung eines Ersuchens um Zustellung oder Vollstreckung.	2373
§ 45.	Grundsätze.	2373
§ 46.	Ersuchen um Zustellung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat.	2374
§ 47.	Grundsätze.	2374
§ 48.	Ersuchen um Vollstreckung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat.	2375
§ 49.	Benachrichtigung der um Vollstreckung ersuchten Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats.	2375
§ 50.	Folgen des Ersuchens um Vollstreckung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat für die Vollstreckung im Inland.	2376
§ 51.	Anwendungsbereich.	2377
§ 52.	Anerkennung und Gleichbehandlung der Entscheidung eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats.	2377
§ 53.	Weiterleitung bei Unzuständigkeit.	2378
§ 54.	Ablehnung der Vollstreckung.	2378
§ 55.	Benachrichtigung der ersuchenden Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats.	2381
§ 56.	Veranlassung der Zustellung.	2381
§ 57.	Anzuwendendes Verfahrensrecht.	2382
§ 58.	Ablehnung der Zustellung.	2382
§ 59.	Veranlassung der Vollstreckung.	2383
§ 60.	Anzuwendendes Verfahrensrecht.	2384
§ 61.	Aufschub der Vollstreckung.	2384
§ 62.	Beendigung der Vollstreckung.	2384
§ 63.	Erlös aus der Vollstreckung.	2385
§ 64.	Kosten.	2385
§ 65.	Veranlassung der Vollstreckung.	2385
§ 66.	Anzuwendendes Verfahrensrecht.	2385
§ 67.	Aufschub der Vollstreckung.	2386

§ 68.	Verweisungen.	2386
§ 69.	Kontrollplan – Tätigkeitsbericht.	2386
§ 70.	Sprachliche Gleichbehandlung.	2387
§ 71.	Vollziehungsbestimmungen.	2387
§ 72.	Inkrafttreten.	2387

**Mutterschutzgesetz 1979
(MSchG)**

§ 1.	2389
§ 2.	2389
§ 2 a.	Ermittlung, Beurteilung und Verhütung von Gefahren, Pflichten des Dienstgebers	2391
§ 2 b.	Maßnahmen bei Gefährdung.	2393
§ 3.	Beschäftigungsverbote für werdende Mütter.	2394
§ 4.	2401
§ 4 a.	Beschäftigungsverbote für stillende Mütter.	2406
§ 5.	Beschäftigungsverbote nach der Entbindung.	2407
§ 6.	Verbot der Nacharbeit.	2411
§ 7.	Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit.	2413
§ 8.	Verbot der Leistung von Überstunden.	2416
§ 8 a.	Ruhemöglichkeit.	2417
§ 9.	Stillzeit.	2417
§ 10.	Kündigungsschutz.	2418
§ 10 a.	Befristete Dienstverhältnisse.	2430
§ 11.	2432
§ 12.	Entlassungsschutz.	2433
§ 13.	2440
§ 14.	Weiterzahlung des Arbeitsentgelts.	2440
§ 15.	Anspruch auf Karenz.	2444
§ 15 a.	Teilung der Karenz zwischen Mutter und Vater.	2449
§ 15 b.	Aufgeschobene Karenz.	2451
§ 15 c.	Karenz der Adoptiv- oder Pflegemutter.	2454
§ 15 d.	Karenz bei Verhinderung des anderen Elternteils.	2456
§ 15 e.	Beschäftigung während der Karenz.	2458
§ 15 f.	Sonstige gemeinsame Vorschriften zur Karenz.	2461
§ 15 g.	Recht auf Information.	2465
§ 15 h.	Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung.	2465
§ 15 i.	Vereinbarte Teilzeitbeschäftigung.	2469
§ 15 j.	Gemeinsame Bestimmungen zur Teilzeitbeschäftigung.	2470
§ 15 k.	Verfahren beim Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung.	2473
§ 15 l.	Verfahren bei der vereinbarten Teilzeitbeschäftigung.	2477
§ 15 m.	Karenz an Stelle von Teilzeitbeschäftigung.	2479
§ 15 n.	Kündigungs- und Entlassungsschutz bei einer Teilzeitbeschäftigung.	2480
§ 15 o.	Teilzeitbeschäftigung der Adoptiv- oder Pflegemutter.	2482
§ 15 p.	Änderung der Lage der Arbeitszeit.	2482
§ 15 q.	Spätere Geltendmachung der Karenz.	2483
§ 15 r.	Austritt aus Anlass der Geburt eines Kindes.	2484

Inhaltsverzeichnis

§ 16.	Dienst(Werks)wohnung.	2484
§ 17.	<i>[aufgehoben]</i>	2485
§ 18.	2485
§ 18 a.	2486
§ 19.	2486
§ 20.	2486
§ 21.	2487
§ 22.	2487
§ 22 a.	2487
§ 23.	2487
§ 24.	Personenkreis.	2490
§ 25.	2490
§ 26.	Ruhezeiten <i>[aufgehoben]</i>	2491
§ 27.	Kündigungsschutz.	2491
§§ 28 – 30.	<i>[aufgehoben]</i>	2491
§ 31.	2491
§ 32.	<i>[aufgehoben]</i>	2492
§§ 33, 34.	<i>[aufgehoben]</i>	2492
§ 35.	Behördenzuständigkeit und Verfahrensvorschriften.	2492
§ 36.	2492
§ 37.	Strafbestimmungen.	2492
§ 38.	Weitergeltung von Vorschriften.	2493
§ 38 a.	Verweisungen.	2493
§ 38 b.	Übergangsbestimmungen.	2493
§ 38 c.	2493
§ 38 d.	Übergangsbestimmungen (Option) für Geburten nach dem 30. Juni 2000, jedoch vor dem 1. Jänner 2002.	2494
§ 39.	Inkrafttreten und Vollziehung.	2494
§ 40.	2495

Patentgesetz 1970 (PatG)

§ 6.	Erfindungen von Dienstnehmern.	2499
§ 7.	2500
§ 8.	2503
§ 9.	2503
§ 10.	2509
§ 11.	2510
§ 12.	2513
§ 13.	2515
§ 14.	2516
§ 15.	2517
§ 16.	2518
§ 17.	2518
§ 18.	<i>[aufgehoben]</i>	2519
§ 19.	2519

**Verordnung (EG) Nr 593/2008 des Europäischen Parlaments und
des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf
vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht**

(Rom I-VO)

Art 8.	Individualarbeitsverträge.	2521
Art 9.	Eingriffsnormen.	2521

Urlaubsgesetz

(UrlG)

§ 1.	Geltungsbereich.	2531
§ 2.	Urlaub.	2536
§ 3.	Anrechnungsbestimmungen.	2546
§ 4.	Verbrauch des Urlaubes.	2553
§ 5.	Erkrankung während des Urlaubes.	2571
§ 6.	Urlaubsentgelt.	2577
§ 7.	Ablöseverbot.	2585
§ 8.	Aufzeichnungen.	2587
§ 9.	<i>[aufgehoben]</i>	2589
§ 10.	Ansprüche bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses.	2590
§ 10 a.	Zusatzurlaub bei Nachtschwerarbeit.	2598
§ 11.	Pfändungsschutz <i>[aufgehoben]</i>	2603
§ 12.	Unabdingbarkeit.	2603
§ 13.	Strafbestimmungen.	2605
§ 14.	Weitergelten von Regelungen.	2606
§ 15.	Geltungsbereich.	2608
§ 16.	Pflegefreistellung.	2609
§ 17.	Unabdingbarkeit.	2621
§ 18.	Günstigere Regelungen.	2621
§ 19.	Inkrafttreten.	2622
Art. II. – VII.	<i>[nicht abgedruckt]</i>	2624
Art. VIII.	2624
Art. IX.	2624
Art. X.	2625

Väter-Karenzgesetz

(VKG)

§ 1.	Geltungsbereich.	2627
§ 2.	Anspruch auf Karenz.	2628
§ 3.	Teilung der Karenz zwischen Vater und Mutter.	2633
§ 4.	Aufgeschobene Karenz.	2634
§ 5.	Karenz des Adoptiv- oder Pflegevaters.	2637
§ 6.	Karenz bei Verhinderung des anderen Elternteils.	2639
§ 7.	Kündigungs- und Entlassungsschutz bei Karenz.	2640
§ 7 a.	Recht auf Information.	2641

Inhaltsverzeichnis

§ 7 b. Beschäftigung während der Karenz.	2642
§ 7 c. Anwendung sonstiger Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes.	2644
§ 8. Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung.	2644
§ 8 a. Vereinbarte Teilzeitbeschäftigung.	2647
§ 8 b. Gemeinsame Bestimmungen zur Teilzeitbeschäftigung.	2648
§ 8 c. Verfahren beim Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung.	2651
§ 8 d. Verfahren bei der vereinbarten Teilzeitbeschäftigung.	2652
§ 8 e. Karenz an Stelle von Teilzeitbeschäftigung.	2653
§ 8 f. Kündigungs- und Entlassungsschutz bei einer Teilzeitbeschäftigung.	2654
§ 8 g. Teilzeitbeschäftigung des Adoptiv- oder Pflegevaters.	2654
§ 8 h. Änderung der Lage der Arbeitszeit.	2655
§ 9. Spätere Geltendmachung der Karenz.	2655
§ 9 a. Austritt aus Anlass der Geburt eines Kindes.	2656
§ 10.	2656
§ 11. Verweisungen.	2659
§ 11 a. Unabdingbarkeit.	2660
§ 12. Übergangsbestimmungen.	2660
§ 12 a. Übergangsbestimmungen (Option) für Geburten nach dem 30. Juni 2000, jedoch vor dem 1. Jänner 2002.	2660
§ 13. Vollziehung.	2661
§ 14. Inkrafttreten.	2661
Art. II. – XVII. <i>[nicht abgedruckt]</i>	2663
Art. XVIII.	2663
Art. XIX.	2663
Stichwortverzeichnis (Bände 1 und 2)	2665

Band 2

II. Kollektivarbeitsrecht

Arbeitsverfassungsgesetz

(ArbVG)

§ 1. Geltungsbereich.	3
§ 2. Begriff und Inhalt.	8
§ 3. Verhältnis zu anderen Rechtsquellen.	27
§ 4. Kollektivvertragsfähigkeit.	39
§ 5. Zuerkennung und Aberkennung der Kollektivvertragsfähigkeit.	46
§ 6. Vorrang der freiwilligen Berufsvereinigungen.	49
§ 7. Kollektivvertragsfähigkeit juristischer Personen öffentlichen Rechts.	51
§ 8. Kollektivvertragsangehörigkeit.	52
§ 9. Fachlicher Geltungsbereich.	61
§ 10. Persönlicher Geltungsbereich.	66
§ 11. Normwirkung.	67
§ 12. Außenseiterwirkung.	70
§ 13. Nachwirkung.	72

§ 14.	Hinterlegung und Kundmachung des Kollektivvertrages.	75
§ 15.	Auflegung des Kollektivvertrages im Betrieb.	79
§ 16.	Verlängerung und Abänderung von Kollektivverträgen.	81
§ 17.	Geltungsdauer des Kollektivvertrages.	81
§ 18.	Begriff und Voraussetzungen.	86
§ 19.	Rechtswirkungen.	91
§ 20.	Verfahren.	93
§ 21.	Kundmachung und Veröffentlichung der Satzung.	95
§ 22.	Begriff und Voraussetzungen.	96
§ 23.	Bemessung des Mindestentgeltes.	100
§ 24.	Rechtswirkungen.	101
§ 25.	Verfahren.	103
§ 26.	Begriff und Voraussetzungen.	105
§ 27.	Verfahren.	107
§ 28.	Rechtswirkungen.	109
§ 29.	Begriff.	110
§ 30.	Wirksamkeitsbeginn.	118
§ 31.	Rechtswirkungen.	122
§ 32.	Geltungsdauer von Betriebsvereinbarungen.	133
§ 33.	Geltungsbereich.	137
§ 34.	Betriebsbegriff.	142
§ 35.	Gleichstellung.	149
§ 36.	Arbeitnehmerbegriff.	151
§ 37.	Rechte des einzelnen Arbeitnehmers.	159
§ 38.	Aufgaben.	161
§ 39.	Grundsätze der Interessenvertretung.	162
§ 40.	Organe der Arbeitnehmerschaft.	165
§ 41.	Zusammensetzung und Gruppenzugehörigkeit.	174
§ 42.	Aufgaben der Betriebs(Gruppen-, Betriebshaupt)versammlung.	178
§ 43.	Ordentliche und außerordentliche Versammlungen.	186
§ 44.	Teilversammlungen.	188
§ 45.	Einberufung.	191
§ 46.	Vorsitz.	197
§ 47.	Zeitpunkt und Ort der Versammlungen.	198
§ 48.	Teilnahme des Betriebsinhabers und der überbetrieblichen Interessenvertretungen.	200
§ 49.	Stimmberechtigung und Beschlußfassung.	201
§ 50.	Zahl der Betriebsratsmitglieder.	204
§ 51.	Wahlgrundsätze.	208
§ 52.	Aktives Wahlrecht.	211
§ 53.	Passives Wahlrecht.	214
§ 54.	Berufung des Wahlvorstandes.	219
§ 55.	Vorbereitung der Wahl.	224
§ 56.	Durchführung der Wahl.	232
§ 57.	Mitteilung des Wahlergebnisses.	237
§ 58.	Vereinfachtes Wahlverfahren.	239
§ 59.	Anfechtung.	241

Inhaltsverzeichnis

§ 60.	Nichtigkeit.	251
§ 61.	Tätigkeitsdauer des Betriebsrates.	253
§ 62.	Vorzeitige Beendigung der Tätigkeitsdauer.	257
§ 62 a.	Verlängerung der Partei- und Prozeßfähigkeit.	264
§ 62 b.	Beibehaltung des Zuständigkeitsbereiches.	266
§ 62 c.	269
§ 63.	Fortsetzung der Tätigkeitsdauer.	272
§ 64.	Beginn und Erlöschen der Mitgliedschaft.	273
§ 65.	Ersatzmitglieder.	279
§ 66.	Konstituierung des Betriebsrates.	282
§ 67.	Sitzungen des Betriebsrates.	286
§ 68.	Beschlußfassung.	289
§ 69.	Übertragung von Aufgaben.	292
§ 70.	Autonome Geschäftsordnung.	294
§ 71.	Vertretung nach außen.	295
§ 72.	Beistellung von Sacherfordernissen.	298
§ 73.	Betriebsratsumlage.	301
§ 74.	Betriebsratsfonds.	304
§ 75.	Rechnungsprüfer.	310
§ 76.	Voraussetzung und Errichtung.	314
§ 77.	Geschäftsführung.	316
§ 78.	Zusammensetzung und Geschäftsführung.	316
§ 79.	Aufgaben.	319
§ 80.	Zusammensetzung.	319
§ 81.	Berufung.	320
§ 82.	Tätigkeitsdauer.	322
§ 83.	Geschäftsführung.	325
§ 84.	Aufwand.	325
§ 85.	Zentralbetriebsratsumlage.	326
§ 86.	Zentralbetriebsratsfonds.	326
§ 87.	Verwaltung und Auflösung des Zentralbetriebsratsfonds.	327
§ 88.	Rechnungsprüfer für den Zentralbetriebsratsfonds.	327
§ 88 a.	Errichtung.	328
§ 88 b.	Konstituierung, Geschäftsführung, Tätigkeitsdauer.	332
§ 89.	Überwachung.	335
§ 90.	Intervention.	341
§ 91.	Allgemeine Information.	344
§ 92.	Beratung.	348
§ 92 a.	Arbeitsschutz.	351
§ 92 b.	Betriebliche Frauenförderung sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Betreuungspflichten und Beruf.	356
§ 93.	Errichtung und Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitnehmer.	360
§ 94.	Mitwirkung in Angelegenheiten der betrieblichen Berufsausbildung und Schulung.	361
§ 95.	Mitwirkung an betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen.	367
§ 96.	Zustimmungspflichtige Maßnahmen.	372
§ 96 a.	Ersetzbare Zustimmung.	385

§ 97.	Betriebsvereinbarungen.	392
§ 98.	Personelles Informationsrecht.	423
§ 99.	Mitwirkung bei der Einstellung von Arbeitnehmern.	425
§ 100.	Mitwirkung bei der Festsetzung von Leistungsentgelten im Einzelfall.	430
§ 101.	Mitwirkung bei Versetzungen.	432
§ 102.	Mitwirkung bei Verhängung von Disziplinarmaßnahmen.	446
§ 103.	Mitwirkung bei der Vergabe von Werkwohnungen.	453
§ 104.	Mitwirkung bei Beförderungen.	454
§ 104 a.	Mitwirkung bei einvernehmlichen Lösungen.	456
§ 105.	Anfechtung von Kündigungen.	459
§ 106.	Anfechtung von Entlassungen.	532
§ 107.	Anfechtung durch den Arbeitnehmer.	536
§ 108.	Wirtschaftliche Informations-, Interventions- und Beratungsrechte.	537
§ 109.	Mitwirkung bei Betriebsänderungen.	542
§ 110.	Mitwirkung im Aufsichtsrat.	549
§ 111.	Einspruch gegen die Wirtschaftsführung.	558
§ 112.	Staatliche Wirtschaftskommission.	560
§ 113.	Kompetenzabgrenzung.	562
§ 114.	Kompetenzübertragung.	568
§ 115.	Grundsätze der Mandatsausübung, Verschwiegenheitspflicht.	571
§ 116.	Freizeitgewährung.	583
§ 117.	Freistellung.	588
§ 118.	Bildungsfreistellung.	593
§ 119.	Erweiterte Bildungsfreistellung.	598
§ 120.	Kündigungs- und Entlassungsschutz.	600
§ 121.	Kündigungsschutz.	617
§ 122.	Entlassungsschutz.	624
§ 123.	Organe.	640
§ 124.	641
§ 125.	Zahl der Jugendvertrauensratsmitglieder.	643
§ 126.	Vorbereitung und Durchführung der Wahl des Jugendvertrauensrates.	645
§ 127.	Beendigung der Tätigkeitsdauer.	646
§ 128.	Geschäftsführung des Jugendvertrauensrates.	647
§ 129.	Aufgaben und Befugnisse des Jugendvertrauensrates.	649
§ 130.	Rechtsstellung der Mitglieder des Jugendvertrauensrates.	650
§ 131.	Rechtsausübung durch Minderjährige.	652
§ 131 a.	Zusammensetzung, Geschäftsführung und Aufgaben.	652
§ 131 b.	Zusammensetzung und Berufung.	653
§ 131 c.	Tätigkeitsdauer.	654
§ 131 d.	Aufgaben und Befugnisse.	654
§ 131 e.	Geschäftsführung.	655
§ 131 f.	Konzernjugendvertretung.	655
§ 132.	Betriebe mit besonderer Zweckbestimmung und Verwaltungsstellen juristischer Personen des öffentlichen Rechts.	656
§ 133.	Theaterunternehmen.	673
§ 133 a.	Betriebe des Österreichischen Rundfunks.	674

Inhaltsverzeichnis

§ 134.	Unternehmen und Betriebe des öffentlichen Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehrs.	677
§ 134 a.	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände und der Gemeinden.	679
§ 134 b.	Gemeinsam verwaltete Häuser.	680
§§ 135–140.	[aufgehoben].	682
§ 141.	Errichtung und Zusammensetzung.	682
§ 142.	Verhandlung und Beschlußfassung.	685
§ 143.	[aufgehoben].	686
§ 144.	Errichtung und Zusammensetzung.	687
§ 145.	Beisitzerliste.	691
§ 146.	Verhandlung und Beschlußfassung.	693
§ 147.	Geschäftsführung.	695
§ 148.	Gebühren- und Aufwandsentschädigungen.	696
§ 149.	Einsichtnahme.	697
§ 150.	Gebührenfreiheit.	697
§ 150 a.	[aufgehoben].	698
§ 151.	Amtshilfe.	698
§ 152.	[aufgehoben].	698
§ 153.	Mitwirkung bei Verhandlungen über Kollektivverträge.	698
§ 154.	Kollektivvertragsstreitigkeiten.	699
§ 155.	Schiedssprüche.	699
§§ 156, 157.	[aufgehoben].	701
§ 158.	Sonstige Zuständigkeiten des Bundeseinigungsamtes.	701
§ 159.	Zuständigkeit der Schlichtungsstelle.	702
§ 160.	Strafbestimmungen.	704
§ 161.	Vorbehalt weiterer Vorschriften.	706
§ 162.	Außerkräfttreten von Vorschriften.	708
§ 163.	Weitergelten von Gesetzen.	708
§ 164.	Weitergelten sonstiger Vorschriften.	709
§ 165.	Weiterbestehen der Kollektivvertragsfähigkeit.	711
§§ 166–168.	[aufgehoben].	712
§ 169.	Fristenberechnung.	712
§ 170.	Übergangsbestimmung.	713
§ 171.	Geltungsbereich.	716
§ 172.	719
§ 173.	Organe der Arbeitnehmerschaft.	721
§ 174.	Pflichten der zentralen Leitung.	724
§ 175.	Grundsätze der Zusammenarbeit.	725
§ 176.	Begriff der Unternehmensgruppe.	726
§ 177.	729
§ 178.	730
§ 179.	734
§ 180.	734
§ 181.	Konstituierung.	737
§ 182.	Sitzungen.	739
§ 183.	Beschlußfassung.	740

§ 184.	Tätigkeitsdauer.	740
§ 185.	Beginn und Erlöschen der Mitgliedschaft.	741
§ 186.	Beistellung von Sacherfordernissen, Kostentragung.	743
§ 187.	Aufgaben des besonderen Verhandlungsgremiums.	744
§ 188.	Beschluß über die Beendigung der Verhandlungen.	745
§ 189.	Vereinbarung über einen Europäischen Betriebsrat.	746
§ 190.	Vereinbarung über ein Verfahren zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer.	749
§ 191.	Errichtung.	751
§ 192.	Zusammensetzung.	753
§ 193.	Entsendung der Mitglieder.	754
§ 194.	Konstituierung, Geschäftsführung, Geschäftsordnung, Sitzungen, Beschlußfassung.	754
§ 195.	Engerer Ausschuss.	757
§ 196.	Tätigkeitsdauer, Dauer der Mitgliedschaft.	758
§ 197.	Beistellung von Sacherfordernissen, Kostentragung.	761
§ 198.	761
§ 199.	761
§ 200.	Befugnisse des engeren Ausschusses.	765
§ 201.	Beschluß über die Aufnahme von Verhandlungen.	766
§ 202.	Unternehmen mit besonderer Zweckbestimmung.	767
§ 203.	Unterrichtung der örtlichen Arbeitnehmersvertreter.	769
§ 203 a.	Wesentliche Änderungen der Struktur des Unternehmens oder der Unternehmensgruppe.	769
§ 204.	Verschwiegenheitspflicht.	772
§ 205.	Rechte der Arbeitnehmersvertreter.	774
§ 206.	Geltende Vereinbarungen.	775
§ 207.	Strafbestimmungen.	780
Vor § 208.	782
§ 208.	783
§ 209.	784
§ 210.	Begriffsbestimmungen.	785
§ 211.	Organe der Arbeitnehmerschaft.	787
§ 212.	Beteiligung der Arbeitnehmer.	788
§ 213.	Pflichten der Leitungs- und Verwaltungsorgane.	790
§ 214.	Grundsätze der Zusammenarbeit.	791
§ 215.	Aufforderung zur Errichtung.	792
§ 216.	Zusammensetzung.	796
§ 217.	799
§ 218.	800
§ 219.	Konstituierung.	804
§ 220.	Sitzungen.	805
§ 221.	Beschlussfassung.	806
§ 222.	Tätigkeitsdauer.	809
§ 223.	Beginn und Erlöschen der Mitgliedschaft.	811
§ 224.	Kostentragung.	812
§ 225.	Aufgaben des besonderen Verhandlungsgremiums.	813

Inhaltsverzeichnis

§ 226.	Dauer der Verhandlungen.	814
§ 227.	Beschluss über die Beendigung der Verhandlungen.	814
§ 228.	Strukturänderungen.	816
§ 229.	Verfahrensmisbrauch.	821
§ 230.	Vereinbarung über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gesellschaft.	822
§ 231.	Vereinbarung über ein Verfahren zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer.	824
§ 232.	Errichtung.	826
§ 233.	Zusammensetzung.	827
§ 234.	Entsendung.	829
§ 235.	Konstituierung, Geschäftsführung, Geschäftsordnung, Sitzungen, Beschlussfassung.	829
§ 236.	Engerer Ausschuss.	830
§ 237.	Tätigkeitsdauer, Dauer der Mitgliedschaft.	831
§ 238.	Beistellung von Sacherfordernissen, Kostentragung.	832
§ 239.	Unterrichtung und Anhörung.	833
§ 240.	835
§ 241.	836
§ 242.	Unterrichtung der örtlichen Arbeitnehmervertreter.	837
§ 243.	Beschluss über die Aufnahme von Verhandlungen.	837
§ 244.	Anwendbarkeit.	838
§ 245.	Recht auf Mitbestimmung.	841
§ 246.	Verteilung der Sitze im Aufsichts- oder Verwaltungsrat.	842
§ 247.	Entsendung der Mitglieder.	844
§ 248.	Rechte der Arbeitnehmervertreter im Aufsichts- oder Verwaltungsrat.	846
§ 249.	847
§ 250.	Verschwiegenheitspflicht.	847
§ 251.	Rechte der Arbeitnehmervertreter.	848
§ 252.	Verhältnis zu anderen Bestimmungen.	849
§ 253.	Strafbestimmungen.	851
§ 254.	Geltungsbereich.	853
§ 255.	Begriffsbestimmungen.	856
§ 256.	Organe der Arbeitnehmerschaft.	857
§ 257.	Anwendbarkeit der Bestimmungen des VI. Teiles.	857
§ 258.	Geltungsbereich.	860
§ 259.	Begriffsbestimmungen.	864
§ 260.	Anwendbarkeit der Bestimmungen über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gesellschaft.	864
§ 261.	Anwendung der Bestimmungen über die Mitbestimmung kraft Gesetzes ohne Verhandlungen.	866
§ 262.	Weitere Anwendbarkeit bestehender Systeme der Mitbestimmung im Fall nachfolgender innerstaatlicher Verschmelzungen.	868
§ 263.	869
§ 264.	Wirksamkeitsbeginn und Vollziehung.	869

III. Arbeitsgerichtliches Verfahren

**Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz
(ASGG)**

§ 1.	875
§ 2.	875
§ 3.	877
§ 4.	877
§ 5.	882
§ 5 a.	883
§ 5 b.	883
§ 5 c.	884
§ 5 d.	884
§ 5 e.	885
§ 6.	886
§ 7.	886
§ 8.	889
§ 9.	890
§ 10.	Ausübung der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit.	895
§ 11.	Zusammensetzung der Senate und die allgemeinen Aufgaben des Vorsitzenden	896
§ 11 a.	Weitere Befugnisse des Vorsitzenden des Gerichts erster Instanz; Aufgaben der Dreiersenate der Oberlandesgerichte und des Obersten Gerichtshofs.	897
§ 11 b.	Durchführung einzelner Tagsatzungen ohne fachkundige Laienrichter.	899
§ 12.	Grundsätze der Senatsbildung.	900
§ 13.	Abstimmung.	902
§ 14.	Geschäftsverteilung.	902
§ 15.	Ehrenamt.	902
§ 16.	Stellung des fachkundigen Laienrichters.	903
§ 17.	Amtsdauer der fachkundigen Laienrichter.	903
§ 18.	Aufforderung zur Durchführung der Wahlen und zur Vorbereitung der Ent- sendungen.	903
§ 19.	Aktives Wahlrecht.	904
§ 20.	Wahlkörper der Arbeitgeber.	904
§ 21.	Wahlkörper der Arbeitnehmer.	905
§ 22.	Wahlvorschläge.	906
§ 23.	Wahl der fachkundigen Laienrichter.	906
§ 24.	Passives Wahlrecht.	906
§ 25.	Entsendung von fachkundigen Laienrichtern durch Gebietskörperschaften als Arbeitgeber.	907
§ 26.	Anzahl und Zuordnung der fachkundigen Laienrichter.	907
§ 27.	Bekanntgabe des Wahlergebnisses (der Entsendung).	908
§ 28.	Unvereinbarkeit.	908
§ 29.	Gelöbnis.	908
§ 30.	Amtsenthörung.	908
§ 31.	Meldepflicht.	910
§ 32.	Entschädigung.	910

Inhaltsverzeichnis

§ 33.	Listen der fachkundigen Laienrichter – Einsichtsrecht.	910
§ 34.	Ablehnung von fachkundigen Laienrichtern.	911
§ 35.	[aufgehoben].	912
§ 36.	Bezeichnung.	912
§ 37.	Unrichtige Gerichtsbesetzung.	913
§ 38.	Wahrnehmung von Unzuständigkeiten.	917
§ 39.	Verfahrensbesonderheiten.	920
§ 40.	Vertretung.	923
§ 41.	927
§ 42.	Sachverständigengebühren.	927
§ 43.	Kollektivrechtliche Normen.	928
§ 44.	Berufung und Rekurs.	929
§§ 45–48.	[aufgehoben].	929
§ 49.	Grundsatz.	931
§ 49 a.	Zinsen.	931
§ 50.	Gegenstand der Arbeitsrechtssachen.	934
§ 51.	Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbegriff.	942
§ 52.	Rechtsnachfolge.	949
§ 53.	Parteifähigkeit und Klagslegitimation.	950
§ 54.	Besondere Feststellungsverfahren.	952
§ 55.	Verfahren für zusammenhängende Streitigkeiten.	965
§ 56.	Mahnverfahren.	966
§ 57.	Wert des Streitgegenstandes.	967
§ 58.	Kostenersatz und Gebühren.	967
§ 58 a.	Pauschalierter Aufwändersatz.	969
§ 59.	Verfahrensvereinfachungen.	971
§ 60.	Teilurteil.	972
§ 61.	Wirkungen von Entscheidungen.	973
§ 62.	981
§ 63.	Neuerungs Zulässigkeit im Berufungsverfahren.	985
§ 64.	Grundsatz.	987
§ 65.	Gegenstand der Sozialrechtssachen.	988
§ 66.	Einteilung der Parteien.	997
§ 67.	Verfahrensvoraussetzungen.	998
§ 68.	1005
§ 69.	1007
§ 70.	1007
§ 71.	Wirkungen der Klage.	1008
§ 72.	Zurücknahme der Klage.	1011
§ 73.	Zurückweisung der Klage.	1013
§ 74.	Vorfrage.	1015
§ 75.	Weitere Verfahrensbesonderheiten.	1019
§ 76.	Prozeßnachfolge.	1023
§ 77.	Kostenersatzansprüche.	1026
§ 78.	Anrechnung.	1032
§ 79.	Gebührenansprüche von Versicherten.	1032
§ 80.	Gebührenfreiheit.	1033

§ 81.	Verständigung vom Verfahrensausgang	1033
§ 82.	Klage.	1033
§ 83.	Klagseinbringung.	1039
§ 84.	1039
§ 85.	Klagebeantwortung.	1040
§ 86.	Änderung der Klage.	1041
§ 87.	Beweisverfahren.	1043
§ 88.	Vorbereitende Beweisaufnahmen.	1048
§ 89.	Urteile.	1048
§ 90.	1054
§ 91.	Leistungsanspruch des Versicherten auf Grund eines Berufungsurteils.	1056
§ 92.	1058
§ 93.	1058
§ 94.	Änderung des Amtshaftungsgesetzes <i>[nicht abgedruckt]</i>	1059
§ 95.	Änderung des Organhaftpflichtgesetzes <i>[nicht abgedruckt]</i>	1059
§ 96.	Änderung des ASVG <i>[nicht abgedruckt]</i>	1059
§ 97.	Änderung des IESG <i>[nicht abgedruckt]</i>	1059
§ 98.	1059
§ 99.	1061
§ 100.	1062
§ 101.	1062
§ 102.	1063
§ 103.	1063
§ 104.	1063
Stichwortverzeichnis (Band 2)		1067

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

<i>Monika Drs:</i>	§§ 167–176, 865, 1154b, 1156, 1160, 1164 ABGB; Art I, §§ 1–5, 8, 9, 22, 40–42, Art II – XI AngG; §§ 1–20, Art II – IX EFZG; §§ 72, 73, 91, 92 GewO 1859; §§ 15–18 UrlG
<i>Sieglinde Gahleitner:</i>	§§ 3–6 AVRAG; §§ 1–35 IESG
<i>Thomas Kallab:</i>	§§ 1–11 KautSchG; §§ 36–72 LSD-BG; §§ 40–88b, 113, 114, 123–131f ArbVG
<i>Christoph Kietaiabl/Robert Rebhahn †:</i>	§§ 879, 1153 ABGB
<i>Klaus Mayr:</i>	§§ 23–24 AngG; §§ 1–29 BEinstG; §§ 1–5, 14–17, 24–33, 46–73 BMSVG; §§ 6–19 PatG
<i>Rudolf Mosler:</i>	§ 1157 ABGB; § 18 AngG; §§ 8, 9 AVRAG; §§ 19b – 19g AZG; §§ 115–119 ArbVG
<i>Matthias Neumayr:</i>	§§ 290–315 EO; §§ 132–134b ArbVG; §§ 1–104 ASGG
<i>Walter J. Pfeil:</i>	§§ 1162–1162d ABGB; §§ 7, 25–34 AngG; §§ 1–34 ARG; §§ 11–14d, 16–19 AVRAG; §§ 1–19a, 20–34 AZG; §§ 82–86 GewO 1859
<i>Joachim Preiss:</i>	§§ 1154, 1154a, 1486, 1486a ABGB; §§ 10–16 AngG; §§ 78–78e GewO 1859
<i>Joachim Preiss/Adalbert Spitzl:</i>	§§ 1–15, 16–18 BAG
<i>Robert Rebhahn †:</i>	§§ 861–864a, 869, 914, 915, 1151, 1152, 1155 ABGB; § 6 AngG; § 76 GewO 1859
<i>Gert-Peter Reissner:</i>	§§ 1158–1159c, 1161, 1163, 1164a ABGB; §§ 17, 19–21, 35–39 AngG; §§ 1–2g, 7, 10 AVRAG; §§ 77, 88, 90 GewO 1859; §§ 3, 12a, 21, 25, 25b, 46, 47, 51, 75, 76, 78a IO; §§ 1–14, 19, Art II – X UrlG; §§ 1–32, 89–104a ArbVG
<i>Reinhard Resch:</i>	§§ 6–13, 18–23, 34–45a BMSVG; §§ 1–20, Art II – VI BPG
<i>Anna Ritzberger-Moser:</i>	§§ 135–264 ArbVG
<i>René Schindler:</i>	§§ 1–26 AÜG; § 6 LSD-BG
<i>Adalbert Spitzl:</i>	§§ 15a, 15b BAG
<i>Adalbert Spitzl/Bernhard W. Gruber:</i>	§§ 1–29 APSG
<i>Michaela Windisch-Graetz:</i>	§ 1014 ABGB; §§ 1–7, Art II, III DHG; §§ 1–24 GBK/GAW-G; §§ 1–64 GIBG; §§ 33–39, 108–112 ArbVG

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Claudia Wolfsgruber-Ecker:

§§ 19–36 BAG; §§ 1–5, 7–35 LSD-BG;
§§ 1–40 MSchG; Art 8, 9 Rom I-VO;
§§ 1–14, Art II – XIX VKG

Sandra Wolligger:

§§ 15–15 b AVRAG; §§ 105–107, 120–122
ArbVG

Abkürzungsverzeichnis

(s im Übrigen Abkürzungs- und Zitierregeln⁷)

AA	= Abänderungsantrag
aA	= andere(r) Ansicht
AAB	= Allgemeine Arbeitsbedingungen
AAV	= Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung
AB	= Ausschussbericht
AbgÄG	= Abgabenänderungsgesetz
ABGB	= Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
AbgEO	= Abgabenexekutionsordnung
Abk	= Abkommen
Abk-SozSi	= Abkommen über Soziale Sicherheit
abl	= ablehnend
ABl	= Amtsblatt der EU = (Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen, Ausgabe L: Rechtsvorschriften)
Abs	= Absatz
Abschn	= Abschnitt
abw	= abweichend
ADR	= Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße
ADV	= Automationsunterstützte Datenverarbeitung
aE	= am Ende
AETR	= Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals
AEUV	= Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AEV	= Abbuchungs- und Einziehungs-Verordnung
aF	= alte Fassung
AFV	= ADV-Form Verordnung
AG	= - Arbeitgeber(in) - Aktiengesellschaft
AGB	= Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHG	= Amtshaftungsgesetz
AHGB	= Allgemeines Handelsgesetzbuch
AIF	= Alternative Investmentfonds
AIFM	= Verwalter alternativer Investmentfonds (Alternative Investment Fund Manager)
AIFMG	= Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz
AK	= Kammer für Arbeiter und Angestellte
AKG	= Arbeiterkammergesetz
AktG	= Aktiengesetz
allg	= allgemein
Alt	= Alternative

Abkürzungsverzeichnis

AIV	= Arbeitslosenversicherung
AIVG	= Arbeitslosenversicherungsgesetz
AIVR	= Arbeitslosenversicherungsrecht
aM	= anderer Meinung
AMA-G 1992	= Bundesgesetz über die Errichtung der Marktordnungsstelle Agrarmarkt Austria
AMFG	= Arbeitsmarktförderungsgesetz
AMPFG	= Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz
AMS	= Arbeitsmarktservice
AMSG	= Arbeitsmarktservicegesetz
AM-VO	= Arbeitsmittelverordnung
AN	= Arbeitnehmer(in)
ANerfG	= Arbeitnehmererfindungsgesetz (deutsch)
AnfO	= Anfechtungsordnung
AngG	= Angestelltengesetz
Anh	= Anhang
Anm	= Anmerkung
AnwBl	= Österreichisches Anwaltsblatt
AO	= (ehem) Ausgleichsordnung
ao	= außerordentlich(e. . .)
AOCV	= Verordnung betreffend die Voraussetzungen für die Erteilung des Luftverkehrsbetreiberzeugnisses (Air Operator's Certificate/AOC)
APG	= - Auskunftspflichtgesetz - Allgemeines Pensionsgesetz
APfIG	= Ausbildungspflichtgesetz
Appl	= Application
APSG	= Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz
AR	= Arbeitsrecht
AR aktuell	= Aufsichtsrat aktuell
ARÄG	= Arbeitsrechtsänderungsgesetz
ARB	= Beschluss des Assoziationsrates
Arb	= Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
ArbAbfG	= Arbeiter-Abfertigungsgesetz
ArbBG 1992	= Arbeitsrechtliches Begleitgesetz BGBl 1992/833
ArbG	= Arbeitsgericht
ArbGerG 1946	= (ehem) Arbeitsgerichtsgesetz
ArbIG	= Arbeitsinspektionsgesetz
ArBR	= Arbeitsrecht
ArbVG	= Arbeitsverfassungsgesetz
ArbVR	= Arbeitsverfassungsrecht
ARD	= ARD-Betriebsdienst
ARG	= Arbeitsruhegesetz
ARGE	= Arbeitsgemeinschaft
ARG-VO	= Arbeitsruhegesetz-Verordnung
Art	= Artikel
AR-VO	= Aufsichtsrat-Verordnung
ÄrzteG	= Ärztegesetz

ASchG	= ArbeitnehmerInnenschutzgesetz
ASG	= Arbeits- und Sozialgericht
ASGANpG	= Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetz
ASGG	= Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz
ASRÄG	= Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz
AStV	= Arbeitsstättenverordnung
ASVG	= Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AT	= Allgemeiner Teil
ATerrG	= Antiterrorgesetz
ATS	= Schilling
Aufl	= Auflage
AufwEG	= Aufwandersatzgesetz
AÜG	= Arbeitskräfteüberlassungsgesetz
AuslBG	= Ausländerbeschäftigungsgesetz
AuslBVO	= Ausländerbeschäftigungsverordnung
AusLEG	= Auslandseinsatzgesetz
AußStr-BegleitG	= Außerstreit-Begleitgesetz BGBl I 2003/112
AußStrG	= Außerstreitgesetz BGBl I 2003/111
AußStrG aF	= Außerstreitgesetz RGBl 1854/208
AUVA	= Allgemeine Unfallversicherungsanstalt
AuW	= Arbeit & Wirtschaft
AVB	= Allgemeine Vertragsbedingungen für Dienstverträge bei den ÖBB
AVG	= Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
AVOG 2010	= Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010
AVRAG	= Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz
AZG	= Arbeitszeitgesetz
BABE	= Berufsvereinigung der ArbeitgeberInnen privater Bildungseinrichtungen
BäckAG	= Bäckereiarbeiter/innengesetz 1996
BAG	= - Berufsausbildungsgesetz - Bundesarbeitsgericht (deutsch)
BAGS	= Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (nunmehr: SWÖ)
BAK	= Bundesarbeitskammer
BAO	= Bundesabgabenordnung
B-AStV	= Bundes-Arbeitsstättenverordnung
BauKG	= Bauarbeitenkoordinationsgesetz
BauV	= Bauarbeiterschutzverordnung
BBG	= - Bundesbehindertengesetz - Budgetbegleitgesetz
BBK	= Bundesberufungskommission
BBKG	= Bundesberufungskommissionsgesetz
bbl	= Baurechtliche Blätter
B-BSG	= Bundes-Bedienstetenschutzgesetz
BBVG	= Bahn-Betriebsverfassungsgesetz
Bd	= Band
BDG	= Beamten-Dienstrechtsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

BEA	=	Bundeseinigungsamt
BEA-Geo	=	Bundeseinigungsamts-Geschäftsordnung
Bearb	=	Bearbeiter
BeckOK	=	Beck'scher Online-Kommentar
Begr	=	Begründung
BEinstG	=	Behinderteneinstellungsgesetz
BeitrZPR	=	Beiträge zum Zivilprozessrecht
Bekl	=	Beklagte(. . .)
bekl	=	beklagte(. . .)
BergG	=	Berggesetz
bes	=	besonders
Bespr	=	Besprechung
betr	=	betreffend
BetrVG	=	Betriebsverfassungsgesetz (deutsch)
BG	=	- Bundesgesetz - Bezirksgericht
BGB	=	Bürgerliches Gesetzbuch (deutsch)
BGBI	=	Bundesgesetzblatt
BGH	=	Bundesgerichtshof (deutsch)
B-GlBG	=	Bundes-Gleichbehandlungsgesetz
bgld, Bgld	=	burgenländisch(e . . .), Burgenland
Bgm	=	Bürgermeister
BGStG	=	Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz
BH	=	Bezirkshauptmann(schaft)
BHG	=	Betriebshilfegesetz
BHZÜV	=	Bundeshöchstzahlenüberziehungsverordnung
BHZ-VO	=	Bundeshöchstzahlenverordnung
BI	=	Betriebsinhaber
BibuG	=	Bilanzbuchhaltungsgesetz
BIFIE	=	Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens
BK	=	Bundeskanzler
BKA	=	Bundeskanzleramt
B-KUVG	=	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
Blg	=	Beilage(n)
BlgAH	=	Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordneten- hauses des Reichsrates
BlgHH	=	Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Herrenhauses des Reichsrates
BlgNR	=	Beilage(n) zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BM	=	Bundesminister(ium)
BMAGS	=	(ehem) Bundesminister(ium) für Arbeit, Gesundheit und Soziales
BMAS	=	(ehem) Bundesminister(ium) für Arbeit und Soziales
BMASGK	=	Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumenten- schutz
BMASK	=	Bundesminister(ium) für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMDW	=	Bundesminister(ium) für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

BMF	= Bundesminister(ium) für Finanzen
BMG	= – Bundesministeriengesetz 1986 – (ehem) Bundesminister(ium) für Gesundheit
BMGF	= (ehem) Bundesminister(ium) für Gesundheit und Frauen
BMI	= Bundesminister(ium) für Inneres
BMJ	= (ehem) Bundesminister(ium) für Justiz
BMLFUW	= Bundesminister(ium) für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLV	= Bundesministerium für Landesverteidigung
BMLVS	= Bundesminister(ium) für Landesverteidigung und Sport
BMSG	= – (ehem) Bundesminister(ium) für soziale Sicherheit und Generationen – (ehem) Bundesminister(ium) für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
BmSv	= (ehem) Bundesminister(ium) für soziale Verwaltung
BMSVG	= Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz
BMUJF	= (ehem) Bundesminister(ium) für Umwelt, Jugend und Familie
BMUK	= (ehem) Bundesminister(ium) für Unterricht und Kunst
BMVG	= (ehem) Betriebliches Mitarbeitervorsorgegesetz
BMVIT	= Bundesminister(ium) für Verkehr, Innovation und Technologie
BMVRDJ	= Bundesminister(ium) für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
BMWA	= (ehem) Bundesminister(ium) für Wirtschaft und Arbeit
BMWFJ	= (ehem) Bundesminister(ium) für Wirtschaft, Familie und Jugend
BMWFW	= (ehem) Bundesminister(ium) für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
BörseG	= Börsengesetz
BPG	= Betriebspensionsgesetz
BPGG	= Bundespflegegeldgesetz
BPräs	= Bundespräsident
B-PVG	= Bundes-Personalvertretungsgesetz
BR	= – Betriebsrat (zB BR-Mitglied, BR-Vorsitzender, Zentral-BR) – Bundesrat
1. BRBG	= Erstes Bundesrechtsbereinigungsgesetz
BRFVO	= Betriebsratsfonds-Verordnung
BRG	= (ehem) Betriebsrätegesetz
BRGO	= Betriebsrats-Geschäftsordnung
BRWO	= Betriebsrats-Wahlordnung
BRZ	= Bundesrechenzentrum
BSA	= (ehem) Bundessozialamt
BSAG	= (ehem) Bundessozialamtsgesetz
BSchEG	= Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz
BSG	= Bundessozialgericht (deutsch)
bspw	= beispielsweise
BSRG	= Bundessozialämterreformgesetz
BS-V	= Bildschirmarbeitsverordnung
BSVG	= Bauern-Sozialversicherungsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

BThOG	= Bundestheaterorganisationsgesetz
BUAG	= Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz
BUAK	= Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
BV	= – Betriebsvereinbarung(en) = – Betriebliche Vorsorge
BVergG	= Bundesvergabegesetz
B-VG	= Bundes-Verfassungsgesetz
BV-Kasse	= Betriebliche Vorsorgekasse
BVwG	= Bundesverwaltungsgericht
BVwGG	= Bundesverwaltungsgerichtsgesetz
BWG	= Bankwesengesetz
BWK	= Bundeswirtschaftskammer (nunmehr: WKO)
BYOD	= Bring Your Own Device
bzgl	= bezüglich
bzw	= beziehungsweise
cic	= culpa in contrahendo
CMR	= Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr
d	= deutsch(. . .)
dagg	= dagegen
dB	= Dezibel
DBO	= Dienst- und Besoldungsordnung
dens	= denselben
ders	= derselbe
dh	= das heißt
DG	= Dienstgeber(in)
DHG	= Dienstnehmerhaftpflichtgesetz
di	= das ist
dies	= dieselbe(n)
DLG	= Dienstleistungsgesetz
DLSG	= Dienstleistungsscheckgesetz
DN	= Dienstnehmer(in)
DO.A	= Dienstordnung für Angestellte bei den Sozialversicherungsträgern
DO.B	= Dienstordnung für Ärzte und Dentisten bei den Sozialversicherungsträgern
DO.C	= Dienstordnung für Arbeiter bei den Sozialversicherungsträgern
DR	= Decisions and Reports
DRdA	= Das Recht der Arbeit
dRGBI	= deutsches Reichsgesetzblatt
ds	= das sind
DSG	= Datenschutzgesetz
DSK	= Datenschutzkommission
DSt	= Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter
DVG	= Dienstrechtsverfahrensgesetz
dzt	= derzeit, derzeitig(. . .)

E	= Entscheidung
EA	= (ehem) Einigungsamt
EAnm	= Entscheidungsanmerkung
EAS	= Oetker/Preis (Hrsg), Europäisches Arbeits- und Sozialrecht
EBIT	= Earnings before Interest and Taxes
EBR	= Europäischer Betriebsrat
EFTA	= Europäische Freihandels-Assoziation
EF-Z	= Zeitschrift für Familien- und Erbrecht
EFZG	= Entgeltfortzahlungsgesetz
EG	= - EG-Vertrag idF des Vertrags von Amsterdam BGBl III 1999/86 (ab 1. 5. 1999) - Einführungsgesetz - Europäische Gemeinschaft
EGBGB	= Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGEO	= Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung
EGG	= Erwerbsgesellschaftengesetz
EGJN	= Einführungsgesetz zur Jurisdiktionsnorm
EGMR	= Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGT	= Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
EG-V	= EG-Vertrag idF vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam BGBl III 1999/86 (bis 30. 4. 1999)
EGVG	= Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen
EGZPO	= Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
EheG	= Ehegesetz
ehem	= ehemalig, ehemals
Einf	= Einführung
einH	= einhellig(. . .)
EinstV	= Einstufungsverordnung zum BPGG
EKEG	= Eigenkapitalersatzgesetz
EKG	= Elektrokardiogramm
EKHG	= Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz
EKMR	= Europäische Kommission für Menschenrechte
ELR	= European Law Reporter
EMRK	= Europäische Menschenrechtskonvention
EN	= Europäische Norm
EntwHG	= Entwicklungshilfegesetz
EO	= Exekutionsordnung
EO-Nov	= Exekutionsordnungs-Novelle
EPG	= Eingetragene Partnerschaft-Gesetz
EPU	= Ein-Personen-Unternehmen
erg	= ergänzend(. . .)
ErgBd	= Ergänzungsband
ErgLfg	= Ergänzungslieferung
Erl	= Erlass
Erläut	= Erläuterungen
ErläutRV	= Erläuternde Bemerkungen zur Regierungsvorlage
ERV	= Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr

Abkürzungsverzeichnis

ErwGr	=	Erwägungsgrund(-gründe)
ErwSchG	=	Erwachsenenschutzgesetz
ESC	=	Europäische Sozialcharta
ESF	=	Europäischer Sozialfonds
EStG 1988	=	Einkommensteuergesetz 1988
ESV	=	Elektroschutzverordnung
et al	=	und andere
etc	=	et cetera (und so weiter)
ETV 2002	=	Elektrotechnikverordnung 2002
EU	=	Europäische Union
EU-AIFM	=	AIFM mit satzungsmäßigem Sitz in einem EU-Mitgliedstaat
EuBagVO	=	Verordnung (EG) 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates v 11. 7. 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen, ABl L 2007/199, 1
EuGH	=	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	=	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüsseler Übereinkommen vom 27. 9. 1968)
EuGVVO	=	Verordnung (EG) 44/2001 des Rates v 22. 12. 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2001/12, 1
EuInsVO	=	Verordnung (EG) 1346/2000 des Rates v 29. 5. 2000 über Insolvenzverfahren, ABl L 2000/160, 1; nun: Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates v 20. 5. 2014 über Insolvenzverfahren, ABl L 2015/141, 19
EU-JZG	=	BG über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union
EuKoPfVO	=	Verordnung (EU) Nr 655/2014 vom 15. Mai 2014 zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen, ABl 2014 L 189/59
EU-MediatG	=	EU-Mediations-Gesetz
EuMVVO	=	Verordnung (EG) 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates v 12. 12. 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, ABl L 2006/399, 1
EU-OPS	=	Standards for the Operation of Commercial Transportation by Aeroplane
EUR	=	Euro
1. Euro-JuBeG	=	1. Euro-Justiz-Begleitgesetz
2. Euro-JuBeG	=	2. Euro-Justiz-Begleitgesetz
EU-VerschG	=	EU-Verschmelzungsgesetz
EU-VStVG	=	EU-Verwaltungsstrafvollzugsgesetz
EuVT	=	Europäischer Vollstreckungstitel
EuVTVO	=	Verordnung über den Europäischen Vollstreckungstitel
EuZA	=	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EV	=	Einführungsverordnung

eV	= einstweilige Verfügung
ev	= eventuell
EVA	= Economic Value Added
EvBl	= Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen, veröffentlicht in der Österreichischen Juristenzeitung
EvBl-LS	= Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen, veröffentlicht in der Österreichischen Juristenzeitung – Leitsätze
EVÜ	= Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	= Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	= Europäischer Wirtschaftsraum
ex-Art	= ehemaliger Artikel
EZA-G	= Entwicklungszusammenarbeitsgesetz
f	= und der, die folgende
FahrtbV	= Fahrtenbuchverordnung
FamRÄG	= Familienrechts-Änderungsgesetz
FamZeitbG	= Familienzeitbonusgesetz
FBG	= Firmenbuchgesetz
ff	= und der, die folgenden
FH	= Fachhochschule
FLAF	= Familienlastenausgleichsfonds
FLAG	= Familienlastenausgleichsgesetz
FLD	= Finanzlandesdirektion
FMA	= Finanzmarktaufsicht
FMABG	= Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz
FN	= Fußnote
FOG	= Forschungsorganisationsgesetz
FPG	= Fremdenpolizeigesetz
FreiwG	= Freiwilligengesetz
FrG	= Fremdenengesetz
FS	= Festschrift
FSVG	= Sozialversicherungsgesetz freiberuflich selbständig Erwerbstätiger
FTL	= Flight Time Limitations
G	= Gesetz
g	= Gramm
GAngG	= Gutsangestelltengesetz
GBIÖ	= Gesetzblatt für das Land Österreich (1938 – 1940)
GBK	= Gleichbehandlungskommission
GBK/GAW-G	= BG über die Gleichbehandlungskommission und die Gleichbehandlungsanwaltschaft
GebAG	= Gebührenanspruchsgesetz
GedS	= Gedächtnisschrift, Gedenkschrift
GEG	= Gerichtliches Einbringungsgesetz
GehG	= Gehaltsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

GehKG	=	Gehaltskassengesetz
GK	=	Große Kammer
gem	=	gemäß
GenG	=	Genossenschaftsgesetz
GenRÄG	=	Genossenschaftsrechtsänderungsgesetz 2006
Geo	=	- Geschäftsordnung - Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz
GeS	=	Zeitschrift für Gesellschafts- und Steuerrecht
GesBR	=	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesRÄG	=	Gesellschaftsrechtsänderungsgesetz
GewG	=	(ehem) Gewerbegericht
GewO 1859	=	Gewerbeordnung 1859
GewO 1994	=	Gewerbeordnung 1994
GG	=	Grundgesetz (deutsch)
ggf	=	gegebenenfalls
GGG	=	Gerichtsgebührengesetz
ggt	=	gegenteilig(. . .)
GKK	=	Gebietskrankenkasse
GIBG	=	Gleichbehandlungsgesetz
GmbH	=	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	=	Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMG	=	Gebrauchsmustergesetz
GÖD	=	Gewerkschaft öffentlicher Dienst
GOG	=	Gerichtsorganisationsgesetz
GP	=	Gesetzgebungsperiode
GRC	=	Grundrechtecharta (Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl 2000 C 364/1)
grds	=	grundsätzlich(. . .)
GSM	=	Global System for Mobile Communications
GSpG	=	Glücksspielgesetz
GSVG	=	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz
GTG	=	Gentechnikgesetz
GuK-AV	=	Gesundheits- und Krankenpflege-Ausbildungsverordnung
GuKG	=	Gesundheits- und Krankenpflegegesetz
GZ	=	Geschäftszahl
H	=	Heft
h	=	Stunde(n)
hA	=	herrschende Ansicht
HaRÄG	=	Handelsrechts-Änderungsgesetz
HB	=	Handbuch
HBeG	=	Hausbetreuungsgesetz
HbG	=	Hausbesorgergesetz
HBV 2009	=	Hebeanlagenbetriebsverordnung 2009
HebG	=	Hebammengesetz
HEG	=	Heeresentschädigungsgesetz
HeimAG	=	Heimarbeitsgesetz

HfD	= Hofdekret
HG	= Handelsgericht
HGB	= (ehem) Handelsgesetzbuch
HGHAngG	= Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz
HHB	= Herrenhausbericht
HK	= Handkommentar
HKG	= Handelskammergesetz (bis 1999)
hL	= herrschende Lehre
hM	= herrschende Meinung
Hrsg	= Herausgeber
hrsg	= herausgegeben
HS	= Halbsatz
HVertrG	= Handelsvertretergesetz
HVG	= Heeresversorgungsgesetz
HVSVT	= Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
IA	= Initiativantrag
IAF	= (ehem) Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds
IAFG	= (ehem) IAF-Service GmbH-Gesetz
IAG	= (ehem) Insolvenz-Ausfallgeld
idF	= in der Fassung
idgF	= in der geltenden Fassung
idR	= in der Regel
idS	= in diesem (dem) Sinn
IEF	= Insolvenz-Entgelt-Fonds
IEFG	= IEF-Service-GmbH-Gesetz
ieS	= im engeren Sinn
IESG	= Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz
iFamZ	= Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht
ILO	= International Labour Organisation
IMI	= Internal Market Information System/Binnenmarkt-Informationssystem
ImmoInvFG	= Immobilien-Investmentfondsgesetz
insb	= insbesondere
InvFG 2011	= Investmentfondsgesetz 2011
IO	= Insolvenzordnung
IPR	= Internationales Privatrecht
IPRax	= Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	= Bundesgesetz über das internationale Privatrecht
IPWSK	= Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IRÄG	= Insolvenzrechtsänderungsgesetz
iS	= im Sinn
iSd	= im Sinn des/der
iSe	= im Sinn einer/eines
ISO	= International Standard Organisation
iSv	= im Sinn von

Abkürzungsverzeichnis

IT	=	Informationstechnologie
IV	=	Insolvenzverwalter
iVm	=	in Verbindung mit
iwS	=	im weiteren Sinn
iZm	=	in Zusammenhang mit
IZVR	=	Internationales Zivilverfahrensrecht
iZw	=	im Zweifel
JA	=	Justizausschuss
JAB	=	Justizausschussbericht
JABl	=	Amtsblatt der österreichischen Justizverwaltung
JAS	=	Journal für Arbeitsrecht und Sozialrecht
JASG	=	Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz
JBA-G	=	Justizbetreuungsagentur-Gesetz
JfB	=	Journal für Betriebswirtschaft
JGG	=	Jugendgerichtsgesetz
JGS	=	Justizgesetzsammlung
JMG	=	Journal für Medizin- und Gesundheitsrecht
JME	=	Justizministerialerlass
JMV	=	Justizministerialverordnung
JN	=	Jurisdiktionsnorm
JournG	=	Journalistengesetz
jP	=	juristische Person(en)
JRP	=	Journal für Rechtspolitik
Jud	=	Judikatur
JUS	=	Jus-Extra, Beilage zur Wiener Zeitung
jusIT	=	Fachzeitschrift für Rechtsinformation, Datenschutz und IT-Recht
KA-AZG	=	Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz
KAKuG	=	Kranken- und Kuranstaltengesetz
Kap	=	Kapitel
KAPOVAZ	=	kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit
KartG	=	Kartellgesetz
KautSchG	=	Kautionsschutzgesetz
KBB	=	Koziol/P. Bydlinski/Bollenberger (Hrsg), Kurzkommentar zum ABGB
KBGG	=	Kinderbetreuungsgeldgesetz
Kdm	=	Kundmachung
KEG	=	Kommandit-Erwerbsgesellschaft
KFG	=	Kraftfahrgesetz
KfLG	=	Kraftfahrliiniengesetz
Kfz	=	Kraftfahrzeug
kg	=	Kilogramm
KG	=	- Kommanditgesellschaft - (ehem) Kreisgericht
KGEG	=	Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz
KGG	=	Karenzgeldgesetz
KHVG	=	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz

KIAB	= Zentrale Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung nach dem AuslBG und dem AVRAG des BMF
KindRÄG	= Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz
KindNamRÄG	= Kindschafts- und Namensrechts-Änderungsgesetz
KJBG	= Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen
KJBG-VO	= Verordnung über Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche
Kl	= Kläger(in)
kl	= klagende(. . .), klägerische(. . .)
km	= Kilometer
km/h	= Kilometer pro Stunde
KMU	= Kleine und mittlere Unternehmen
KO	= (ehem) Konkursordnung
KoalG	= Koalitionsgesetz
KollV	= Kollektivvertrag(. . .)
kollv	= kollektivvertraglich(. . .)
KollVG	= (ehem) Kollektivvertragsgesetz
Komm	= Kommentar
KOVG	= Kriegsofpferversorgungsgesetz
KRAZAF	= Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds
krit	= kritisch(. . .)
Krnt	= Kärntner, Kärnten
KSchG	= Konsumentenschutzgesetz
K-SVFG	= Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz
KV	= (gesetzliche) Krankenversicherung
LAG	= – Landarbeitsgesetz – Landesarbeitsgericht (deutsch)
LAK	= Landarbeiterkammer
LAO	= Landarbeitsordnung(en)
L-AVO	= Lenker/innen-Ausnahmereverordnung
LFBAG	= Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz
Lfg	= Lieferung
LFG	= Luftfahrtgesetz
LG	= – Landesgesetz – Landesgericht
LGBI	= Landesgesetzblatt
LGVÜ 1988	= Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) v 16. 9. 1988, ABl L 1988/319, 9
LGVÜ 2007	= Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen v 30. 10. 2007, ABl L 2007/339, 1, berichtigt durch ABl L 2009/147, 44
LGZ	= Landesgericht für Zivilrechtssachen
LH	= Landeshauptmann

Abkürzungsverzeichnis

Lit	= Literatur
lit	= litera (Buchstabe)
LKUFG	= Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorge-Gesetz
Lkw	= Lastkraftwagen
LPGG	= Landespflegegeldgesetz(e)
LReg	= Landesregierung
LSDB	= Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung
LSDB-BG	= Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz
LSDB-RL	= Erlass zum Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping
LSt	= Lohnsteuer
LStR	= Lohnsteuerrichtlinien
lt	= laut
LVBG	= Landesvertragsbedienstetengesetz
LVwG	= Landesverwaltungsgericht
LWK	= Landwirtschaftskammer
mA	= meiner Ansicht
MAK	= Maximale Arbeitsplatz-Konzentration
maW	= mit anderen Worten
MdE	= Minderung der Erwerbsfähigkeit
ME	= Ministerialentwurf
mE	= meines Erachtens
MedG	= Mediengesetz
MEG	= Maß- und Eichgesetz
Miet	= Mietrechtliche Entscheidungen (MietSlg)
MinroG	= Mineralrohstoffgesetz
Mitt	= Mitteilung
Mj	= Minderjährige(r)
mj	= minderjährig(e. . .)
MR	= Medien und Recht
MRG	= Mietrechtsgesetz
MRK	= Europäische Menschenrechtskonvention
MRN	= Mietrechtsnovelle
MSchG	= Mutterschutzgesetz
MSV	= Maschinen-Sicherheitsverordnung
MTD-G	= Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste
MTF-SHD-G	= Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfsdienste
MünchKomm	= Münchener Kommentar
MV	= - Masseverwalter - Mitarbeitervorsorge
MV-Kasse	= Mitarbeitervorsorgekasse
mwN	= mit weiterem(n) Nachweis(en)
NEBA	= Netzwerk Berufliche Assistenz
NetV	= Nova & Varia Zeitschrift des Juristenverbandes
NeuFÖG	= Neugründungs-Förderungsgesetz

NF	= neue Folge
nF	= neue Fassung
N@HZ	= Neue@Hochschulzeitung
NKT	= Normalkostentarif
NN	= Name unbekannt
NO	= Notariatsordnung
nö, NÖ	= niederösterreichisch(e. . .), Niederösterreich
Nov	= Novelle
NR	= Nationalrat
Nr	= Nummer
NRWO	= Nationalrats-Wahlordnung 1992
NSchG	= Nachtschwerarbeitsgesetz
nv	= nicht veröffentlicht
NZA-RR	= Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht – Rechtsprechungsreport Arbeitsrecht
oÄ	= oder Ähnliche(s)
ÖAKR	= Österreichisches Archiv für Kirchenrecht
ÖAR	= Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation
öarr	= Österreichisches Archiv für Recht und Religion
Ob	= Aktenzeichen des Obersten Gerichtshofes für Zivilsachen
ObA	= Aktenzeichen des Obersten Gerichtshofes für Arbeitsrechtssachen
ObS	= Aktenzeichen des Obersten Gerichtshofes für Sozialrechtssachen
odgl	= oder dergleichen
OEa	= (ehem) Obereinigungsamt
OECD	= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OFG	= Opferfürsorgegesetz
OG	= Offene Gesellschaft
OGA	= Organismen für gemeinsame Anlagen
ÖGB	= Österreichischer Gewerkschaftsbund
OGH	= Oberster Gerichtshof
OGHG	= Bundesgesetz über den Obersten Gerichtshof
ÖJT	= Österreichischer Juristentag
ÖJZ	= Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	= Oberlandesgericht
oö, OÖ	= oberösterreichisch(e. . .), Oberösterreich
ORF	= Österreichischer Rundfunk
ORF-G	= ORF-Gesetz (früher RFG)
OrgHG	= Organhaftpflichtgesetz
ÖRPfl	= Der österreichische Rechtspfleger
österr	= österreichisch(e. . .)
ÖStZB	= Österreichische Steuerzeitung – Beilage (Finanzrechtliche Erkenntnisse)
ÖZPR	= Österreichische Zeitschrift für Pflegerecht
P	= Punkt
pa	= per annum

Abkürzungsverzeichnis

PAA	= Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz
ParIMG	= Parlamentsmitarbeiterinnen- und Parlamentsmitarbeitergesetz
PatG	= Patentgesetz
PBVG	= Post-Betriebsverfassungsgesetz
PC	= Personal Computer
PersFrSchG	= Bundesverfassungsgesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit
PG	= Pensionsgesetz
PGG	= Pflegegeldgesetz(e)
PKG	= Pensionskassengesetz
Pkt	= Punkt
Pkw	= Personenkraftwagen
PRO-GE	= Produktionsgewerkschaft
PSG	= Privatstiftungsgesetz
PStG 2013	= Personenstandsgesetz 2013
PTSG	= Poststrukturgesetz
PV	= Pensionsversicherung
PVA	= Pensionsversicherungsanstalt
PVG	= Personalvertretungsgesetz(e)
PVInfo	= Die Fachzeitschrift für Personalverrechnung
PVP	= Personalverrechnung für die Praxis
RA	= Rechtsanwalt, -anwältin
RabelsZ	= Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAG	= Reichsarbeitsgericht
RÄG	= Rechnungslegungs-Änderungsgesetz
RAO	= Rechtsanwaltsordnung
RAT	= Rechtsanwaltsstarif
RATG	= Rechtsanwaltsstarifgesetz
RBI	= Richtlinien Berufliche Integration von Menschen mit Behinderung
RdA	= Recht der Arbeit (deutsch)
RDG	= Richterdienstgesetz
RdM	= Recht der Medizin
RdM-LS	= Recht der Medizin, Leitsatz
RdS	= Recht der Schule
RdW	= Recht der Wirtschaft
REB	= Ergänzende Richtlinien zur Förderung von Arbeitsmöglichkeiten für behinderte Menschen im Rahmen der Beschäftigungsoffensive der Bundesregierung
RFG	= - Rundfunkgesetz = - Recht & Finanzen der Gemeinden
RGBI	= Reichsgesetzblatt
RGV	= Reisegebührevorschrift
RH	= Rechnungshof
RHEZiv	= Rechtshilfeersuchen in Zivilsachen
RIS	= Rechtsinformationssystem
RIW	= Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	= Richtlinie(n)

RLG	= Rechnungslegungsgesetz
Rn	= Randnummer
ROCE	= Return on Capital Employed
Rom I-VO	= Verordnung (EG) 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates v 17. 6. 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl L 2008/177, 6
Rom II-VO	= Verordnung (EG) 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates v 11. 7. 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II), ABl L 2007/199, 40
RpflG	= Rechtspflegergesetz
RPfISlgE	= Sammlung von Rechtsmittelentscheidungen in Exekutionssachen
RPG	= Rechtspraktikantengesetz
RRAG	= Revisionsrekurs-Anpassungsgesetz
RS	= Rechtssatzdokument in RIS-Justiz
Rs	= Rechtssache
Rsp	= Rechtsprechung
RStDG	= Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz
RV	= Regierungsvorlage
Rz	= Randzahl, -ziffer
S	= - Satz - Seite
s	= siehe
sa	= siehe auch
SBBG	= Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz
Sbg	= Salzburg(. . .)
SCE	= Europäische Genossenschaft (Societas Cooperativa Europaea)
SCEG	= SCE-Gesetz
SchOG	= Schulorganisationsgesetz
SchSpG	= (ehem) Schauspielergesetz
SchUG	= Schulunterrichtsgesetz
SchPflG	= Schulpflichtgesetz
SDG	= Sachverständigen- und Dolmetschergesetz
SE	= Societas Europaea (Europäische Gesellschaft)
SEG	= Gesetz über das Statut der Europäischen Gesellschaft (Societas Europaea – SE)
Sess	= Session
SGB	= Sozialgesetzbuch (deutsch)
SigG	= Signaturgesetz
Slg	= Sammlung
SMG	= Suchtmittelgesetz
SMS	= - short message system - Sozialministeriumservice
SMSG	= Sozialministeriumservicegesetz
sog	= so genannt(. . .)
SozM	= Sozialrechtliche Mitteilungen der Arbeiterkammer Wien

Abkürzungsverzeichnis

SozSi	= Soziale Sicherheit – Fachzeitschrift der österreichischen Sozialversicherung
Sp	= Spalte
SpaltG	= Spaltungsgesetz
SpG	= Sparkassengesetz
SPRW	= Spektrum der Rechtswissenschaften
SpuRt	= Zeitschrift für Sport und Recht (deutsch)
SRÄG	= Sozialrechtsänderungsgesetz
StbG	= Staatsbürgerschaftsgesetz
StGB	= Strafgesetzbuch
StGBL	= Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich
StGG	= Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger
stJud	= ständige Judikatur
stmk, Stmk	= steiermärkisch(e. . .), Steiermark
StPO	= Strafprozeßordnung
str	= strittig
stRsp	= ständige Rechtsprechung
StruktAnpG	= Strukturanpassungsgesetz
StV	= Staatsvertrag
StVG	= Strafvollzugsgesetz
StVO	= Straßenverkehrsordnung
sublit	= sublittera
SUG	= Sonderunterstützungsgesetz
SV	= Sozialversicherung
SVA	= Sozialversicherungsanstalt
SVG	= Signatur- und Vertrauensdienstegesetz
SVP-VO	= Verordnung über die Sicherheitsvertrauenspersonen
SWÖ	= Sozialwirtschaft Österreich
t	= Tonne
TabMG	= Tabakmonopolgesetz
TAG	= Theaterarbeitsgesetz
TE	= Teilentwurf zur Kodifikation des Arbeitsrechts
TilgG	= Tilgungsgesetz
Tir	= Tirol(. . .)
TK	= Taschenkommentar
TN	= Teilnovelle (zum ABGB)
TP	= Tarifpost
TÜV	= Technischer Überwachungsverein
tw	= teilweise
Tz	= Textziffer
TzBfG	= Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (deutsch)
uA	= unserer Ansicht
ua	= – und andere – unter anderem
uÄ	= und Ähnliche(. . .)

UAbs	=	Unterabsatz
Übk	=	Übereinkommen
udgl	=	und dergleichen
uE	=	unseres Erachtens
UG 2002	=	Universitätsgesetz 2002
UGB	=	Unternehmensgesetzbuch
UmgrStG	=	Umgründungssteuergesetz
UmwG	=	Umwandlungsgesetz
unilex	=	Informationen zu universitätsrechtlicher Theorie und Praxis
unr	=	unrichtig
unzutr	=	unzutreffend
UPG	=	Unterrichtspraktikumsgesetz
URG	=	Unternehmensreorganisationsgesetz
UrhG	=	Urheberrechtsgesetz
UrlG	=	Urlaubsgesetz
UrlR	=	Urlaubsrecht
USchG	=	Unterhaltsschutzgesetz
USt	=	Umsatzsteuer
UStG	=	Umsatzsteuergesetz
usw	=	und so weiter
uU	=	unter Umständen
UV	=	Unfallversicherung
uva	=	und viele andere
UVG	=	Unterhaltsvorschussgesetz
uvm	=	und viele mehr
UVS	=	Unabhängiger Verwaltungssenat
UWG	=	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
uzw	=	und zwar
V	=	Verordnung
va	=	vor allem
VAEB	=	Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau
VAG	=	Versicherungsaufsichtsgesetz
VAIG	=	(ehem) Bundesgesetz über die Verkehrs-Arbeitsinspektion
VB	=	Vertragsbedienstete
Vbg	=	Vorarlberg(. . .)
VBG	=	Vertragsbedienstetengesetz
VerG	=	Vereinsgesetz 2002
veröff	=	veröffentlicht
VersRdSch	=	Versicherungsrundschau
verst	=	verstärkter
VersVG	=	Versicherungsvertragsgesetz
VfGG	=	Verfassungsgerichtshofgesetz
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	=	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des VfGH
vgl	=	vergleiche
VGÜ	=	Verordnung über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz

Abkürzungsverzeichnis

vH	= vom Hundert
VKG	= Väter-Karenzgesetz
VO	= Verordnung (va aus dem EU-Bereich)
VOEG	= Verkehrsofper-Entschädigungsgesetz
vollst	= vollständig(. . .)
Vorbem	= Vorbemerkung(en)
VPI	= Verbraucherpreisindex
VR	= Versicherungsrecht (deutsch)
VRG	= Veranlagungs- und Risikogemeinschaften
VRInfo	= Information zum Verbraucherrecht
VStG	= Verwaltungsstrafgesetz
VVG	= Verwaltungsvollstreckungsgesetz, BGBl 1991/53
VwG	= Verwaltungsgericht
VwGG	= Verwaltungsgerichtshofgesetz
VwGH	= Verwaltungsgerichtshof
VwGVG	= Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz
VwSlg	= Sammlung der Erkenntnisse und Beschlüsse des VwGH
VwSlgNF	= Sammlung der Erkenntnisse und Beschlüsse des VwGH, Neue Folge
WAG	= Wertpapieraufsichtsgesetz 2007
WÄG	= Wohnrechtsänderungsgesetz
WBFG	= Wohnbauförderungsgesetz
WEG	= Wohnungseigentumsgesetz
WG 2001	= Wehrgesetz 2001
WGN	= Wertgrenzen-Novelle
WK	= Wirtschaftskammer
WKG	= Wirtschaftskammergesetz
WKO	= Wirtschaftskammer Österreich
WLAN	= Wireless Local Area Network
wN	= weitere Nachweise
Wr	= Wiener
WR	= Der Wiener Richter
WRG	= Wasserrechtsgesetz
WRN	= Wohnrechtsnovelle
WrVBO	= Wiener Vertragsbedienstetenordnung
WTBG	= Wirtschaftstreuhandberufsgesetz
Wv	= Wiederverlautbarung
wv	= wiederverlautbart
WZA	= Wechselzahlungsauftrag
Z	= Ziffer
ZaDiG	= Zahlungsdienstegesetz
Zak	= Zivilrecht aktuell
ZAS	= Zeitschrift für Arbeitsrecht und Sozialrecht
ZASB	= Judikaturbeilage zur ZAS
zB	= zum Beispiel
ZBl	= Zentralblatt für die juristische Praxis

ZDG	=	Zivildienstgesetz
ZellHB	=	Zeller Handbuch
ZER	=	Zeitschrift für Europarecht
ZEuP	=	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfG	=	Zeitschrift für Gesundheitsrecht
zfhr	=	Zeitschrift für Hochschulrecht, Hochschulmanagement und Hochschulpolitik
ZFR	=	Zeitschrift für Finanzmarktrecht
ZfVB	=	Beilage zur Zeitschrift für Verwaltung
zgd	=	zuletzt geändert durch
ZIK	=	Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz
ZinsRÄG	=	Zinsrechts-Änderungsgesetz
zit	=	zitiert(. . .)
ZivMediatG	=	Zivilrechts-Mediations-Gesetz
Zl	=	Zahl
ZÖR	=	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPEMRK	=	Zusatzprotokoll zur EMRK
ZPO	=	Zivilprozessordnung
zT	=	zum Teil
ZTG	=	Ziviltechnikergesetz 1993
zust	=	zustimmend(. . .)
ZustG	=	Zustellgesetz
zutr	=	zutreffend
zuvo	=	Zukunftsvorsorge aktuell
ZVG	=	Zahlungsverzugsgesetz
ZVN	=	Zivilverfahrensnovelle
ZVR	=	Zeitschrift für Verkehrsrecht
zwl	=	zweifelnd
zz	=	zurzeit

Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur

Achitz/Krapf, Muster⁴ – *Achitz/Krapf*, Muster für den arbeitsrechtlichen Schriftverkehr, 4. Aufl (2009)

(Bearbeiter/in in) *Adametz/Basalka/Heinrich/Kinzel/M. Mayr/Meches*, ArbVG – *Adametz/Basalka/Heinrich/Kinzel/M. Mayr/Meches*, Kommentar zum ArbVG (Loseblatt ab 1974)

(Bearbeiter/in in) *Adametz/Basalka/Krejci/M. Mayr/Stummvoll*, EFZG – *Adametz/Basalka/Krejci/M. Mayr/Stummvoll*, Kommentar zum EFZG (Loseblatt ab 1975)

(Bearbeiter/in in) *Adametz/Basalka/M. Mayr/Stummvoll*, UrlG – *Adametz/Basalka/M. Mayr/Stummvoll*, Kommentar zum Urlaubsgesetz (Loseblatt ab 1976)

Adamovic, ASG-HB – *Adamovic*, Handbuch zum ASG-Verfahren (2010)

Adamovich/Funk, Verwaltungsrecht³ – *Adamovich/Funk*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Aufl (1987)

(Bearbeiter/in in) *AlV-Komm* – *Pfeil* (Hrsg), *Der AlV-Komm* (Loseblatt ab 2016)

(Bearbeiter/in in) *Angst/Oberhammer*³ – *Angst/Oberhammer* (Hrsg), Kommentar zur Exekutionsordnung, 3. Aufl (2015)

(Bearbeiter/in in) *ArbVG-HK* – *Floretta/Strasser*, Kommentar zum Arbeitsverfassungsgesetz (1975)

(Bearbeiter/in in) *ArbVR I*¹², *II*⁵, *III*⁵, *IV*⁶, *V*³ – *Gahleitner/Mosler*, Arbeitsverfassungsrecht I – V, 12. Aufl (Band I, 2015), 5. Aufl (Band II, 2015; Band III, 2015), 6. Aufl (Band IV, 2015) bzw 3. Aufl (Band V, 2015)

(Bearbeiter/in in) *Aust/Gittenberger/Knallig-Prainsack/Strohmayer*² – *Aust/Gittenberger/Knallig-Prainsack/Strohmayer*, Berufsausbildungsgesetz, 2. Aufl (2017)

(Bearbeiter/in in) *Avancini/Iro/Koziol*, Bankvertragsrecht I, II – *Avancini/Iro/Koziol*, Österreichisches Bankvertragsrecht, Band I (1987), Band II (1993)

Binder/Brunner/Szymanski, AZG – *Binder/Brunner/Szymanski*, Arbeitszeitgesetz (2006)

(Bearbeiter in) *M. Binder/F. G. Burger/Mair*, AVRAG³ – *M. Binder/F. G. Burger/Mair*, Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, 3. Aufl (2016)

(Bearbeiter/in in) *Buchegger I*⁴, *II/2*⁴, *III*⁴, *IV*⁴, 1. ZB – *Bartsch/Pollak/Buchegger* (Hrsg), Österreichisches Insolvenzrecht, 4. Aufl, Band I (2000), Band II/2 (2004), Band III (2002), Band IV (2006), 1. Zusatzband (2009)

Burger-Ehrnhofer/Drs, Beendigung von Arbeitsverhältnissen – *Burger-Ehrnhofer/Drs*, Handbuch Beendigung von Arbeitsverhältnissen (2014)

(Bearbeiterin in) *Burger-Ehrnhofer/Schrittwieser/Thomasberger*, MSchG² – *Burger-Ehrnhofer/Schrittwieser/Thomasberger*, Mutterschutzgesetz und Väter-Karenzgesetz, 2. Aufl (2013)

(Bearbeiter/in in) *A. Burgstaller/Deixler-Hübner* – *A. Burgstaller/Deixler-Hübner* (Hrsg), Exekutionsordnung (Loseblatt ab 1999)

Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur

(Bearbeiter/in in) *A. Burgstaller/Neumayr/Geroldinger/Schmaranzer*, IZVR – *A. Burgstaller/Neumayr/Geroldinger/Schmaranzer* (Hrsg), Internationales Zivilverfahrensrecht, Band I und II (Loseblatt ab 2001)

F. Bydlinski, Arbeitsrechtskodifikation – *F. Bydlinski*, Arbeitsrechtskodifikation und allgemeines Zivilrecht (1969)

F. Bydlinski, System – *F. Bydlinski*, System und Prinzipien des Privatrechts (1996)

P. Bydlinski, AT⁷ – *P. Bydlinski*, Bürgerliches Recht I – Allgemeiner Teil, 7. Aufl (2016)

P. Bydlinski, Privatrecht¹⁰ – *P. Bydlinski*, Grundzüge des Privatrechts, 10. Aufl (2017)

Cerny, UrlR¹⁰ – *Cerny*, Urlaubsrecht, 10. Aufl (2011)

Collin – *Collin*, Innovations-Handbuch – unter besonderer Berücksichtigung der Dienstleistungen und des Vorschlagswesens (1985)

(Bearbeiter/in in) *Czernich/Heiss*, EVÜ – *Czernich/Heiss* (Hrsg), EVÜ – Das Europäische Schuldvertragsübereinkommen (1999)

Deutsch/Nowotny/Seitz – *Deutsch/Nowotny/Seitz*, Ausländerbeschäftigungsrecht (ab 2000)

Dirschmied, DHG³ – *Dirschmied*, Dienstnehmerhaftpflichtgesetz, 3. Aufl (1992)

Dirschmied/Nöstlinger, KJBG⁴ – *Dirschmied/Nöstlinger*, Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz, 4. Aufl (2002)

Dittrich/Tades, AngG²³ – *Dittrich/Tades*, Angestelltengesetz, 23. Aufl (2005)

(Bearbeiter/in in) *P. Doralt/Nowotny/Kals*, AktG – *P. Doralt/Nowotny/Kals* (Hrsg), Kommentar zum Aktiengesetz (2003)

W. Doralt, EStG – *W. Doralt*, Einkommensteuergesetz (Loseblatt ab 1990)

Drs, Arbeiter und Angestellte – *Drs*, Arbeiter und Angestellte. Verfassungsrechtliche Aspekte arbeitsrechtlicher Ungleichbehandlung (1999)

(Bearbeiter/in in) *Drs*, Betriebspensionsrecht – *Drs* (Hrsg), Betriebspensionsrecht (2008)

(Bearbeiter/in in) *Drs*, HB Betriebspensionsrecht – *Drs* (Hrsg), Handbuch Betriebspensionsrecht (2013)

(Bearbeiter/in in) *Drs/Jobst/Kozak*, Teilzeitbeschäftigte – *Drs/Jobst/Kozak*, Arbeitsrecht für Teilzeitbeschäftigte (2016)

*Dungl*⁵ – *Dungl*, Handbuch des österreichischen Arbeitsrechts, 5. Aufl (2000)

(Bearbeiter/in in) *EAS* – *Oetker/Preis* (Hrsg), Europäisches Arbeits- und Sozialrecht (Loseblatt ab 1994)

*Egger*² – *Egger*, Das Arbeits- und Sozialrecht der EU und die österreichische Rechtsordnung, 2. Aufl (2005)

Ehrenzweig, Privatrecht II/1² – *Ehrenzweig*, System des österreichischen allgemeinen Privatrechts II/1: Das Recht der Schuldverhältnisse, 2. Aufl, Band II/1 (1928)

(Bearbeiter/in in) *Ercher/Stech/Langer* – *Ercher/Stech/Langer*, Mutterschutzgesetz und Väter-Karenzgesetz (2005)

(Bearbeiter/in in) *ErfK*¹⁷ – *Müller-Glöge/Preis/Schmidt* (Hrsg), Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 17. Aufl (2017)

- Eypeltauer*, Verzicht – *Eypeltauer*, Verzicht und Unabdingbarkeit im Arbeitsrecht (1984)
- Fabrizy*, StGB¹⁰ – *Fabrizy*, Strafgesetzbuch, 10. Aufl (2010)
- Farny/Wöss* – *Farny/Wöss*, Betriebspensionsgesetz, Pensionskassengesetz (1992)
- (*Bearbeiter/in* in) *Fasching/Konecny* I³, II/1³, II/2³, II/3³, III/1³, IV/2³, III², IV/1², V/1², V/2², ErgBd² – *Fasching/Konecny* (Hrsg), Kommentar zu den Zivilprozessgesetzen, 3. Aufl, Band I (2013), Band II/1 (2015), Band II/2 (2016), Band II/3 (2015), Band III/1 (2017), Band IV/2 (2016), 2. Aufl, Band III (2004), Band IV/1 (2005), Band V/1 (2008), Band V/2 (2010), Ergänzungsband zum Zustellrecht (2008)
- Fasching*, Zivilprozeßrecht² – *Fasching*, Zivilprozeßrecht – Lehr und Handbuch, 2. Aufl (1990)
- Feitzinger/Tades*, ASGG² – *Feitzinger/Tades*, Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, 2. Aufl (1996)
- Fink*, ASGG – *Fink*, Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (1994)
- Fink*, Sukzessive Zuständigkeit – *Fink*, Die sukzessive Zuständigkeit im Verfahren in Sozialrechtssachen (1995)
- Friebel/Pulitzer* – *Friebel/Pulitzer*, Österreichisches Patentrecht (1972)
- Fuchs/Marhold*⁴ – *Fuchs/Marhold*, Europäisches Arbeitsrecht, 4. Aufl (2014)
- Geimer/Schütze*, EuZVR³ – *Geimer/Schütze*, Europäisches Zivilverfahrensrecht, 3. Aufl (2010)
- Geimer/Schütze*, IRV – *Geimer/Schütze*, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelsachen (ab 2005)
- Geppert*, AÜG – *Geppert*, Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (1989)
- (*Bearbeiter/in* in) *Geppert*, SV – *Geppert* (Hrsg), Sozialversicherung in der Praxis (Loseblatt ab 2004)
- Grabenwarter/Pabel*, EMRK⁵ – *Grabenwarter/Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention, 5. Aufl (2012)
- Grillberger*, AR I⁴ – *Floretta/Spielbüchler/Strasser*, Arbeitsrecht, Band I, 4. Aufl (1998)
- (*Bearbeiter/in* in) *Grillberger*, AZG³ – *Grillberger* (Hrsg), Arbeitszeitgesetz, 3. Aufl (2011)
- G. Gruber/Paliego-Barfuß*, GewO – *G. Gruber/Paliego-Barfuß*, Gewerbeordnung (Loseblatt ab 2017)
- Gschnitzer*, Schuldrecht AT – *Gschnitzer*, Lehrbuch des österreichischen bürgerlichen Rechts, Schuldrecht Allgemeiner Teil (1965)
- (*Bearbeiter/in* in) *Hausmann/Vonkilch* – *Hausmann/Vonkilch* (Hrsg), Österreichisches Wohnrecht (2007)
- Heider/Schneeberger*⁷ – *Heider/Schneeberger*, ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, 7. Aufl (2017)
- (*Bearbeiter/in* in) *Heilegger/Ch. Klein*⁴ – *Heilegger/Ch. Klein*, Arbeitszeitgesetz 4. Aufl (2016)
- Heller/Berger/Stix*, EO⁴ I, II, III – *Heller/Berger/Stix*, Kommentar zur Exekutionsordnung, 4. Aufl (1969 bis 1976)
- Hengstschläger/Leeb*, Verwaltungsverfahrenrecht⁵ – *Hengstschläger/Leeb*, Verwaltungsverfahrenrecht, 5. Aufl (2014)
- Hermann/Schmidt* – *Hermann/Schmidt*, Österreichisches Patentrecht (1978)

Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur

- Hofstätter/Reichel*, EStG – *Hofstätter/Reichel* et al, Die Einkommensteuer (Loseblatt)
- Holzer/Reissner*, AVRAG² – *Holzer/Reissner*, Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, 2. Aufl (2006)
- Holzhammer*, Insolvenzrecht⁵ – *Holzhammer*, Österreichisches Insolvenzrecht. Konkurs und Ausgleich, 5. Aufl (1996)
- Hopf/K. Mayr/Eichinger*, GIBG – *Hopf/K. Mayr/Eichinger*, Gleichbehandlungsgesetz (2009)
- Hopf/K. Mayr/Eichinger*, GIBG ErgBd – *Hopf/K. Mayr/Eichinger*, GIBG – Novelle 2011 (2011)
- Huberger/Fichtinger* – *Huberger/Fichtinger*, Heimarbeitsgesetz (1993)
- Hueck/Nipperdey* I⁷, II⁷ – *Hueck/Nipperdey*, Lehrbuch des Arbeitsrechts, 7. Aufl (1963 – 1970)
(Bearbeiter/in in) *Jabornegg/Artmann*, UGB² – *Jabornegg/Artmann* (Hrsg), Kommentar zum UGB, Band I, 2. Aufl (2010)
- Jabornegg/Naderhirn/Trost*, Betriebsratswahl⁶ – *Jabornegg/Naderhirn/Trost*, Die Betriebsratswahl⁶ (2014)
- Jabornegg/Resch/Födermayr*, AR⁶ – *Jabornegg/Resch/Födermayr*, Arbeitsrecht, 6. Aufl (2017)
(Bearbeiter/in in) *Jabornegg/Strasser*, AktG I⁵, II⁵ – *Jabornegg/Strasser* (Hrsg), Kommentar zum Aktiengesetz, 5. Aufl (2010)
- Kallab/Hauser*, EFZG⁵ – *Kallab/Hauser*, Entgeltfortzahlungsgesetz, 5. Aufl (2012)
(Bearbeiter/in in) *Kalss/Hügel*, SE-Kommentar – *Kalss/Hügel* (Hrsg), Europäische Aktiengesellschaft (2004)
(Bearbeiter/in in) *KBB*⁵ – *Koziol/P. Bydlinski/Bollenberger* (Hrsg), Kurzkomentar zum ABGB, 5. Aufl (2017)
- Kerschner*, DHG² – *Kerschner*, Dienstnehmerhaftpflichtgesetz, 2. Aufl (2004)
- Kietaibl*, AR I⁹ – *Kietaibl/Windisch-Graetz*, Arbeitsrecht, Band I, 9. Aufl (2015)
- Kinscher*, BAG² – *Kinscher*, Berufsausbildungsgesetz, 2. Aufl (1979)
(Bearbeiter/in in) *Klang*² – *Klang/Gschnitzer* (Hrsg), Kommentar zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, 2. Aufl (ab 1950)
(Bearbeiter/in in) *Klang*³ – *Fenyves/Kerschner/Vonkilch* (Hrsg), Klang-Kommentar zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, 3. Aufl (ab 2006)
- Klauser/Kodek* – *Klauser/Kodek* (Hrsg), JN – ZPO, 16. Aufl (2006)
- G. Klein/Knöfler*, APSG – *G. Klein/Knöfler*, Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz (1993)
- G. Klein/Martinek*, UrlR – *G. Klein/Martinek*, Urlaubsrecht (1977)
(Bearbeiter/in in) *Kletečka/Schauer*, ABGB-ON^{Version} – *Kletečka/Schauer* (Hrsg), Kommentar zum ABGB (rdb.at)
- Knöfler*¹³ – *Knöfler*, Mutterschutzgesetz und Eltern-Karenzurlaubsgesetz, 13. Aufl (2002)
(Bearbeiter/in in) *Konecny/Schubert* – *Konecny/Schubert* (Hrsg), Kommentar zu den Insolvenzgesetzen (ab 1997)
- König*, Einstweilige Verfügungen³ – *König*, Einstweilige Verfügungen im Zivilverfahren, 3. Aufl (2007)

- Koppensteiner/Rüffler*³ – *Koppensteiner/Rüffler*, GmbH-Gesetz, 3. Aufl (2007)
- Kozak*, LSD-BG – *Kozak*, Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (2016)
- Kozak/Balla/Zankel*, SchSpG – *Kozak/Balla/Zankel*, Schauspielergesetz (2007)
- Kozak/Balla/Zankel*, TAG² – *Kozak/Balla/Zankel*, Theaterarbeitsgesetz, 2. Aufl (2011)
- Koziol*, Haftpflichtrecht – *Koziol*, Österreichisches Haftpflichtrecht, Band I: Allgemeiner Teil, 3. Aufl (1997), Band II: Besonderer Teil, 2. Aufl (1984)
- Koziol – Welser/Kletečka I*⁴ – *Koziol – Welser/Kletečka*, Bürgerliches Recht, Band I, 14. Aufl (2014)
- (*Bearbeiter/in in*) *Krejci*, KSchG-Handbuch – *Krejci* (Hrsg), Handbuch zum Konsumentenschutzgesetz (1981)
- Krejci*, Privatrecht⁸ – *Krejci*, Privatrecht, 8. Aufl (2010)
- Krejci*, Sozialplan – *Krejci*, Der Sozialplan – Ein Beitrag zu Recht und Praxis der Betriebsvereinbarung (1983)
- Krejci*, Unternehmensrecht⁴ – *Krejci*, Unternehmensrecht, 4. Aufl (2008)
- Krejci/S. Bydlinski/Weber-Schallauer*, VerG² – *Krejci/S. Bydlinski/Weber-Schallauer*, Vereinsgesetz 2002, 2. Aufl (2009)
- Kropholler/von Hein*, EuZPR⁹ – *Kropholler/von Hein*, Europäisches Zivilprozessrecht, 9. Aufl (2011)
- Kuderna*, ASGG² – *Kuderna*, Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, 2. Aufl (1996)
- Kuderna*, Entlassungsrecht² – *Kuderna*, Entlassungsrecht, 2. Aufl (1994)
- Kuderna*, UrlR² – *Kuderna*, Urlaubsrecht, 2. Aufl (1995)
- Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka*, BWG⁴ – *Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka*, Bankwesengesetz, 4. Aufl (ab 2017)
- (*Bearbeiter in*) *Leutner/Achitz/Farny/Wöss* – *Leutner/Achitz/Farny/Wöss*, Abfertigung neu. Betriebliches Mitarbeitervorsorgegesetz (2003)
- Leutner/B. Schwarz/Ziniel* – *Leutner/B. Schwarz/Ziniel*, Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (1989)
- (*Bearbeiter/in in*) *Lewisch/Fister/Weilguni*, VStG – *Lewisch/Fister/Weilguni*, Verwaltungsstrafgesetz 1991 (2013)
- Liebeg*, IESG³ – *Liebeg*, Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz – Praxiskommentar, 3. Aufl (2007)
- Lindmayr*, AngG – *Lindmayr*, Angestelltengesetz (2007)
- Löschnigg*, AR¹³ – *Löschnigg*, Arbeitsrecht, 13. Aufl (2017)
- (*Bearbeiter/in in*) *Löschnigg*, AngG¹⁰ – *Löschnigg* (Hrsg), Angestelltengesetz, 10. Aufl (2016)
- Lotmar*, Arbeitsvertrag² – *Lotmar*, Der Arbeitsvertrag, 2. Aufl (2001)
- Lutz/Heilegger*, ARG⁵ – *Lutz/Heilegger*, Arbeitsruhegesetz, 5. Aufl (2014)
- (*Bearbeiter/in in*) *Marhold/G. Burgstaller/Preyer* – *Marhold/G. Burgstaller/Preyer* (Hrsg), Kommentar zum Angestelltengesetz (ab 2005)
- Marhold/Friedrich*³ – *Marhold/Friedrich*, Österreichisches Arbeitsrecht, 3. Aufl (2016)

Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur

- Martinek/M. Schwarz/W. Schwarz*, AngG⁷ – *Martinek/M. Schwarz/W. Schwarz*, Angestellten-gesetz, 7. Aufl (1991)
- Martinek/M. Schwarz/W. Schwarz*, AngG⁷ Nachtrag 1994 – *Martinek/M. Schwarz/W. Schwarz*, Angestelltengesetz, Nachtrag 1994 zur 7. Aufl
- Martinek/Widorn*, BUAG – *Martinek/Widorn*, Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz (1988)
- Mayer-Maly*, AR I – *Mayer-Maly/Marhold*, Arbeitsrecht I – Individualarbeitsrecht, Band I (1987)
- K. Mayr*, AR – *K. Mayr*, Arbeitsrecht (Loseblatt ab 1963)
- K. Mayr*, KautSchG² – *K. Mayr*, Kautionschutzgesetz, 2. Aufl (2009)
- (*Bearbeiter/in* in) *K. Mayr/Resch*, Abfertigung² – *K. Mayr/Resch*, Abfertigung neu, 2. Aufl (2009)
- Mazal*, Arbeitskräfteüberlassung – *Mazal*, Arbeitskräfteüberlassung (1988)
- Mazal/Engelbrecht*, Angestelltendienstvertrag² – *Mazal/Engelbrecht*, Der Angestelltendienst-vertrag, 2. Aufl (1999)
- (*Bearbeiter/in* in) *Mazal/Risak* – *Mazal/Risak* (Hrsg), Das Arbeitsrecht – System und Praxis-kommentar (Loseblatt ab 2002)
- (*Bearbeiter/in* in) *MünchAR*³ – *Richardi/Wlotzke* (Hrsg), Münchener Handbuch zum Ar-beitsrecht, 3. Aufl (2009)
- (*Bearbeiter/in* in) *MünchKommBGB*⁷ – *Säcker/Rixecker/Oetker/Limperg* (Hrsg), Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 7. Aufl (2016)
- (*Bearbeiter/in* in) *Neubauer/Rath/Hofbauer/Choholka* – *Neubauer/Rath/Hofbauer/Choholka*, Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz (2008)
- Neumayr/Nunner-Krautgasser*, Exekutionsrecht³ – *Neumayr/Nunner-Krautgasser*, Exeku-tionsrecht, 3. Aufl (2011)
- Nolz/Marek*, HB 2009 – *Nolz/Marek*, Handbuch für Lohnsteuer und Sozialversicherung 2009 (2009)
- Nöstlinger*, Arbeitnehmerschutz – *Nöstlinger*, Handbuch Arbeitnehmerschutz (2006)
- Oberhammer*, OHG – *Oberhammer*, Die OHG im Zivilprozess (1998)
- Öhlinger/Eberhard*, Verfassungsrecht¹¹ – *Öhlinger/Eberhard*, Verfassungsrecht, 11. Aufl (2016)
- Öhlinger/Potacs*, EU-Recht⁶ – *Öhlinger/Potacs*, EU-Recht und staatliches Recht⁶ (2017)
- (*Bearbeiter/in* in) *Perthold-Stoitzner*, UG³ – *Perthold-Stoitzner* (Hrsg), Kommentar zum Uni-versitätsgesetz 2002, 3. Auflage (2016)
- (*Bearbeiter/in* in) *Pfeil*, Personalrecht der Universitäten – *Pfeil* (Hrsg), Personalrecht der Universitäten (2010)
- (*Bearbeiter/in* in) *Preis*, Arbeitsvertrag³ – *Preis* (Hrsg), Der Arbeitsvertrag, 3. Aufl (2009)
- Rabofsky/Csebrenyak/Geppert/Majßl*⁴ – *Rabofsky/Csebrenyak/Geppert/Majßl*, Allgemeines Bür-gerliches Gesetzbuch und Arbeitsvertragsrecht, 4. Aufl (1987)
- Rauch*, EFZG – *Rauch*, Kommentar zum EFZG (2006)

- (Bearbeiter/in in) *Rebhahn*, GIBG – *Rebhahn* (Hrsg), Kommentar zum Gleichbehandlungsgesetz (2005)
- (Bearbeiter/in in) *Rechberger*, ZPO⁴ – *Rechberger* (Hrsg), Kommentar zur ZPO, 4. Aufl (2014)
- Rechberger/Simotta*, Zivilprozessrecht⁸ – *Rechberger/Simotta*, Zivilprozessrecht, 8. Aufl (2010)
- (Bearbeiter/in in) *Reissner*, AngG² – *Reissner* (Hrsg), Kommentar zum Angestelltengesetz, 2. Aufl (2015)
- (Bearbeiter/in in) *Reissner*, Insolvenz⁵ – *Reissner* (Hrsg), Arbeitsverhältnis und Insolvenz, 5. Aufl (2018)
- Reissner*, AR⁵ – *Reissner*, Lern- und Übungsbuch Arbeitsrecht, 5. Aufl (2015)
- Resch*, Sozialrecht⁷ – *Resch*, Sozialrecht, 7. Aufl (2017)
- (Bearbeiter/in in) *Riesenhuber*, Methodenlehre² – *Riesenhuber* (Hrsg), Europäische Methodenlehre, 2. Aufl (2010)
- Risak/Jöst/Patka* – *Risak/Jöst/Patka*, Praxishandbuch Gleitzeit (2008)
- A. Ritzberger-Moser/Widorn* – *A. Ritzberger-Moser/Widorn*, Heimarbeitsgesetz 1960 (1995)
- (Bearbeiter/in in) *Rummel*³ – *Rummel* (Hrsg), Kommentar zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, 3. Aufl (ab 2000)
- (Bearbeiter/in in) *Rummel/Lukas*⁴ – *Rummel/Lukas* (Hrsg), Kommentar zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, 4. Aufl (ab 2015)
- Runggaldier/Schima* – *Runggaldier/Schima*, Die Rechtsstellung von Führungskräften (1991)
- Runggaldier/Schima*, Manager-Dienstverträge⁴ – *Runggaldier/Schima*, Manager-Dienstverträge, 4. Aufl (2014)
- (Bearbeiter/in in) *Sacherer/B. Schwarz*, AÜG² – *Sacherer/B. Schwarz* (Hrsg), Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, 2. Aufl (2006)
- Scherff*, TAG – *Scherff*, Theaterarbeitsgesetz (2014)
- Schindler*, Arbeitskräfteüberlassungs-KollV² – *Schindler*, Arbeitskräfteüberlassungs-KollV 2013, 2. Aufl (2013)
- (Bearbeiter/in in) *Schlachter*, Casebook – *Schlachter* (Hrsg), Casebook Europäisches Arbeitsrecht (2005)
- Schnorr*, AuslBG⁴ – *Schnorr*, Ausländerbeschäftigungsgesetz, 4. Aufl (1998)
- Schragel*, AHG³ – *Schragel*, Amtshaftungsgesetz, 3. Aufl (2002)
- Schrammel*, BPG – *Schrammel*, Betriebspensionsgesetz (1992)
- Schrammel/G. Winkler* – *Schrammel/G. Winkler*, Europäisches Arbeits- und Sozialrecht (2010)
- Schrank*, ASR – *Schrank*, Arbeitsrecht und Sozialversicherungsrecht (Loseblatt ab 1998)
- Schrank*, ARG³ bzw AZG³ – *Schrank*, Arbeitszeitgesetze, 3. Aufl (2015)
- B. Schwarz/Ziniel*² – *B. Schwarz/Ziniel*, Nachtschwerarbeitsgesetz, 2. Aufl (1998)
- (Bearbeiter/in in) *Schwarze*, EU-Komm³ – *Schwarze* (Hrsg), EU-Kommentar, 3. Aufl (2012)
- Schwimann*, IPR³ – *Schwimann*, Internationales Privatrecht, 3. Aufl (2001)

Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur

(Bearbeiter/in in) *Schwimann/Kodek I⁴, I a, II⁴, III⁴, IV⁴, V⁴, V a, VI⁴, VII⁴* – *Schwimann/Kodek* (Hrsg), Praxiskommentar zum ABGB samt Nebengesetzen, 4. Aufl (Band I, 2011; Band II, 2012; Band III, 2012; Band IV, 2014; Band V, 2014; Band VI, 2016; Band VII, 2016) bzw 1. Aufl (Band I a, 2013; Band V a, 2015)

(Bearbeiter/in in) *Schwimann-TK³* – *Schwimann* (Hrsg), Taschenkommentar zum ABGB, 3. Aufl (2015)

Smutny/K. Mayr – *Smutny/K. Mayr*, Gleichbehandlungsgesetz (2001)

(Bearbeiter/in in) *Soergel¹³* – *Soergel/Siebert* (Hrsg), Bürgerliches Gesetzbuch, 13. Aufl (ab 1999)

(Bearbeiter/in in) *Sonntag, ASVG⁸* – *Sonntag* (Hrsg), Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, 8. Aufl (2017)

Spielbühler, AR I⁴ – *Floretta/Spielbühler/Strasser*, Arbeitsrecht, Band I, 4. Aufl (1998)

(Bearbeiter/in in) *Standeker/Risak/Gether* – *Standeker/Risak/Gether*, Arbeitszeit NEU (2007)

Stärker, ASR⁶ – *Stärker*, Arbeits- und Sozialrecht für die Praxis, 6. Aufl (2010)

(Bearbeiter/in in) *Staudinger¹³* – J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 13. Bearbeitung (ab 1993)

Strasser/Jabornegg, AR II⁴ – *Floretta/Spielbühler/Strasser*, Arbeitsrecht, Band II, 4. Aufl (2001)

Strasser/Jabornegg, ArbVG³ – *Strasser/Jabornegg*, Arbeitsverfassungsgesetz, 3. Aufl (1999)

(Bearbeiter/in in) *Strasser/Jabornegg/Resch, ArbVG* – *Strasser/Jabornegg/Resch* (Hrsg), Kommentar zum Arbeitsverfassungsgesetz (ab 2002)

Szücs, Verzicht und Vergleich – *Szücs, Verzicht und Vergleich im österreichischen, deutschen und schweizerischen Arbeitsrecht* (2006)

Szymanski/Oberhauser/Marx, ASchG – *Szymanski/Oberhauser/Marx*, ArbeitnehmerInnen-schutzgesetz – ASchG (2004)

Tades, HBG⁵ – *Tades*, Hausbesorger- und Hausbetreuerrecht, 5. Aufl (2001)

Teschner/Widlar/Pöltner, ASVG – *Teschner/Widlar/Pöltner*, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG) mit erläuternden Bemerkungen (Loseblatt ab 1974)

Thienel/Zeleny, VwVerfG¹⁹ – *Thienel/Zeleny*, Verwaltungsverfahrensgesetze, 19. Aufl (2014)
(Bearbeiter/in in) *Tomandl, ArbVG* – *Tomandl* (Hrsg), Arbeitsverfassungsgesetz (Loseblatt ab 2005)

Tomandl, Sozialrecht⁶ – *Tomandl*, Grundriss des österreichischen Sozialrechts, 6. Aufl (2009)

(Bearbeiter/in in) *Tomandl, System* – *Tomandl* (Hrsg), System des österreichischen Sozialversicherungsrechts (Loseblatt ab 1980)

(Bearbeiter/in in) *Tomandl/Achatz/Mazal, Abfertigung Neu* – *Tomandl/Achatz/Mazal*, Abfertigung Neu (2003)

Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer¹⁰ – *Walter/Mayer/Kucsko-Stadlmayer*, Grundriss des österreichischen Bundesverfassungsrechts¹⁰ (2007)

Welser/Zöchling-Jud II¹⁴ – *Welser/Zöchling-Jud*, Bürgerliches Recht, Band II, 14. Aufl (2015)

Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur

(Bearbeiter/in in) *Wiesner/Grabner/Lattner/Wanke*, EStG – *Wiesner/Grabner/Lattner/Wanke* (Hrsg), Einkommensteuergesetz (Loseblatt ab 2001)

*Widy/Auer-Mayer/Schrattbauer*⁸ – *Widy/Auer-Mayer/Schrattbauer*, Behinderteneinstellungsgesetz, 8. Aufl (2016)

Windisch-Graetz, AR II⁹ – *Kietaibl/Windisch-Graetz*, Arbeitsrecht, Band II, 9. Aufl (2015)

(Bearbeiter/in in) *WK*² – *Höpfel/Ratz* (Hrsg), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Aufl (ab 1999)

*Würth/Zingher/Kovanyi*²² – *Würth/Zingher/Kovanyi*, Miet- und Wohnrecht, 22. Aufl (2009)

Zechner, Forderungsexekution – *Zechner*, Forderungsexekution (2000)

(Bearbeiter/in in) *ZellHB AV-Klauseln* – *Reissner/Neumayr* (Hrsg), Zeller Handbuch Arbeitsvertrags-Klauseln (2010)

(Bearbeiter/in in) *ZellHB BV* – *Reissner/Neumayr* (Hrsg), Zeller Handbuch Betriebsvereinbarungen (2014)

*Zöllner/Loritz/Hergenröder*⁶ – *Zöllner/Loritz/Hergenröder*, Arbeitsrecht, 6. Aufl (2008)

I. Individualarbeitsrecht

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB)

JGS 1811/946 zgd BGBl I 2017/161

[Auszug]

Erster Teil Von dem Personenrechte

[. . . .]

Drittes Hauptstück Rechte zwischen Eltern und Kindern

[. . . .]

Vierter Abschnitt Obsorge

[. . . .]

Gesetzliche Vertretung des Kindes

§ 167. (1) Jeder Elternteil ist für sich allein berechtigt und verpflichtet, das Kind zu vertreten; seine Vertretungshandlung ist selbst dann rechtswirksam, wenn der andere Elternteil mit ihr nicht einverstanden ist.

(2) Vertretungshandlungen und Einwilligungen eines Elternteils, die die Änderung des Vornamens oder des Familiennamens, den Eintritt in eine Kirche oder Religionsgesellschaft und den Austritt aus einer solchen, die Übergabe in fremde Pflege, den Erwerb einer Staatsangehörigkeit oder den Verzicht auf eine solche, die vorzeitige Lösung eines Lehr-, Ausbildungs- oder Dienstvertrags und die Anerkennung der Vaterschaft zu einem unehelichen Kind betreffen, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des anderen Elternteils. Dies gilt nicht für die Entgegennahme von Willenserklärungen und Zustellstücken.

(3) Vertretungshandlungen und Einwilligungen eines Elternteils in Vermögensangelegenheiten bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des anderen Elternteils und der Genehmigung des Gerichtes, sofern die Vermögensangelegenheit nicht zum ordentlichen Wirtschaftsbetrieb gehört. Unter dieser Voraussetzung gehören dazu besonders die Veräußerung oder Belastung von Liegenschaften, die Gründung, der, auch erbrechtliche, Erwerb, die Umwandlung, Veräußerung oder Auflösung sowie die Änderung des Gegenstandes eines Unternehmens, der, auch erbrechtliche, Eintritt in eine oder die Umwand-

lung einer Gesellschaft oder Genossenschaft, der Verzicht auf ein Erbrecht, die unbedingte Annahme oder die Ausschlagung einer Erbschaft, die Annahme einer mit Belastungen verbundenen Schenkung oder die Ablehnung eines Schenkungsanbots, die Anlegung von Geld mit Ausnahme der in den §§ 216 und 217 geregelten Arten sowie die Erhebung einer Klage und alle verfahrensrechtlichen Verfügungen, die den Verfahrensgegenstand an sich betreffen. Dies gilt nicht für die Entgegennahme von Willenserklärungen und Zustellstücken.

IdF BGBl I 2013/15.

§ 168. Bedarf ein Rechtsgeschäft der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, der Zustimmung des anderen Elternteils oder der Genehmigung des Pflegschaftsgerichts, so ist bei deren Fehlen das volljährig gewordene Kind nur dann daraus wirksam verpflichtet, wenn es schriftlich erklärt, diese Verpflichtungen als rechtswirksam anzuerkennen. Fordert der Gläubiger den volljährig Gewordenen auf, sich nach dem ersten Satz zu erklären, so hat er ihm dafür eine angemessene Frist zu setzen.

IdF BGBl I 2013/15.

[. . . .]

Handlungsfähigkeit des Kindes

§ 170. (1) Ein minderjähriges Kind kann ohne ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters rechtsgeschäftlich weder verfügen noch sich verpflichten.

(2) Nach erreichter Mündigkeit kann es jedoch über Sachen, die ihm zur freien Verfügung überlassen worden sind, und über sein Einkommen aus eigenem Erwerb so weit verfügen und sich verpflichten, als dadurch nicht die Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse gefährdet wird.

(3) Schließt ein minderjähriges Kind ein Rechtsgeschäft, das von Minderjährigen seines Alters üblicherweise geschlossen wird und eine geringfügige Angelegenheit des täglichen Lebens betrifft, so wird dieses Rechtsgeschäft, auch wenn die Voraussetzungen des Abs. 2 nicht vorliegen, mit der Erfüllung der das Kind treffenden Pflichten rückwirkend rechtswirksam.

IdF BGBl I 2013/15.

§ 171. Soweit nicht anderes bestimmt ist, kann sich ein mündiges minderjähriges Kind selbständig durch Vertrag zu Dienstleistungen verpflichten, ausgenommen zu Dienstleistungen auf Grund eines Lehr- oder sonstigen Ausbildungsvertrags. Der gesetzliche Vertreter des Kindes kann das durch den Vertrag begründete Rechtsverhältnis aus wichtigen Gründen vorzeitig lösen.

IdF BGBl I 2013/15.

[. . . .]

Deliktsfähigkeit des Kindes

§ 176. Soweit einem minderjährigen Kind nicht bereits früher ein Verschulden zugerechnet werden kann (§ 1310), wird es mit der Erreichung der Mündigkeit nach den schadenersatzrechtlichen Bestimmungen deliktsfähig [bis 30. 6. 2018: verschuldensfähig].

IdF BGBl I 2017/59.

Zu §§ 167–176:

Literatur: Beck, Gewaltschutz und prozessuale Handlungsfähigkeit, EF-Z 2011, 211; Bresich, Mietvertragskündigung per Telefax und E-Mail? RdW 2006, 746; F. G. Burger, 10 Stolpersteine auf dem Weg zum Ausbildungsübertritt, ZAS 2010, 162; Burkowski/Schamberger, App-Einkäufe durch Minderjährige, EF-Z 2015, 9; P. Bydliński, Neues im Recht der Rechtsgeschäftsform, RdW 2001, 716; Dullinger, Die gesetzliche Vertretung Minderjähriger bei Rechtsgeschäften, ÖBA 1986, 202; Dullinger, Die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger, ÖJZ 1987, 33; Dullinger, Zur Prozeßfähigkeit minderjähriger und geistig behinderter Personen, RZ 1989, 6; Dullinger, Partielle Geschäftsfähigkeit und Arbeitsvertrag, DRdA 1996, 224 (EAnm); Dullinger, Zur prozessualen Handlungsfähigkeit Minderjähriger im sozialversicherungsrechtlichen Verfahren, JBl 1998, 399; Dullinger/Kerschner, Rechts- und Handlungsfähigkeit, in Loderbauer (Hrsg), Kinder- und Jugendrecht⁵ (2016) 1; Fischer-Czermak, Zur Handlungsfähigkeit Minderjähriger nach dem Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001, ÖJZ 2002, 293; Fritzer, Eltern kaufen Wertpapiere für ihr Kind – echter Vertrag zu Gunsten des Kindes? ecoloex 2015/139, 374 (EAnm); Fucik, Die Vermögensverwaltung nach dem KindRÄG 2001, in Ferrari/Hopf (Hrsg), Reform des Kindschaftsrechts (2001) 35; Fucik, Vertretung des Kindes bei Interessenkollision eines Elternteils, iFamZ 2014/138, 173 (EAnm); Gitschthaler, Prozess- und Verfahrensfähigkeit minderjähriger und besachwalteter Personen, RZ 2003, 175; Gitschthaler, Handlungsfähigkeit minderjähriger und besachwalteter Personen, ÖJZ 2004, 81, 121; Gröger, Keine pflegschaftsgerichtliche Genehmigung von Rechtsmitteln im Passivprozess, iFamZ 2015/90, 116 (EAnm); Hopf, Die Rechtsstellung des Elternteils, bei dem sich das Kind nicht hauptsächlich aufhält, in Ferrari/Hopf (Hrsg), Reform des Kindschaftsrechts (2001) 69; Iro, Verfügungen über Girokonto nicht voll Geschäftsfähiger, ÖBA 1986, 503; Hübelbauer, Reform des Sachwalterschaftsrechtes/2. Erwachsenenschutzgesetz, ZfG 2017, 4; Jabornegg, Schadenersatz bei ungültiger Entlassung, DRdA 1982, 105 (EAnm); Jabornegg, Grundlose Lehrlingsentlassung, DRdA 2001, 303 (EAnm); Kolmasch, 2. Erwachsenenschutz-Gesetz, Zak 2017/39, 30 Kolmasch, Vergleichstabelle zum 2. Erwachsenenschutz-Gesetz, Zak 2017/461, 264; G. Mayer, Bankgeschäfte Jugendlicher als rechtspolitisches Problem, ÖBA 1994, 695; S. Mayer, Belästigung eines Lehrlings und Beendigung des Lehrvertrags, ZAS 2011/38, 235 (EAnm); K. Mayr, Eine schlichte SMS beendet kein Lehrverhältnis, DRdA 2009/47, 508 (EAnm); Neubauer/Rath, Nochmals zu den Neuerungen bei der Konkurrenzklausele und beim Ausbildungskostenrückersatz, ASoK 2007, 46; Oberhofer, Ausbildungskostenrückersatz und Konkurrenzklausele Neu, ZAS 2006, 152; Pichel-mayer, Jüngste Entwicklungen in der Lehrlingsausbildung, ASoK 2007, 249; Rath, Neues aus der Gesetzgebung. Schaffung einer Ausbildungspflicht für Jugendliche bis 18, ASoK 2016, 311; Reissner/Preiss, Die Neuerungen im Recht der Konkurrenzklausele und der Ausbildungskostenklausele, DRdA 2006, 183; Resch, Lehrausbildung und Betriebsbindung, RdW 2006, 158; Resch, Welche Tätigkeiten sind im Rahmen einer Schnupperlehre möglich? DRdA 2007, 187; Schrittwieser/Vazny-König, Höhe des Ersatzes für die erlittene persönliche Beeinträchtigung bei Mehrfachdiskriminierung vor dem 1. 8. 2009, DRdA 2011/40, 388 (EAnm); Schürz, Minderjährige in Sportvereinen, in Berger/Hattenberger (Hrsg), RECHT SPORTlich 2 (2013) 99; Trost/Rieger, Kinder und Jugendliche im Arbeitsrecht, in Loderbauer (Hrsg), Kinder- und Jugendrecht⁵ (2016) 159; Weitzenböck, Das Recht der Handlungsfähigkeit im Wandel der Zeit, in FS 200 Jahre ABGB (2011) 691; Welsch, Die Neuordnung der Geschäftsfähigkeit und ihre Problematik, VR 1973, 146.

Übersicht

	Rz
I. Handlungsfähigkeit	1
II. Geschäftsfähigkeit	1/1
A. Minderjährige unter sieben Jahren	13

B. Unmündige Minderjährige	14
C. Mündige Minderjährige	15
1. Arbeitsverträge sowie Lehr- und Ausbildungsverträge	16
2. Sachen zur freien Verfügung, Erwerbseinkommen	31
III. Deliktsfähigkeit	35

I. Handlungsfähigkeit

- 1 Die Bestimmungen über die Handlungsfähigkeit wurden durch das 2. ErwSchG BGBl I 2017/59 mit Inkrafttreten am 1. 7. 2018 va für psychisch kranke Personen geändert, einige Details beziehen sich aber auch auf Mj (s dazu auch die Erl zum Ministerialentwurf 222/ME 25. GP 1 ff und die ErläutRV 1461 BlgNR 25. GP 1 ff). In der folgenden Kommentierung wird grds vom Gesetzesstand ab 1. 7. 2018 ausgegangen; nur dort, wo wesentliche Unterschiede zu früher bestehen, wird kurz auf die alte Rechtslage hingewiesen.

Unter **Handlungsfähigkeit** ist die Fähigkeit einer Person zu verstehen, sich im jeweiligen rechtlichen Zusammenhang durch eigenes Handeln zu berechtigen und zu verpflichten. Soweit nichts anderes bestimmt ist, setzt sie **Entscheidungsfähigkeit** voraus, dh die Fähigkeit, die Bedeutung und die Folgen seines Handelns im jeweiligen Zusammenhang zu verstehen, seinen Willen danach zu bestimmen und sich entsprechend zu verhalten (§ 24 idF des am 1. 7. 2018 in Kraft tretenden 2. ErwSchG BGBl I 2017/59). Die Handlungsfähigkeit hat in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Ausprägungen und Bezeichnungen (Geschäftsfähigkeit, Testierfähigkeit, Ehefähigkeit usw; s *Kolmasch*, Zak 2017/39, 30).

Die **volle Handlungsfähigkeit** erwirbt ein Mensch nicht bereits mit der Geburt; sie steht geistig gesunden Erwachsenen zu (*Koziol – Welser/Kletečka* I¹⁴ Rz 184 ff; zur Volljährigkeit s Rz 2, zur beschränkten Handlungsfähigkeit s Rz 3, zur Vermutung der Entscheidungsfähigkeit bei Volljährigkeit s § 24 Abs 2 idF BGBl I 2017/59).

II. Geschäftsfähigkeit

- 1/1 Der Abschluss eines (Arbeits-)Vertrags verlangt wie jedes rechtsgeschäftliche Handeln **Geschäftsfähigkeit**. Durch die am 1. 7. 2018 in Kraft tretende Nov BGBl I 2017/59 wurde in § 865 Abs 1 S 1 eine Definition der Geschäftsfähigkeit eingefügt: Darunter ist die Fähigkeit einer Person zu verstehen, sich durch eigenes Handeln rechtsgeschäftlich zu berechtigen und zu verpflichten; sie setzt Entscheidungsfähigkeit voraus und wird bei Volljährigen vermutet (s auch *Koziol – Welser/Kletečka* I¹⁴ Rz 186; *Thunhart* in *Klang*³ § 151 Rz 1).

Die Bestimmungen über die Geschäftsfähigkeit, Deliktsfähigkeit sowie die gesetzliche Vertretung des Kindes wurden durch das **KindNamRÄG 2013**, BGBl I 15, nicht geändert. Es wurde lediglich die **Nummerierung** der Paragraphen umgestellt:

- § 167 neu entspricht dem früheren § 154 Abs 1–3,
- § 168 neu dem § 154 Abs 4 alt,
- § 169 neu dem § 154a alt,
- § 170 neu dem § 151 alt,
- § 171 neu dem § 152 alt,
- § 172 neu dem § 147 alt,
- § 173 neu dem § 146c alt,
- § 174 neu dem § 175 alt,
- § 175 neu dem § 154b alt und
- § 176 neu dem § 153 alt.

Volljährige Personen (seit dem KindRÄG 2001 ist die Volljährigkeit mit dem vollendeten 18. Lebensjahr erreicht; s § 21 Abs 2) mit den geistigen Fähigkeiten, die nötig sind, um die eigenen Angelegenheiten selbst gehörig zu besorgen (s § 21 Abs 1), sind grds unbeschränkt geschäftsfähig (die Geschäftsfähigkeit psychisch Kranker oder sonstiger Personen mit vergleichbarer Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit [zB Koma, Bewusstlosigkeit] wurde durch das 2. ErwSchG BGBl I 2017/59 einer umfassenden Neuregelung unterzogen, welche va die Subsidiarität der Fremdvertretung und die möglichst weitgehende Autonomie des Vertretenen betont; zur Rechtslage vor dieser Novelle iZm der unwirksamen Entlassungs- bzw Kündigungserklärung gegenüber einem manisch-depressiven AN bzw einem AN im Zustand einer akuten paranoiden Psychose s OGH 8 ObA 223/95, DRdA 1996/18, 224 [Dullinger]; 9 ObA 284/99 a, JAP 2005/2006, 64 [Ortner] = EvBl 2000/96).

Minderjährige sind hingegen geschäftsunfähig bzw beschränkt (dh grds nur mit Einwilligung des gesetzlichen Vertreters) geschäftsfähig (§ 170 iVm § 865); diese Regel wird jedoch durch einige Ausnahmen durchbrochen (s Rz 13 ff).

Die dem Mj eingeräumten Verpflichtungs- und Verfügungsbefugnisse sind nach hM **einschränkend auszulegen** (Nademleinsky in Schwimann/Kodek I⁴ ErgBd § 170 Rz 2, § 171 Rz 1; Hopf in KBB⁵ § 170 Rz 1; Thunhart in Klang³ § 151 Rz 6; Dullinger, ÖJZ 1987, 33 f; OGH 5 Ob 600/78, EvBl 1978/202; 1 Ob 598/87, SZ 60/119; 8 ObA 68/04i, ARD 5535/1/2004).

In den Bereichen, in denen mündigen Mj **selbstständig Geschäftsfähigkeit** zukommt (ds die Fälle des § 170 Abs 2 und § 171), sind die **Vertretung** und Vermögensverwaltung durch den gesetzlichen Vertreter (im Gegensatz zur bestehenden Eigengeschäftsfähigkeit des Unmündigen gem § 170 Abs 3) nach hM **ausgeschlossen**; in den Fällen, in denen zumindest die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters notwendig ist, ist hingegen die Vertretungsmacht des gesetzlichen Vertreters nach hM nicht beschränkt (Bollenberger in KBB⁵ § 865 Rz 4; Fischer-Czermak in Kletečka/Schauer^{1.03} § 170 Rz 12, § 171 Rz 1, § 865 Rz 6; Nademleinsky in Schwimann/Kodek I⁴ ErgBd § 167 Rz 1, § 170 Rz 2; Koziol – Welser/Kletečka I¹⁴ Rz 196; Dullinger, ÖJZ 1987, 34; Gitschthaler, ÖJZ 2004, 83; Schürz, Minderjährige in Sportvereinen 111 ff mwN; OGH 9 ObA 53/03 i, Arb 12.361; aA Thunhart in Klang³ § 154 Rz 3 f, der aus dem Gesetzeszweck auch im Rahmen der eigenen Geschäftsfähigkeit des Mj eine uneingeschränkte Vertretungsbefugnis des gesetzlichen Vertreters ableitet; P. Bydlinski, AT⁷ Rz 2/18 bejaht hingegen nur im Anwendungsbereich des § 170 Abs 2 eine Vertretungsmacht des gesetzlichen Vertreters neben dem Mj, allerdings auch dort mit der Ausnahme in Bezug auf die dem Mj exklusiv zugewiesenen Vermögenswerte).

Grds gilt ein **Alleinvertretungsrecht** jedes vertretungsbefugten Elternteils (§ 167 Abs 1). Es kann also jeder Elternteil für sich allein tätig werden. Das Einvernehmlichkeitsgebot des § 137 Abs 2 gilt nur im Innenverhältnis. Bei einander **widersprechenden Erklärungen** der Eltern gilt bei einseitig widerrufbaren Erklärungen die jeweils letzte, bei unwiderruflichen die erste und bei gleichzeitig einander widersprechenden Erklärungen keine (Hopf in KBB⁵ § 137 Rz 8, § 167 Rz 1; Gitschthaler in Schwimann/Kodek I⁴ ErgBd § 137 Rz 2, 18 ff; Nademleinsky in Schwimann/Kodek I⁴ ErgBd § 167 Rz 1 f; Fischer-Czermak in Kletečka/Schauer^{1.03} § 137 Rz 17 f, § 167 Rz 3; Thunhart in Klang³ § 154 Rz 1, 5; Weitzenböck in Schwimann-TK³ § 137 Rz 1, 13; Koziol – Welser/Kletečka I¹⁴ Rz 1752). Das Alleinvertretungsrecht gilt grds auch nach der Scheidung bzw der Trennung der Eltern bei Aufrechterhaltung der Obsorge beider Elternteile und damit auch für den Elternteil, bei dem sich das Kind nicht hauptsächlich aufhält (Hopf, Rechtsstellung des Elternteils 69 ff).

- 7 Die Fälle der **Kollektivvertretung** beider Elternteile sind in § 167 Abs 2 **taxativ** aufgezählt (*Fischer-Czermak in Kletečka/Schauer*^{1.03} § 167 Rz 6; *Hopf in KBB*⁵ § 167 Rz 3; *Nademleinsky in Schwimann/Kodek I*⁴ ErgBd § 167 Rz 4; *Thunhart in Klang*³ § 154 Rz 6; zur notwendigen Zustimmung des anderen obsorgeberechtigten Elternteils bei vorzeitiger Auflösung eines Lehr-, Ausbildungs- oder Dienstvertrags s Rz 27f).

Für die **Entgegennahme von Willenserklärungen** und **Zustellstücken** (zB Anbote, Kündigungsschreiben, behördliche Schriftstücke) reicht es aber auch in den in § 167 Abs 2 aufgezählten Angelegenheiten aus, wenn sie einem Elternteil zugegangen sind (*Hopf in KBB*⁵ § 167 Rz 15).

Das Zustimmungserfordernis des zweiten Elternteils entfällt, wenn die **alleinige Obsorge** durch einen Elternteil besteht; dem nicht obsorgeberechtigten Elternteil kommen gem § 189 (in allen wichtigen Angelegenheiten) nur Informations- und Äußerungsrechte zu (*Hopf in KBB*⁵ § 167 Rz 3; *Nademleinsky in Schwimann/Kodek I*⁴ ErgBd § 167 Rz 5; *Thunhart in Klang*³ § 154 Rz 7). Dabei ist zu beachten, dass diese Informations- und Äußerungsrechte – im Gegensatz zu den Zustimmungsrechten des anderen mit der Obsorge betrauten Elternteils – keine Gültigkeitsvoraussetzung darstellen; vielmehr handelt es sich bei § 189 um eine rein auf das Innenverhältnis bezogene Ordnungsvorschrift, deren Missachtung auf die Gültigkeit des Geschäftes keinen Einfluss hat (*Fucik, Vermögensverwaltung* 35, 51).

Das Zustimmungsrecht gem § 167 Abs 2 und 3 verliert auch der von einer **Interessenkollision** betroffene **Elternteil**, ohne dass es dann der Bestellung eines Kollisionskurators bedarf. Die Vertretung steht dem verbleibenden Elternteil allein (gem Abs 2 bzw mit Genehmigung des PflEGsgerichts nach Abs 3) zu (OGH 6 Ob 18/14m, iFamZ 2014/138, 173 [*Fucik*]).

- 8 Die **Zustimmung des gesetzlichen Vertreters** kann (im Gegensatz zur Zustimmung des Gerichts) ausdrücklich (schriftlich oder mündlich) oder konkludent erfolgen. Sie kann gegenüber dem Mj, aber auch gegenüber einem Dritten (Vertragspartner) abgegeben werden. Die Zustimmung kann gleichzeitig erfolgen oder mittels nachträglicher oder vorheriger Einwilligung. Eine unbeschränkt erteilte Einwilligung zu allen künftigen Geschäften des Mj ist rechtsunwirksam (*Bollenberger in KBB*⁵ § 865 Rz 6; *Fischer-Czermak in Kletečka/Schauer*^{1.03} § 170 Rz 1, § 865 Rz 11; *Nademleinsky in Schwimann/Kodek I*⁴ ErgBd § 170 Rz 6; *Riedler in Schwimann/Kodek IV*⁴ § 865 Rz 11; *Rummel in Rummel/Lukas*⁴ § 865 Rz 11; *Thunhart in Klang*³ § 151 Rz 18ff, § 154 Rz 6; *Knallnig in Aust/Gittenberger/Knallnig-Prainsack/Strohmayer*² § 12 Rz 32; *Koziol – Welsch/Kletečka I*¹⁴ Rz 194; OGH 8 ObA 68/04i, Arb 12.457). In der Erlaubnis, die Kreditkarte der Eltern für die Zahlung zu benutzen, kann eine vorweg erteilte Zustimmung zu diesem Kauf liegen (idS *Burkowski/Schamberger*, EF-Z 2015/4, 9ff).
- 9 Bei **Verweigerung der Zustimmung** kann das Gericht die Zustimmung gem § 181 Abs 1 ersetzen, wenn es das Kindeswohl erfordert (*Nademleinsky in Schwimann/Kodek I*⁴ ErgBd § 167 Rz 1; *Thunhart in Klang*³ § 154 Rz 6; zum Begriff des Kindeswohls s § 138 ABGB).
- 10 § 167 Abs 3 sieht eine **demonstrative** Aufzählung jener Vertretungshandlungen vor, die nicht nur der Zustimmung beider Elternteile, sondern auch der **pflEGsgerichtlichen Genehmigung** bedürfen (Vertretungshandlungen in Vermögensangelegenheiten außerhalb des ordentlichen Wirtschaftsbetriebs); dazu zählt zB die klagsweise Durchsetzung von bzw der Verzicht auf Schadenersatzansprüche (insb Schmerzensgeld) und die Vereinbarung der Rückzahlung von Ausbildungskosten für den Fall der Selbstkündigung (*Hopf in KBB*⁵ § 167 Rz 8f; *Nademleinsky in Schwimann/Kodek I*⁴ ErgBd § 167 Rz 13ff; *Fischer-Czermak in Kletečka/Schauer*^{1.03} § 167 Rz 16ff, 21; *Thunhart in Klang*³ § 154 Rz 23ff; OGH 8 ObA 1207/95, RdW

1996, 181 [Rückersatzpflicht von Ausbildungskosten]; 5 Ob 36/17 f, JusGuide 2017/22/15813 [Klageerhebung und Prozessrisiko]). Das PflEGschaftsgericht darf ein Rechtsgeschäft nur dann genehmigen, wenn der Abschluss im Interesse des Mj liegt (OGH 4 Ob 146/16 y, ZfG 2016, 134 = JusGuide 2016/41/15206).

Unklar ist, ob durch die Neuregelung des **Ausbildungskostenrückersatzes** in § 2 d Abs 3 Z 1 AVRAG, wonach die Vereinbarung einer Ausbildungskostenrückersatzklausel der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters des Mj bedarf, die Zustimmung des anderen Elternteils bzw die pflegschaftsgerichtliche Genehmigung obsolet wurde (idS zB *Fischer-Czermak* in *Kletečka/Schauer*^{1.03} § 167 Rz 28; *Thunhart* in *Klang*³ § 154 Rz 42; AB 1215 BlgNR 22. GP 4 f; IA 605/A 22. GP 7 f; *Neubauer/Rath*, ASoK 2007, 55; aA *Holzer/Reissner*, AVRAG² Nachtrag September 2006 § 2 d Rz 19; *Reissner/Preiss*, DRdA 2006, 188; *Oberhofer*, ZAS 2006, 157 f; s auch § 2 d AVRAG Rz 19). *Resch* (RdW 2006, 158 ff mwN) spricht sich auf Grund der Ausbildungsverpflichtung des Lehrherrn (Lehrberechtigten) generell gegen die Zulässigkeit einer Ausbildungskostensatzklausel mit Lehrlingen aus.

Nicht genehmigungspflichtig sind zB Klagen in Sozialrechtssachen (wegen fehlender Kostenersatzpflicht, falls kein Anhaltspunkt für sonstige Kostenverpflichtungen besteht) und auch Passivprozesse des Mj (*Thunhart* in *Klang*³ § 154 Rz 38 f; OGH 10 ObS 135/06 k, DRdA 2007, 147; 1 Ob 211/08 y, ARD 5949/8/2009 [Klage auf Erhöhung des Pflegegelds]; 10 ObS 11/09 d, ARD 6022/9/2010 [Klage auf Gewährung einer Berufsunfähigkeitspension]). Das gilt auch für die Erhebung oder das Unterlassen eines Rechtsmittels im Passivprozess (OGH 6 Ob 149/14 a, iFamZ 2015/90, 116) und für Außerstreitstellungen (*Gröger*, iFamZ 2015/90, 116 f; zur Genehmigungspflicht bei positiven Verfügungen wie Verzicht, Anerkenntnis und Vergleich s *Beck*, EF-Z 2011/128, 211; OGH 7 Ob 45/05 a, EFSlg 110.835; 4 Ob 53/07 h, iFamZ 2007/125, 244 f; 8 Ob 128/10 x, EF-Z 2011/47, 74; 4 Ob 158/16 p, EF-Z 2016/159).

Für die **Entgegennahme von Willenserklärungen** und **Zustellstücken** (zB Anbote, Kündigungsschreiben, behördliche Schriftstücke) reicht es aber – ebenso wie in Abs 2 – auch in den in § 167 Abs 3 aufgezählten Angelegenheiten aus, wenn sie einem Elternteil zugegangen sind (*Hopf* in *KBB*⁵ § 167 Rz 15).

Bis zur Erteilung sämtlicher erforderlicher Zustimmungen bzw Genehmigungen besteht ein **Schwebezustand**. Der Vertragspartner des Mj ist an den Vertrag gebunden, er kann vom Vertrag nicht zurücktreten, er kann diesen Schwebezustand allerdings dadurch beenden, dass er dem gesetzlichen Vertreter eine angemessene Frist zur Erklärung setzt (§ 865 Abs 5). Mit der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (ev beider Elternteile) und der allenfalls erforderlichen Genehmigung durch das Gericht wird der Vertrag rückwirkend (ex tunc) voll wirksam. Mit Verweigerung der Zustimmung bzw Genehmigung oder mit Ablauf der angemessenen Frist wird der Vertrag endgültig (ex tunc) unwirksam (*Bollenberger* in *KBB*⁵ § 865 Rz 6; *Nademleinsky* in *Schwimann/Kodek* I⁴ ErgBd § 167 Rz 15, § 170 Rz 5; *Riedler* in *Schwimann/Kodek* IV⁴ § 865 Rz 10; *Rummel* in *Rummel/Lukas*⁴ § 865 Rz 8 ff; *Fischer-Czermak* in *Kletečka/Schauer*^{1.03} § 865 Rz 10 f; *Thunhart* in *Klang*³ § 151 Rz 21 f, § 154 Rz 6, 20; *Koziol – Welsler/Kletečka* I¹⁴ Rz 194; *Gitschthaler*, ÖJZ 2004, 83; OGH 3 Ob 17/08 h). Nach der (pflegschaftsbehördlichen) Verweigerung der Genehmigung ist das damit schlechthin unwirksame Rechtsverhältnis rückabzuwickeln (HG Wien 1 C 360/11 i, VRInfo 2012 H 9, 6).

Das Gericht kann einen vorgelegten Vertrag nur genehmigen oder die Genehmigung versagen, aber keine Vertragsänderung vornehmen (OGH 5 Ob 212/12 f, iFamZ 2013/137, 183). Die **pflegschaftsrechtliche Genehmigung** ersetzt nicht das Fehlen sonstiger gesetzlicher Erfordernisse, welche die Nichtigkeit oder Unwirksamkeit des Vertrags zur Folge haben. Sie sagt

daher auch nichts darüber aus, ob der genehmigte Vertrag nichtig oder anfechtbar ist (OGH 1 Ob 95/12w, EF-Z 2012/142, 229).

- 12 Nach erreichter Volljährigkeit** ist eine nachträgliche **Genehmigung** schwebend unwirksamer Geschäfte nicht mehr durch den gesetzlichen Vertreter bzw das Gericht, sondern nur noch **durch** den nun **Volljährigen** selbst möglich. Seit dem KindRÄG 2001 muss diese **schriftlich** (E-Mail reicht idR nicht aus; s Rz 28) unter ausdrücklicher Anerkennung der Rechtswirksamkeit der Verpflichtung erteilt werden (§ 168), weshalb bloß konkludente bzw mündliche Genehmigungen ohne Wirkung bleiben. Auch hier kann der Vertragspartner den Schwebezustand dadurch beenden, dass er dem inzwischen Volljährigen eine angemessene Frist zur Erklärung setzt. Mit Verweigerung der Zustimmung wird der Vertrag endgültig (ex tunc) unwirksam. Das gilt auch, wenn der Volljährige innerhalb der Frist keine bzw keine schriftliche Stellungnahme abgibt (*Nademleinsky* in *Schwimann/Kodek* I⁴ ErgBd § 168 Rz 1 f; *Rummel* in *Rummel/Lukas*⁴ § 865 Rz 14; *Fischer-Czermak* in *Kletečka/Schauer*^{1.03} § 168 Rz 1; *Thunhart* in *Klang*³ § 151 Rz 22, § 154 Rz 50 ff; *Knallnig* in *Aust/Gittenberger/Knallnig-Prainsack/Stroh-mayer*² § 12 Rz 33; *Dullinger/Kerschner*, Rechts- und Handlungsfähigkeit 7 f; *P. Bydlinski*, RdW 2001, 716 ff; *Fischer-Czermak*, ÖJZ 2002, 297 f; *Gitschthaler*, ÖJZ 2004, 85, 128; OGH 10 Ob 31/14b, ecolex 2015/139, 374 [*Fritzer*]).

A. Minderjährige unter sieben Jahren

- 13** Personen unter sieben Jahren sind grds **geschäftsunfähig** (§ 865 Abs 4 S 1). Für sie handelt der gesetzliche Vertreter (idR die Eltern). Von den Mj abgeschlossene **Rechtsgeschäfte sind rechtsunwirksam** (die absolute Nichtigkeit ist von Amts wegen wahrzunehmen); sie können auch nicht durch eine nachträgliche Genehmigung durch den gesetzlichen Vertreter oder das Gericht geheilt werden (*Bollenberger* in *KBB*⁵ § 865 Rz 3; *Fischer-Czermak* in *Kletečka/Schauer*^{1.03} § 170 Rz 1, § 865 Rz 2; *Nademleinsky* in *Schwimann/Kodek* I⁴ ErgBd § 170 Rz 4; *Riedler* in *Schwimann/Kodek* IV⁴ § 865 Rz 6; *Thunhart* in *Klang*³ § 151 Rz 17; *Gitschthaler*, ÖJZ 2004, 82). Eine **Ausnahme** sieht § 170 Abs 3 auch für **alterstypische Geschäfte** über geringfügige Angelegenheiten des täglichen Lebens vor. Dabei sind drei Voraussetzungen zu erfüllen: Alterstypizität, Geringfügigkeit und Alltäglichkeit; die Kriterien sind nach hM nach einem objektiven (dh für alle Kinder gleicher Altersstufe – unabhängig von persönlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen – geltenden) Maßstab zu messen. Diese Rechtsgeschäfte werden mit der Erfüllung rückwirkend wirksam (*Bollenberger* in *KBB*⁵ § 865 Rz 3; *Fischer-Czermak* in *Kletečka/Schauer*^{1.03} § 170 Rz 3 ff, § 865 Rz 2, 5; *Hopf* in *KBB*⁵ § 170 Rz 5; *Nademleinsky* in *Schwimann/Kodek* I⁴ ErgBd § 170 Rz 4, 15 ff; *Rummel* in *Rummel/Lukas*⁴ § 865 Rz 2; *Thunhart* in *Klang*³ § 151 Rz 36 ff; *Dullinger/Kerschner*, Rechts- und Handlungsfähigkeit 11; *Koziol – Welser/Kletečka* I¹⁴ Rz 188 f; *Welser*, VR 1973, 153; *Gitschthaler*, ÖJZ 2004, 82; zur Alterstypizität von App-Einkäufen durch Minderjährige s *Burkowski/Schamberger*, EF-Z 2015/4, 9 ff).

Die Geschäftsfähigkeit gem § 170 Abs 3 gilt für Mj aller Altersstufen; das Alter spielt jedoch bei der **Alterstypizität** eine Rolle. UU können auch Dienstleistungen (va unmündiger Mj) unter § 170 Abs 3 fallen und somit eine Ausnahme von der allg Regel bilden, dass sich erst mündige Mj zur Dienstleistung verpflichten können (zB Mithilfe bei der Gartenarbeit gegen ein geringes Entgelt; *Thunhart* in *Klang*³ § 152 Rz 4 f; *Spielbüchler*, AR I⁴ 122; *Welser*, VR 1973, 157; *Gitschthaler*, ÖJZ 2004, 83; aA *Nademleinsky* in *Schwimann/Kodek* I⁴ ErgBd § 171 Rz 1, wonach unmündige Mj keinerlei Dienstverträge selbstständig abschließen können).

Neumayr – Reissner (Hrsg)

Zeller Kommentar zum Arbeitsrecht

Band 1

3. Auflage

Das Arbeitsrecht zum Stand 1. 1. 2018: Mit zahlreichen tiefgreifenden Novellen seit Erscheinen der Voraufgabe:

- Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz,
 - Novellen im AngG und im AVRAG zu Konkurrenzklausel, Ausbildungskostenklausel, All-In-Vereinbarung usw,
 - Anpassungen im AÜG zur Umsetzung der LeiharbeitsRL,
 - Arbeiter-Gleichstellungsnovelle BGBl I 2017/153 uvm.
-
- Die wichtigsten **28 Gesetze** – in zwei Bänden kommentiert
 - **19 ausgewiesene Autoren** – aus Lehre, Rechtsanwaltschaft, Interessenvertretungen und Rechtsprechung
 - **rund 4.000 Seiten** sorgfältig ausgewertete Literatur und Judikatur

Band I umfasst – in alphabetischer Reihenfolge der kommentierten Gesetze – das **Individualarbeitsrecht**.

Die Herausgeber

Dr. **Matthias Neumayr** ist Senatspräsident des OGH und lehrt Prozessrecht und Prozessrechtsvergleichung an der Universität Salzburg.

Dr. **Gert-Peter Reissner** ist Univ.-Prof. und Leiter des Instituts für Arbeitsrecht, Sozialrecht und Rechtsinformatik der Universität Innsbruck.

www.manz.at

ISBN 978-3-214-03821-2

